

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interlions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Adressen
 sechs oder deren Raum 30 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Karteien 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gebrochene) Wort 30 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schloß-
 schloßen-Karteien das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteinst täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 26. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Sieg der bremischen Lehrerschaft.

Wohl sind die vier bremischen Volksschullehrer, gegen die seit ungefähr Jahresfrist ein Disziplinarverfahren schwebt, am Sonnabend nach einer dreitägigen Verhandlung vor der Disziplinar-Kammer beurteilt worden. Drei von ihnen, die minder belasteten, müssen sich einen „Verweis“ gefallen lassen, der Lehrer Holzmeier, der Führer der bremischen Lehrerschaft in ihren lehrjahrlangen Kämpfen, muß seine Unbotmäßigkeit außerdem noch mit 300 M. Geldstrafe sühnen.

Aber zunächst bleibt doch dieses Urteil hinter dem zurück, was von vielen Seiten erwartet worden ist und was auch die bremische Schulbehörde zweifellos für notwendig gehalten hat: außer einer härteren Verstrafung der drei Lehrer Lüdemann, Gartelmann und Gansberg, die Amtsentsetzung Holzmeiers. Denn dieser wurde schon vor einem Jahre beim Beginn des Disziplinarverfahrens vom Amte suspendiert. Ganz in diesem Sinne hat denn auch der Staatsanwalt am Sonnabend die Absetzung Holzmeiers verlangt.

Das Gericht hat sich diesem Antrage nicht angeschlossen. Holzmeier erklärt die stolze Genugtuung gegenüber dem Schulinspektor und anderen reaktionären Größen in Bremen, besonders auch gegenüber dem Senat, daß er wieder in sein Schulamt eintritt. Ist diese Tatsache schon von großem Wert für die Kämpfe der bremischen Lehrerschaft, so ist von fast noch größerer Bedeutung der Verlauf des Prozesses selbst und seine Ergebnisse.

Leider ist das bremische Schulwesen in seiner äußeren Organisation keineswegs besonders glänzend. Trotzdem im liberalen Bremen alle liberalen Schulforderungen verwirklicht sein könnten, ist davon fast nichts durchgeführt. Auch im inneren Schulbetrieb weicht es, soweit die amtlichen Vorschriften in Betracht kommen, nicht wesentlich von dem Schulwesen in anderen nichtliberalen Staaten ab. Was aber dem bremischen Schulwesen bisher noch eine gewisse eigene Note gab, das war die größere persönliche Selbständigkeit, die die Lehrer im Unterricht hatten. Besonders im Religionsunterricht ließ man in dem religiös toleranten Bremen den Lehrern Spielraum in der Art der Behandlung. Bis zum Jahre 1893 gab es in Bremen nicht einmal Schulrat und Schulinspektor. In einer heute doppelt unverständlichen subalternen Regierung petitionierten die bremischen Lehrer damals um diese Institutionen zur Verhinderung und Einschränkung der Schule. Sie wurden ihnen genehmigt. Aber nicht lange dauerte die Freude der bremischen Volksschullehrer über den ihnen vorgesetzten Schulinspektor. Der Herr war aus dem preussischen Erfurt geholt worden, in den Augen der preussischen Schulbureaucratie war er auch zweifellos eine schätzenswerte Kraft, die den Katechismus sicher beherrschte und außerdem wußte, wie man die „Untergebenen“ durch Inspektionen, durch barsches Wesen, durch Berichte an die Schulbehörde und auf ähnliche Weise in Schach zu halten hatte.

Es hat zwölf Jahre gedauert, bis die immer mehr anschwellende Erbitterung der bremischen Lehrerschaft sich zu einem einzigen gewaltigen Strome einigte und einen energischen Vorstoß gegen den preussischen Schulgeist in Bremen wagte. Sie beschloß eine Eingabe an den Senat, die in entschiedenem Tone und mit erfrischender Rücksichtslosigkeit auf das unhaltbar gewordene Verhältnis zwischen Schulinspektor und Lehrerschaft hinwies und ziemlich unverblümt die Entfernung des Schulinspektors aus seinem Amte verlangte. Diese Eingabe ist in gewissem Sinne ein Dokument, ähnlich wie die Denkschrift der bremischen Lehrerschaft auf Befestigung des Religionsunterrichts. Sie nennt nach dem Worte Voltaire eine Rage eine Rage und kollet einen Schurken. Ihre markantesten Sätze lauten:

„Die Nichtstimmung, die gegen den Herrn Schulinspektor herrscht, datiert vom ersten Augenblicke seines Auftretens an. Die bremischen Schulen erfreuten sich eines guten Rufes; die Lehrer arbeiteten, von unvermeidlichen Ausnahmen abgesehen, mit Freude, Eifer und Gehör. Sie pflegten ein reges Vereinsleben und verfolgten die pädagogischen und die sonstigen geistigen Bestrebungen der Zeit. Dieser Lehrerschaft nun trat der Herr Schulinspektor bei seinen amtlichen Besuchen durchweg so entgegen, als ob sie aller Berufs-tüchtigkeit und aller Pflicht-treue bar seien. Und so ist es geblieben. Bedauerliche, Polizeigeist, Kleinigkeitstrümmerei treiben ihr Wesen. Ein schief hängender Stundenplan, eine verärgerte Eintragung ins Klassenbuch, ein beim Korrigieren übersehener Fehler sind Kapitalverbrechen. . . Ton und Auftreten des Herrn Schulinspektors sind von vornherein derart, daß sie auf jeden Mann von Ehrgefühl aufreizend wirken müssen. Es ist ein Ton, den eine Hohe Behörde sich niemals gegen ihre Beamten erlaubt hat. Der Herr Schulinspektor nimmt sogar keinen Anstand, auch in der Klasse vor den Ohren und Augen der Kinder in der anstößigsten Art den Lehrer zu hofmeistern, zurechtzuweisen und anzufahren. . . Um die Unfähigkeit und Pflichtvergessenheit des Lehrers darzutun, werden mit Vorliebe solche Kinder aufgerufen, deren Klassenplatz oder Ansehen mit Sicherheit erwarten läßt, daß sie versagen werden. Nach deren Leistungen wird dann das Urteil über die Klasse gefällt, die Bestimmung günstiger Ergebnisse dagegen abgelehnt. Dies und noch manche anderen Gründe haben in der Lehrerschaft die Ueberzeugung befestigt, daß der Herr Schulinspektor der Hohen Behörde gelegentlich Berichte eingereicht hat, die der Wahrheit nicht entsprechen.“

Nicht zu rechtfertigen ist auch die schroffe, barsche, oft maßlos heftige Art und Weise, in welcher der Herr Schulinspektor die Kinder anzureden pflegt. . . Als wahre Beleidigung empfindet die bremische Lehrerschaft die Gewohnheit des Herrn Schulinspektors, überall geheime Mißbräuche und Pflichtverletzungen, Unredlichkeiten und Unaufrichtigkeit zu wittern. . . Alles in allem: die bremische Lehrerschaft erwartet von dem Herrn Schulinspektor nicht mehr eine gerechte Wertung und angemessene Einschätzung ihrer Arbeit, noch der Würde ihres Standes.

Aber nicht nur den Empfindungen der Lehrerschaft ist der Herr Schulinspektor zu nahe getreten, er hat auch einen unmittelbar schädlichen Einfluß auf das Schulwesen und den Schulbetrieb ausgeübt. Sein Wirken läßt das nötige Maß pädagogischer Einsicht und pädagogischer Bildung durchaus vermissen. In einer Zeit, da alle Bestrebungen darauf hinauslaufen, der ruhigen organischen Entwicklung und der individuellen Veranlagung der einzelnen Kindesseele mit Geduld und Liebe gerecht zu werden, keine vorzeitige und rücksichtslose Ueberanstrengung ihrer Kraft, keine unnötige Fesselung und Einengung ihrer natürlichen Eigenart und Begabung zu unternehmen oder zu dulden: in einer solchen Zeit verlangt der Herr Schulinspektor Leistungen und Ergebnisse, die nur durch unarmherziges Einbläuen und durch geistbildenden Druck zu erreichen sein würden — ja auch dadurch nicht einmal. Wir sind tatsächlich der Ansicht, daß, wenn die Ziele und Methoden des Herrn Schulinspektors nach auswärts etwa durch die pädagogische Presse bekannt würden, dies ein für Bremen peinliches Aufsehen in der ganzen pädagogischen Welt erregen würde. Es ist verlangt worden, daß die biblischen Geschichten selbst auf der Unterstufe wörtlich erzählt werden sollten — eine pure Unmöglichkeit, vollends in Bremen, wo der Lehrer in manchen Schulen anfangs plattdeutsch sprechen muß, um überhaupt verstanden zu werden; es ist sogar die Einprägung der Disposition solcher Geschichten gefordert worden — auch das auf der Unterstufe, ja selbst in der Hülfschule; eine pädagogische Ungeheuerlichkeit sondergleichen. Es ist überhaupt das Wortwissen und der Gedächtnisstrom in unbeschäilter Weise in den Vordergrund der Unterrichtslehre gerückt worden. Alles muß immer präsent sein, das ist die Quintessenz aller seiner Pädagogik. Erst den Stoff einbläuen, dann mögen sie so geistreich sein wie sie wollen“. Auch die berechnete Eigenart der Lehrer, ohne deren Berücksichtigung kein geistliches Wirken zu erwarten ist, wird mißachtet. In kleinlicher und unzulässiger Weise werden dem Lehrer Worte und Ausdrucksformeln beim Unterricht vorgeschrieben und ihm jede Initiative verleidet. Gerade durch die aus der praktischen Tätigkeit heraus geborenen Gedanken und Vorschläge aber hat sich das Schulwesen wenigstens in schultechnischer Beziehung stets weiter entwickelt.

Die bremische Lehrerschaft kann in dem Herrn Schulinspektor unter diesen Umständen auch nicht ihren pädagogischen Führer und Berater erblicken und erwartet keinerlei nützliche Anregung oder Förderung von ihm.

Am schwersten jedoch fühlt die bremische Lehrerschaft sich benachteiligt durch die offenbare Mißachtung, mit welcher der Herr Schulinspektor sich über die im Religionsunterricht der bremischen Volksschulen bisher beobachteten freiheitlichen Traditionen hinwegsetzt. Die bremische Lehrerschaft hat es von jeher für ihre Pflicht gehalten, diesen Unterricht im objektiven, d. h. undogmatischen Sinne zu erteilen und den Kindern dabei nichts anderes als Bibelkunde, etwas Kirchengeschichte und eine an die biblischen Erzählungen und Uebersetzungen anknüpfende ethische Unterweisung zu bieten. Der Herr Schulinspektor hat nun von Anfang an systematisch versucht, diesen Unterricht im Geiste der orthodoxen Kirchenlehre zu beeinflussen und womöglich unzugänglich zu machen. Er verlangt z. B. die Entwidlung des „Heilsplans Gottes im Alten Testament“ vor den Kindern, er empfindet und wünscht eine Behandlung des biblischen Traditionstoffes in einer Weise, die auf den Katechismusunterricht hinleitet usw.

Die bremische Lehrerschaft erklärt sich, von allem übrigen abgesehen, überhaupt anerkennend, diese Anforderungen zu erfüllen. Sie ist dazu nicht in entsprechender Weise vorgebildet. Der auf dem hiesigen Seminar erteilte Religionsunterricht hat sich von jeher in anderen Bahnen bewegt. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Bibelkritik, wie überhaupt historisch-kritische Auffassung der biblischen Uebersetzungen sind den Jünglingen des Bremer Seminars nicht vorenthalten worden, sie bildeten vielmehr einen Hauptgegenstand der religiösen Unterweisung. Es würde unter diesen Umständen für die meisten bremischen Lehrer einen Gewissenszwang und einen Antriebs zur Heuchelei bedeuten, wenn man sie anhalten wollte, in dem von dem Herrn Schulinspektor geforderten Sinne zu unterrichten.

Auf Grund vorstehender Darlegungen erlauben sich die Lehrer und Lehrerinnen an den bremischen Volksschulen der Stadt und des Landgebietes eine Hohe Behörde zu bitten:

„Hohe Behörde wolle ihre geneigteste Aufmerksamkeit auf die Tatsache richten, daß zwischen dem Herrn Schulinspektor und der bremischen Lehrerschaft ein Gegensatz der Denkart und Anschauungsweise, sowie ein Zustand persönlicher Entfremdung besteht, der ein gedeihliches Zusammenwirken zum Wohle der Schule ausschließt.“

Der lange Auszug aus der Eingabe rechtfertigt sich durch seinen Inhalt. Auch an anderen Orten wird man die darin enthaltene schonungslose Kritik des heutigen Schuldrills, der ja außerhalb Bremens, besonders in Preußen, noch viel schlimmer ist, mit Freuden vernehmen.

Als die Lehrer diese Eingabe eingereicht hatten, bekamen sie dafür vom Senat nach einiger Zeit einen „Rüffel“, der nicht durchblicken ließ, daß die Eingabe auch nur den geringsten Eindruck auf den Senat gemacht hatte. Diesen Ordnungsdruck steckten die Lehrer aber nicht geduldig ein, sondern wiederum befanden sie sich als aufrechte Männer, in-

dem sie in einer Resolution an ihrer Stellungnahme festhielten. Holzmeier hatte diese Resolution formuliert, die anderen drei hatten mit Holzmeier zusammen die Veröffentlichung der Resolution in der bremischen Tagespresse veranlaßt. Holzmeier schrieb ohnehin die Berichte über die Versammlungen des Lehrvereins für die „Bremer Bürger-Zeitung“. Wegen dieser „Vergehen“ wurden die vier Lehrer in eine Disziplinaruntersuchung verwickelt und Holzmeier außerdem noch suspendiert. In einem Rechtfertigungsschreiben, das Holzmeier daraufhin an die Senatskommission für das Unterrichtswesen richtete, hieß es:

„Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß wir noch wie vor die Dessenlichkeit, insbesondere auch unsere Volkserziehung, die Bürgererschaft, mit unseren Angelegenheiten befaßt haben. Die Lehrerschaft hätte nach den Vorschriften und Befehlen der Beamtenhinterordnung unter Beobachtung des vorgeschriebenen Instanzenweges ihre Beschwerden, am besten sogar jeder einzelne für sich die seinigen, bei der vorgesetzten Behörde anbringen sollen. Aber für ein solches Verhalten fehlten leider die Voraussetzungen. Die Behörde hatte durch den Gesamtcharakter ihres Verhaltens und ihrer Entscheidungen den starken Eindruck bei der Lehrerschaft erweckt, als unterlasse und feiere sie grundsätzlich das System, nach welchem der Herr Schulinspektor seine Wirksamkeit ausübt. Dieses System aber schien uns einer Handhabung und Ausgestaltung des Schulbetriebes im Sinne pädagogischer Einsicht und Zweckmäßigkeit, wie wir sie verstehen, und um Ehre geistiger Freiheit hinderlich zu sein, und zwar in dem Grade, daß wir uns einen Kampf um unsere höchsten bürgerlichen und geistigen Güter und Interessen aufgedrängt sahen. Wo aber ein Kampf dieser Art um die Schule ausgekämpft wird, da gewinnt er immer für Staat und öffentliches Leben eine solche Bedeutung, daß die Mitwirkung der öffentlichen Meinung, wie aller in Betracht kommenden öffentlichen Instanzen, so beispielsweise der Volksvertretung, der Presse usw. mit Frey und Recht von allen Beteiligten in Anspruch genommen werden kann. Auch für den Lehrer treten in solcher Lage die Subordination und die Dienstaufweisung, die doch für die gewöhnliche ordnungsmäßige Abwicklung der Geschäfte unter normalen Umständen erachtet sind, zurück gegen die auch ihm verbliebenen bürgerlichen Rechte und gegen die bürgerliche Pflicht, auf das Wohl des Staates und seiner bedeutsamen Einrichtungen bedacht zu sein.“

Ferner wird gesagt: es hat einer hohen Behörde beliebt, in so markantes und rückhaltloses Weise für den Herrn Schulinspektor Partei zu ergreifen, daß es für das Bewußtsein der Lehrerschaft, wie sicherlich auch der Dessenlichkeit einer Billigung des Systems, als dessen Träger der Herr Schulinspektor nun einmal gilt, gleichsam. Diesem Eindruck auf die Dessenlichkeit ist auch zuzuschreiben, daß die von einer hohen Behörde so unliebsam empfundenen Artikel in dem Organ einer Partei erschienen, die sich als Hüterin der geistigen Freiheit ansieht und dieser ihrer Aufgabe auf ihre Weise gerecht zu werden sucht. (Gemeint sind Artikel über den bremischen Schulkampf, die in unserem bremischen Parteiorgan, der „Bremer Bürger-Zeitung“, erschienen waren. Red. d. B.) Im Schlußsatz heißt es dann: Dagegen macht sie (die Lehrerschaft) sich nicht viel aus Sorgen, die mit ihr nichts Besseres anzufangen wissen, als die Einführung eines Eides zu beantragen, der die bremische Lehrerschaft abhalten soll, pflichtvergessene Menschen zu werden.“

Der Bremer Prozeß würde nicht die Bedeutung haben, die er in Wirklichkeit besitzt, und wir würden ihm auch nicht diese ausführliche Würdigung zuteil werden lassen, wenn es sich nur um die Entlarvung eines beiläufigen und gleichgültigen Schulbureaucraten handelte. Aber der bremische Schulinspektor Kötter ist nur zum kleinen Teile persönlich schuldig an den ihm zur Last gelegten Dingen. Er ist auch nur das Produkt seiner Verhältnisse, er ist durch die preussische Schulbureaucratie gegangen und für sie muß er nunmehr leiden. Es ist deshalb in letzter Linie die kulturelle Rückständigkeit des deutschen Schulwesens, des kapitalistischen Schulgeistes, die in Bremen auf der Anklagebank saß. Durch das tapferere Verhalten der bremischen Volksschullehrer ist wieder einmal die preussische Schulreaktion, die leider tonangebend ist in Deutschland und im ganzen Reiche ansteckend wirkt, an den Pranger gestellt worden.

Wenn die bremischen Volksschullehrer auf der seit einigen Jahren beschrittenen Bahn fortfahren, können sie sich ein hohes Verdienst um die Volksschule und damit um die Kultur erwerben. Bei solchen Kämpfen werden die Lehrer die Klassenbewußte Arbeitererschaft stets an ihrer Seite finden. —

Von anderer Seite wird uns zur selben Sache geschrieben:

Gleich zu Beginn der Tätigkeit des neuen Schulinspektors beschwerte sich wohl der eine oder andere Lehrer über ihn. Das fand entweder keine Beachtung oder verlief im Sande des Bureaucratismus. Die meisten aber würgten hinunter, was ihnen Herr Kötter an Kränkungen und Beleidigungen zusagte. Da ging dieser Herr 1906 sogar soweit, den Lehrer B. Schorrelmann wegen seines Buches: „Wörter aus unseres Herrgotts Tagebuch“ zu lateinisieren. „Glauben Sie an ein Jenseits?“ „Glauben Sie an einen persönlichen Gott!“ usw. Dieser Lehrer Schorrelmann war dem Herrn Inspektor längst ein Dorn im Auge. Der Mensch hatte (im Alter von 17—23 Jahren) ein anderes Buch: „Anna Maria“ geschrieben und darin wollte Herr Kötter 62mal das Wort „Brüste“ gelesen haben. Auch war dem p. p. Schorrelmann vor langen Jahren, als er Soldat

in Lübeck war, ein Fest der „Sozialistischen Monatshefte“ zu-
gesandt worden, als er eben vom Militär entlassen war. Wie
gesagt, diesen gefährlichen Mann unterwarf der Herr Schul-
inspektor einem Keigergericht und nun zerbrach der Krug, der
schon so lange zum Wasser gegangen war. Die Lehrer
protestierten und das Ende vom Liede war die Disziplinar-
untersuchung.

Ohne Zweifel sollte ein Exempel statuiert werden. Es
kam aber anders. Die dreitägige Verhandlung in der vorigen
Woche, die am Sonnabend zu Ende ging, gab durch Zeugen-
mund allerhand unangenehme Wahrheiten kund. Vergeblich
suchte der Vorsitzende dadurch, daß er immer wieder fragte:
„Warum haben Sie sich nicht damals, vor 13, 12, 10 usw.
Jahren beschwert?“ die Zeugen auszusagen abzuschwächen. Es
kam so nur noch schlimmeres zutage. Entweder man hätte sich
beschwert, aber keinen Bescheid erhalten, oder die Sache war
im Staube des Bürokratismus erstarrt, oder die Antworten
lauteten gar: „Ich war damals noch Hilfslehrer und fürchtete,
nicht als ordentlicher Lehrer angestellt zu werden“; oder:
„Ich hatte damals noch nicht die feste Anstellung in der
Lasse“. Selbst ein Schuldvorsteher antwortete auf die Frage,
warum er denn, da er doch die Bewegung gegen
den Schulinspektor anfangs mitgemacht habe, später
zurückgetreten sei: „Ich mußte auf meine Familie
Rücksicht nehmen“. Und wenn sich der Vorsitzende
etwas spöttisch über das immense Gedächtnis der Zeugen
wunderte, dann bekam er zu hören: „So etwas vergißt man
nicht, Herr Vorsitzender“ oder: „Das steht mir mit Flammen-
schrift in die Seele geschrieben“. Die Verhandlungen zogen
sich in die Länge und das Gesicht des Vorsitzenden gleichfalls,
weil die Zeugen gar so viel gegen den Herrn Schulinspektor
vorzubringen hatten. Dieser aber wußte gegen alle Zeugen
mit Notizen aufzuwarten — er hatte einen Tisch voll Notiz-
büchern — nur mitunter, wenn unter Eid allzu bestimmte Anklagen
gegen ihn kamen, dann liehen Gedächtnis und Notizen ihn
im Stich und er retirierte hinter seine Dienstinstruktion. Der
Mann schnitt sehr schlecht ab, trotz seiner vielen Notizen und
trotz seiner erstaunlichen Kühnheit, mit der er alles Gradierende
bestritt.

Die Verteidigung der Angeklagten war glänzend, auch der
Angeklagte Lübecking, übrigens Vorsitzender des Bremer
Lehrervereins, wußte prächtige Worte zu finden. „Ich stimme
dem Herrn Staatsanwalt zu!“ sagte er u. a., „wohl dem Staate,
der treue Beamte hat. Doch ich füge hinzu: Wehe dem Staate,
der nur Beamte hat. Beamte, die nicht den Mut haben, sich
gelegentlich über Papiere hinwegzusetzen und Männer zu
sein“. Tapfer, wie sie begannen, verharteten die Lehrer also
auch auf der Anklagebank. Die Begründung des Urteils
wurde eine Rechtfertigung für die Angeklagten und ein
vernichtendes Urteil für den Schulinspektor. Die Be-
schuldigten hätten „nicht so vorgehen“ dürfen, sie hätten an
eine höhere Instanz appellieren müssen, heißt es in der Be-
gründung, gleichzeitig aber wurde anerkannt, daß auch die
Behörde einen Fehler gemacht habe, als sie den oben-
erwähnten Bescheid auf die Eingabe publizierten. Das Bild
würde nicht so geworden, wie es jetzt ist, wenn damals „eine
Prüfung dieser Beschwerden im Wege der Vernehmung“
erfolgt wäre. „Es ist die Feststellung der Disziplinar-Kammer,
daß das Verhalten des Schulinspektors nicht dem entsprochen
hat... wie man das verlangen sollte.“ Die Kammer hat
festgestellt, „daß zunächst das allgemeine Verhalten des
Inspektors bemängelt werden muß. Er ist nach Auffassung
der Disziplinar-Kammer kränkend gegen die Lehrer durch
Misstrauen und schroffes Auftreten gewesen“. Ferner wurde festgestellt,
daß ein Bericht des Schul-
inspektors mindestens „erheblich fahrlässig“ ist. Dafür,
daß der Inspektor einem Schüler mit den Worten eine
Dirse gab: „Ich sollte dein Lehrer sein, ich wollte dich
sprechen lehren“, sprach die Kammer dem Aufsichtsbekannt-
machen ihre scharfe Mißbilligung aus. Das kann die Lehrer zwar
nicht völlig befriedigen, ist aber eine starke Genugtuung für
sie. Die Hochrufe, mit denen zahlreiche Kollegen sie auf dem
Korridor empfingen, verstärkten dieses Gefühl. Eine kosten-
lose Freisprechung war ja im kapitalistischen Rechtsstaat nicht
zu erwarten. Die Lage der Amtstätigkeit des Schulinspektors
dürften aber gezählt sein. Das ist ein eminenter Erfolg
des mutigen Vorgehens der Lehrer. Möge er Nachahmung
finden.

Im übrigen aber hat der Prozeß gezeigt, wie die Volksschule
heute unter der alles reglementierenden Staatsraison zu
leiden hat, sie, die doch gerade Luft, Licht und Bewegungsfreiheit
zu ihrer Entwicklung notwendig hat. Hier bietet sich
für viele Lehrer, die bei der letzten Reichstagswahl gegen die
zuverlässigste Freundin der Schule, gegen die Sozial-
demokratie agitiert haben, ein erster Anlaß zu reiflichem
Nachdenken. Statt über den Zwangsstaat der Sozialdemokratie
zu zeteren, sollten sie über den Zwangsstaat der Gegenwart
Betrachtungen anstellen. Und vor allem sollten sie überall
gleich den Bremer Lehrern eine Ehre darin erblicken, bei
Gelegenheit den Beamten hinter den Bürger zurücktreten zu
lassen. Nicht die Beamten, die Ueberzeugung ist des
Mannes Ehre.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März 1907.

Heraus mit einer neuen Zuchthausvorlage!

Im Blatte der Landbündler erhebt ein deutscher Richter,
der Amtsrichter Reinsch zu Greifenberg, den Ruf
nach einem Gesetz, das eine Neuauflage der verscharrten
Zuchthausvorlage bedeutet, das in einigen Punkten sogar noch
die Bestimmungen dieser Vorlage übertrifft. Der Greifenberg-
Amtsrichter schlägt folgendes Gesetz vor:

Wer in einem wirtschaftlichen Betriebe des Staates oder einer
unter Staatsaufsicht stehenden Verwaltung oder in einem gemein-
nützigen oder hauptsächlich auf die Befriedigung der notwendigen
Lebensbedürfnisse gerichteten Privatbetriebe in betrauter Gemein-
schaft mit anderen ohne eine, mindestens eine Woche vorher dem
Dienstberechtigten gegenüber erfolgende Anündigung unbeschädigt
die Leistung der übernommenen Dienste einstellt (streikt), wird mit
Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem
Jahre bestraft. Es kann außerdem bei wiederholtem Rückfall auf
Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und bei Jugendlichen
unter 18 Jahren die Unterbringung in einer öffentlichen Erziehungs-
anstalt bis zur Dauer von einem Jahre angeordnet werden.

Herr Reinsch fordert also nicht nur die kriminelle Ver-
strafung des Kontraktbruchs — er fordert mehr!
Auch solche Streikende sollen mit Geldstrafe bis zu 1000 M.
oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden, die
ohne Kontraktbruch die Arbeit niederlegen. Denn
auch die Arbeiter, in deren Arbeitsvertrag die Klündi-
gungsfrist ausgeschlossen ist, die zivilrechtlich
berechtigt sind, jeden Tag die Arbeit niederzulegen, sollen,
wenn sie das „Gemeinschaft mit mehreren tun, bestraft

werden, sofern sie nicht eine Woche spätestens vorher ihre
Absicht dem Unternehmer angekündigt haben! Das ist wohl
das tollste an Klassenrecht, an Ausnahmerecht
gegen die Arbeiter, was überhaupt gefordert werden
kann. Und dieser gegen die Arbeiterschaft gerichtete Aus-
nahmeharakter des Gesetzes tritt noch krasser hervor, wenn
man berücksichtigt, daß der schlesische Richter nicht daran
denkt, für ausstreichende Unternehmer eine gleiche Straf-
bestimmung zu fordern!

Herr Reinsch sagt in seiner Veröffentlichung, daß sein
Vorschlag die „Eingebung eines Augenblicks“ sei und zunächst
nichts bezwecke, als „eine Anregung“ zu geben. Er hat aber
für seine „Eingebung eines Augenblicks“ doch eine lang-
atmige Begründung gefunden, die sehr deutlich zeigt, daß es
ihm wesentlich darum zu tun ist, die Arbeiterschaft an der Aus-
übung des Koalitionsrechts, an der Durchführung eines er-
folgreichen Streiks zu hindern. Er sagt nämlich in seiner
Begründung:

Das Schädigende der Arbeitseinstellung liegt wesentlich in
ihrem Umfange und ihrer Pflanzlichkeit. Deshalb sind einerseits
nur die Fälle ins Auge zu fassen, in denen mehrere zusammen-
wirken, wobei für die Strafbarkeit genügen muß, daß sie sich
deffen auch nur bewusst sind. Andererseits werden sich die schäd-
lichen Wirkungen meist vermeiden oder erheblich abschwächen
lassen (durch Vergleichsverhandlungen, Lohnherabsetzung, Beschaffung
anderer Arbeitskräfte usw.), wenn schon eine Frist von einer Woche
gegeben ist.

Strafbar kann eine Arbeitseinstellung nicht sein, wenn sie sonst
im Gesetz ihre Rechtfertigung findet, also z. B. wenn überhaupt
kein gültiges Dienstverhältnis vorliegt oder ein wichtiger Grund
zur sofortigen Aufkündigung vorhanden ist (§ 626 des Bürgerlichen
Gesetzbuches). Erforderlich ist also eine unbeschäftigte
Arbeitseinstellung. Ein erheblicher Eingriff in die
persönliche Freiheit findet hierdurch nicht statt; denn auch ohne
rechtmäßigen Grund soll straflos eine Arbeitseinstellung
erfolgen können, wenn sie nur wenigstens eine Woche vorher an-
gekündigt wird.

Ein jeder sollte es für eine Ehrenpflicht erachten, nach seinem
Teil zum Nutzen der Gesamtheit zu wirken und Schaden von ihr
abzuwenden. Denn die Wohlfahrt des ganzen ist auch seine Wohlfahrt.
Wer daher wiederholt gegen dieses fundamentale Gesetz einer jeden
Gemeinschaftsordnung verstößt, verdient nicht die Segnungen ehrlicher Arbeit. Deshalb muß die Mög-
lichkeit gegeben werden, daß in solchen Fällen die bürger-
lichen Ehrenrechte aberkannt werden können. Stellt sich ferner bei
Jugendlichen heraus, daß ihre Handlungsweise auch durch eine
mangelhafte Erziehung oder eine sonstige sittliche Verwahrlosung
mitverschuldet ist, so fordert es die Rücksicht nicht nur auf die Ge-
sellschaft, der sie nützliche Glieder sein sollen, sondern auch auf ihre
eigene Wohlfahrt, daß in einer Erziehungsanstalt nachgeholt werden
kann, was an ihnen bisher verfaßt ist.

Mit § 152 der Gewerbeordnung würde das vorgeschlagene
Gesetz nicht in Widerspruch treten. Denn dort sind nur solche
Strafbestimmungen als unzulässig bezeichnet, die „Verabredungen
und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn-
und Arbeitsbedingungen“ betreffen. Hier handelt es sich aber um
die Art der Verwirklichung und Ausführung solcher Verabredungen.

Mit dem § 152 der Gewerbeordnung würde also nach
Herrn Reinsch das vorgeschlagene Gesetz nicht in Widerspruch stehen.
Mit den Buchstaben dieses Paragraphen allerdings nicht —
ebenso wenig wie die polizeiliche Verhinderung des Streik-
postens. Mit dem Geiste des § 152 aber umfomehr!
Denn dieser Paragraph garantiert dem Arbeiter das Recht
der Koalition und des Streiks, das vorgeschlagene Gesetz aber
bedeutet, daß der Arbeiter in vielen Fällen sich strafbar
machen würde, wenn er von seinem Rechte Gebrauch machte!
In bezug auf die Streikpostenverbote und die Praxis der
Gerichte gegen Streikende hat einmal ein deutscher liberaler
Professor geäußert: „Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht,
aber wenn sie davon Gebrauch machen, werden sie bestraft“. Dieser
Zustand würde durch die kleine Zuchthausvorlage des
Herrn Reinsch in erheblicher Weise verschärft und ausgeweitet
werden.

Herr Reinsch ist ein Einzelner. Die „Deutsche Tages-
zeitung“ hält es sogar zurzeit noch für angebracht, zu er-
klären, daß sie sich mit seiner Anregung nicht identifiziere.
Indes die deutsche Arbeiterschaft darf sich nicht darüber täuschen,
daß seine Anregung die stillen Wünsche großer Kreise des
deutschen Unternehmertums ausdrückt, und daß unsere Junker
allezeit bereit sein werden, solche Anschläge auf Koalitionsrecht
zu unterstützen. Vor allen Dingen aber steht der Amts-
richter von Greifenberg im Kreise seiner Amtsgenossen
mit seiner Anschauung nicht allein. Die Urteile
deutscher Richter gegen Streikfinder zeigen das nur
zu deutlich! Wir würden es sehr verständlich finden,
wenn ein wegen Streikvergehens Angeklagter unter Berufung
auf die Anregung des Herrn Reinsch den Greifenberg-
Richter wegen Befangenheit ablehnen würde. Aber leider ist das
gegen viele gleich denkende Richter in Deutschland nicht
möglich, weil sie weniger offenerzig sind, als ihr Kollege von
Greifenberg!

Das Schlussspiel einer frommen Gründung.

Vor der Strafkammer des Landgerichts in Meve spielte sich
dieser Tage der Schlußakt einer Feste ab, die an den Berühmtesten
Kraus der Dachauer Bank des Fräulein Spieder seligen Andenkens
erinnerte. Der im Vorjahre erfolgte Zusammenbruch der Gewerbe-
bank in Dillien, einem industriereichen Städtchen im Kreise Kempen,
hat außerordentlich viel kleine Leute geschädigt. Diese
Bank war eine Zentrumsgründung. Im Vertrauen auf die Ehrlich-
keit der Gründer hatten viele kleine Leute der ganzen Umgebung
ihre Ersparnisse in der Bank angelegt. Der Direktor des
Zentrums, ein Herr Wümmes, wurde wegen seiner
Frömmigkeit von dem katholischen Klerus des weiten Kreises
protegiert. Nicht allein der fromme Wümmes, der jedes Jahr
eine „Wallfahrt“ nach Rom unternahm, auch die übrigen Macher
der Bank wurden von der Frömmigkeit hochgehalten. Jeder Zweifel
an der Lauterkeit ihrer geschäftlichen Manipulationen war ein Ver-
brechen in den Augen der Gläubigen. Die jetzt angeklagten frommen
Herren trieben die Scheinheiligkeit so weit, daß sie bei Er-
öffnung einer Automobillinie, an welcher sie be-
teiligt waren, die Autos durch einen Pfarrer
einsegnen ließen.

Wohl die Ueberlastung mit kirchlichen Angelegenheiten nahm den
Herren die nötige Ruhe, regelrechte Bilanzen zu ziehen. Es
sah sich auch niemand, der die Geschäftsführung einer Kritik unter-
zog. Ruhete doch schließlich Gottes Segen auf dem Institut; dank der
Klause der Kaplanspresse strömten die frommen Landbewohner mit
ihren erhungerten Groschen in Masse herbei.

Da plötzlich ergaben sich Zahlungsschwierigkeiten. Als das Ge-
richt ging, daß es nicht mit richtigen Dingen zugegangen sei, wußte
die Frömmigkeit und die Zentrumspresse den Zusammenbruch noch
einmal aufzuhalten. Als aber dennoch einige Sparrer, mittrauisch
geworden, die Rückgabe ihres Geldes oder genaues Einblick in die
Geschäftsführung verlangten, da stellte sich heraus, daß fromme Unter-
nehmer und Gesinnungsgenossen des Direktors ohne Sicherheit
so viel Geld erhalten hatten als sie nur haben wollten. Der

Inhaber einer Samthandsfabrik in Breßell, eine feste Zentrumsstütze,
konnte für keine 100 000 M. Sicherheit bieten; er erhielt aber
mehr als eine Million Mark Darlehen. Mühlenbesitzer,
Händler, Kaufleute, so weit sie in einem Freundschaftsverhältnisse
zu dem Direktor oder einem Aufsichtsratsmitglied standen und Kofen-
kranz und Gebetsbuch zu brauchen verstanden, erhielten Darlehen
ohne Sicherheit zu leisten. Die Lubertwirtschaft ging so weit,
daß die kleinen Leute ihre Ersparnisse völlig los geworden
sind. Es schweben noch Entschädigungsklagen gegen einige
Aufsichtsratsmitglieder. Doch ist für die armen Leute bislang nichts
berausgekommen, weil die frommen Herren es verstanden haben,
durch Ueberkreidung an Frau und Kinder und durch andere
Manipulationen die gläubigen Sparrer an einem Zugriff an dem bei-
seite Geschäften zu hindern.

Die strafrechtliche Seite der Gründung fand dieser Tage vor
der Strafkammer in Meve ihren vorläufigen Abschluß. Es wurde
der fromme Direktor zu zwei Jahren Gefängnis und
5000 Mark Geldbuße verurteilt. Der Staatsanwalt
hatte fünf Jahre in Antrag gebracht. Wümmes, der sich bis jetzt
noch immer auf freiem Fuße befand, wurde im Gerichtssaal verhaftet.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der Webstuhlfabrikant
Felix Tamor, ein mehrfacher Millionär, dessen
Millionen sich jetzt aber in den Händen seiner Frau und Kinder be-
finden, wurde mit 10 000 Mark Geldbuße bedacht. Zwei
andere Ratadore kamen mit 300 beziehungsweise 100 Mark Geld-
strafe davon.

Die bürgerliche Presse sucht diesen Skandalprozeß totzuschweigen,
der zeigt, wie unter Ausnutzung der Frömmigkeit Zentrumsstützen
hunderte von Mittelstandseleuten ins Elend gestürzt haben. —

Deutsches Reich.

Paarungsverhältnisse.

Der Freisinn hat sich bisher in dem konservativ-national-
liberal-freisinnigen dreieckigen Paarungsverhältnis als die
nachgiebige weibliche Gefährtin erwiesen, die sich den etwas
derben Anforderungen des konservativen Paarungsgenossen
mit anerkanntem Takt anzubehagern versteht. Im
Preussischen Abgeordnetenhaus hat sich die Freisinnigkeit
zwar jüngst ohne Rücksicht auf den männlichen Gefährten einen
schäblichen Vorstoß gegen die geistliche Ortschaft erlaubt,
und die „Voss. Ztg.“ leistet sich nach altem tra-
ditionellem Schema noch immer hin und wieder das un-
gehörliche Vergnügen, platonisch für eine liberale Kirchen-
politik zu schwärmen und jedem nicht „ganz positiven“ ewan-
gelischen Geistlichen Vorleeren um die Denkerstirne zu
flechten — aber abgesehen von solchen kleinen unschuldigen
weiblichen Schwärmereien ist der Freisinn durchaus gefügig
und findet sich ohne sonderliches Sträuben in das dreieckige
Verhältnis. Das Wunder, daß der Agrarkonservatismus
diese Bereitwilligkeit wohlwollend, wenn auch mit einem ge-
wissen Gefühl der männlichen Kraftüberlegenheit anerkennt.
So äußerte sich beispielsweise auf der am Sonnabend in
Dresden abgehaltenen sächsischen Landesversammlung des
Bundes der Landwirte der Abgeordnete Dr. Köstke:

„Es sei erfreulich, daß diese „Ehe“ geschlossen und nicht bloß
eine Verlobung gewesen sei, die dann zurückging. Wer sei der
Mann in dieser Verlobung? In dieser Ehe sei der Mann
immer der Folgerichtigere und das sei zweifellos die kon-
servative Partei. Die Liberalen hätten eben gerade dadurch,
daß sie in äußerster Lobens- und Anerkennungswertiger
Weise zu der Rechten herübergekommen
seien, doch immerhin einen Schritt getan, den sie früher nicht
zu tun können glaubten und damit haben sie dokumentiert, daß
sie der weibliche Teil sind. Die Rechte würde die Frömmigkeit,
die man den Frauen schuldig sei, stets wahren und es der Linken
nicht schwer machen, mit ihr zu gehen. Möge kein ernstes Zer-
würnis die Ehe trennen; die Rechte würde sich aber stets als
der führende Teil, als der Mann zeigen, auch in Wir-
tschaftsfragen, denn gerade darin müsse der Mann der
Führer sein. Der Redner sprach den Wunsch aus, daß das
„Ehegespons“ der Rechten, die Liberalen, auch in wirtschaftlichen
Frage mit der Rechten gehen möge.“

Vielleicht registriert noch in den nächsten Tagen manches
Freisinnblatt diese Aeußerung des Agrarierführers mit
inniger Genugtuung als Lob. Das Verständnis für die ent-
würdigende Stellung, die sie in dem schönen Paarungs-
verhältnis einnehmen, scheint vielen Freisinnigen bereits
völlig verloren gegangen zu sein. —

Eine Denkmünze für Südwestafrika.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine längere Urkunde über
die Stiftung einer Denkmünze für Südwestafrika. Das umfang-
reiche Dokument beweist, wie groß man im Deutschen Reich auch
die kleinsten Dinge behandelt. Die Denkmünze soll in zweierlei
Formen erteilt werden. Einmal aus Bronze hergestellt, zum
zweiten aus Stahl. Die Denkmünze aus Bronze sollen nicht nur
alle Mannschaften erhalten, sondern auch alle an der Nieder-
werfung beteiligten Privatpersonen, die Mitglieder der
freiwilligen Krankenpflege und die Beamten der
in Südwestafrika eingerichteten Feldpostanstalten, sowie diejenigen
Beamten, die in Südwestafrika in erster Linie im Interesse der
Truppen tätig gewesen sind.

Zur Verleihung der Denkmünze aus Stahl können Angehörige
der Schutztruppen, des Heeres und der Marine sowie alle Personen
vorgeschlagen werden, die an den Vorbereitungen zum
Feldzug in außergewöhnlicher besonders anerkannter Weise
beteiligt gewesen sind. Ferner Angehörige der Besatzungen
derjenigen Schiffe deutscher Meereskreuzer, die ausschließlich zu dem
Zwecke gedient wurden, Truppen und Kriegsbedarf nach Süd-
westafrika oder von dort nach der Heimat zu befördern. Die
Bronzemedaille trägt die Inschrift: „Den heldenmütigen Streikern“;
die stählerne Medaille: „Verdienste um die Expedition“.

Des weiteren wird in der Urkunde bestimmt, auf welcher
Seite der Brust, an einem wie breiten Bande usw.
die Denkmünze getragen wird. Besondere Unterscheidungen werden
dann noch gemacht zwischen den an den Geschäften selbst be-
teiligten und übrigen. Die an den Geschäften Beteiligten tragen
die Denkmünze an einer Spange, die aus vergoldetem
Messing besteht. Diese Spangen müssen wasserrecht getragen
werden. Die übrigen Inhaber der Denkmünze haben kein An-
recht auf die vergoldete Messingspange.

Man muß nach der Lectüre dieser Urkunde den Kalender zu
Rate ziehen, um gewiß zu sein, daß man im zwanzigsten
Jahrhundert lebt! —

Der Prinz Franz Ludwig von Krenberg, Zentrumsabgeordneter
für den Wahlkreis Ralmich-Ronjoie-Schleiden (Rheinprovinz),
ist nach längerer Krankheit in Krefeld gestorben. Im Reichstage
hat er namentlich als Kolonialpolitiker eine Rolle gespielt. Er
war vor seiner Erkrankung im Winter 1905/06 mehrfach Bericht-
erstatter der Budgetkommission für den Kolonialetat, und seinem
Einfluß ist es wesentlich zu danken, daß das Zentrum sich auf
so manche kolonialpolitischen Wünsche der Regierung ein-
gelassen hat. —

Kapitalistischer Terrorismus. In der Nähe der oberpfälzischen
Stadt Amberg liegt das Eisenwerk Ragimilonschütte, einer Aktien-
gesellschaft gehörig, deren Teilhaber zum großen Teile Mitglieder
der hohen Aristokratie und des Münchener Hofes sind. Das

Werk wird Jahr für Jahr 20 bis 25 Prozent Dividende ab. Dafür sind die Arbeitsverhältnisse um so trauriger. Endlich haben es die Arbeiter gemagt, an ihren Ketten zu rütteln. Die Entlassung eines zwölf Jahre in dem Betriebe tätig gewesenem Arbeiter wegen „Sachbeschädigung und unangemessenen Benehmens“ brachte das Maß zum Ueberlaufen. Eine Deputation wurde vorstellig und forderte die Wiedereinstellung des zu Unrecht Entlassenen. Die Direktion lehnte jede Verhandlung ab und sperzte sofort das ganze Werk. Als sie am anderen Morgen bei Beginn der Arbeit wieder erschienen, fanden die Arbeiter das Werk von Gendarmerie besetzt, von der sie zurückgewiesen wurden. Den Ausgesperrten wurde bis zum 25. März Frist gegeben; wenn sie sich bis dahin nicht bedingungslos unterworfen hätten, würden sofort die Arbeiterwohnungen geräumt und die Ausgesperrten aus der Pensionskasse gestrichen.

Der Gewaltakt zeigt wieder, daß die gepriesenen Wohlfahrts-Einrichtungen keinem anderen Zweck dienen, als die Arbeiter an die Scholle zu fesseln und gefügig zu machen. —

Ein Hezenprozeß im „hellen“ Sachsen.

Ein Kulturbild, dessen tieftraurige Bedeutung über den Nachreiß nicht vergessen werden darf, den es den Betrachtenden erregen wird, entrollte eine Schöffengerichtshandlung zu Dresden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte im Dezember vorigen Jahres über eine allerdings unglückliche Hezengeschichte berichtet, die sich in dem etwa zwei Stunden von Dresden entfernten Dorfe Schönfeld zugetragen hatte. In jenem Dorfe hatten eine Anzahl Bauern, die mit dem Gewicht und der Größe der Halber, die ihnen ihre Kühe schenken, nicht mehr zufrieden waren, allen Ernstes geglaubt, ihr Vieh sei verhext. Besonders der Gemeindevorstand und der Ortsrichter glaubten, daß eine gründliche Entzehrung oder Teufelsaustreibung vonnöten sei. Beide ließen aus Sadisdorf bei Schmiedefeld im Erzgebirge einen Hezenmeister kommen, anscheinend einen schlaunen Bauern, der aus der Tatsache, daß namentlich auf dem Dorfe die Dummen nicht alle werden, Kapital zu schlagen versteht. Der Mann kam und fand nach längerem Hofudopos, den er nachts im Stalle trieb und wofür er sich von jedem Bauer gut bezahlen ließ — in einem Falle allein 40 M. — daß das Vieh verhext sei, und zwar von dem, der zuerst von dem Gemeindevorstand mit dem verhexten Vieh etwas geborgt haben wolle. Nach einigen Tagen kam auch ein Nachbar, ein Bauer namens Philipp, um sich ein Stemmeln zu borgen. Er wurde übel empfangen. Das Stemmeln bekam er nicht, aber wütende Miene und böse Worte. Und bald wußte man im Dorfe, wer der Böse sei, der das Vieh verhexe. Dem Philipp erging es übel. Für jede Unregelmäßigkeit in der Viehchucht wurde er verantwortlich gemacht und ihm selbst auf dem Felde zugerufen, was für ein schändlicher Hezenmeister er sei und welchen Schaden er schon angerichtet habe.

Diesen Tatbestand hatte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ kurz geschildert. Die Amtshauptmannschaft scheint es nun richterlich befragt haben wollen, daß es wirklich noch Gemeindevorstände im hellen Sachsen gebe, die dem unglücklichsten Hezen glauben huldigen. Denn es wurde gegen den Verantwortlichen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, den Genossen Gröbisch, der Hezengeschichte wegen Strafantrag gestellt; und es nahm sich auch der Staatsanwalt der Sache an, während der Gemeindevorstand mit einem Rechtsanwalt als Nebenkläger auftrat. Die Weisungnahme nahm für die Schönfelder Ortsbehörde einen blamablen Verlauf. Durch dörfliche Zeugen, die teilweise selbst an die schändlichen Einflüsse von Hezenkünstlern glaubten, wurde nachgewiesen, daß sich alles so zugetragen habe, wie es die „Sächsische Arbeiterzeitung“ geschildert hatte. Ja, der Ortsrichter selbst befanderte höchst naiv als Zeuge, daß er nach wie vor noch an Philipps Hezenkünste glaube, dem es zu danken sei, daß seine Kühe nicht die richtigen Milchmengen gäben; er habe auch selbst beobachtet, daß sein Velle nicht gesprungen sei, wenn Philipps Rinder vorgeführt wurden. Der schlaune Ortsrichter war sich über die Ursache der Erscheinung natürlich nicht im Zweifel.

Unter solchen Umständen, die den Oberamtsrichter, der die Sache vor dem Dresdener Schöffengericht führte, zu mehrmaligem Kopfschütteln veranlaßten, war es natürlich nicht möglich, dem Prozeß Ausgang durch eine Verurteilung des Genossen Gröbisch zu geben. Obwohl Staatsanwalt und Rechtsanwalt für eine Strafe eintraten, weil die „Sächsische Arbeiterzeitung“ alles schlecht mache, wurde der Angeklagte kostenlos freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Gemeindevorstand und Ortsrichter von Schönfeld werden natürlich auch jetzt wieder glauben, daß die Sache nicht mit richtigen Dingen zugegangen ist, und vielleicht die Richter auch verhext worden sind, denn sonst sind doch Sozialdemokraten immer verurteilt worden.

Sachsen hat sich einst stolz das Land der Schulen genannt. Aber eine Schule, die im Namen der Kirche im Iden Einpaulen von Bibelversen und unverständlichen Katechismusprüchen ihre Hauptaufgabe sieht, kann natürlich die Denkfraft nicht wecken und den Aberglauben nicht zerstören. —

Das Anzeichen der Zeugnisaltersfraude verlag.

Mannheim, 25. März.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Vollstreckung der Zeugnisaltersfrist, die morgen für den Genossen Oskar Sed von der „Volksstimme“ beginnen sollte, ist durch Beschluß der Strafkammer vorläufig ausgesetzt worden auf Grund des § 340 Absatz 2 der Strafprozessordnung.

(Die Bestimmung besagt, daß das Gericht die Vollstreckung der Altersfrist aussetzen kann bis zur Entscheidung über die Beschwerde des Verurteilten, abgesehen der Absatz 1 des Paragraphen der Beschwerde keine aufschiebende Wirkung zubilligt.)

Russische Studenten in Jena.

Gelegentlich der Establierungen im weimarischen Landtage brachte der antisemitische Abgeordnete Freiherr v. Richthofen bei den Ausgaben für die thüringische Landesuniversität Jena die Sprache auf die Ausländer, die an dieser Universität immatrikuliert sind. Er sehe nicht ein, meinte er, warum man russisch-jüdische Elemente, die man in Rußland nicht gern sehe, in Jena dulden wolle. Bei den letzten Reichstagswahlen hätten sich solche Studenten in Leipzig und Dresden an Wahlkampf für die Sozialdemokratie beteiligt. Es sei nötig, daß man Abwehrmaßnahmen ergreife. Dies könne einerseits durch eine Erhöhung der Kollegengelder geschehen, andererseits dadurch, daß die Regierung den vom Bundesrat und dem Reichstag vorgeschlagenen Maßregeln zustimme.

Abg. Baudert kennzeichnete diese Ausführungen als antisemitische Hebe. Im Interesse des Ansehens unserer deutschen Universitäten liege es, daß diese nicht für die Ausländer verschlossen werden. Gegenüber der Wahlhilfe russischer Studenten für die Sozialdemokratie in Leipzig und Dresden verweise er darauf, daß in Jena, Weimar und Apolda Studenten aus Jena für die bürgerlichen Parteien tätig gewesen seien. Dulde man dies, dürfe man auch nichts dagegen einwenden, wenn sozialdemokratische gestimmte Studenten für ihre Partei tätig seien.

Staatsminister Dr. Rothe bedeutete dem Abg. v. Richthofen, daß er mit seinen Ausführungen der Regierung nichts Neues gesagt habe. Die Ausländerfrage sei in „befriedigender Weise“ gelöst. Die in den Zeitungen erhobenen Beschuldigungen seien viel-

fach übertrieben gewesen. Aber weder der Bundesrat noch der Reichstag haben auf die Universität Jena einen Einfluß.

Während der Abg. v. Jena dem Abg. v. Richthofen den Vorwurf machte, daß dieser ganz unberechtigtweise diese Frage hier angeschnitten habe, suchte der bekannte nationalliberale Abg. Lehmann-Jena den Abg. Baudert als Anwalt der russischen Studenten hinzustellen. Nach einer weiteren Polemik zwischen dem Abg. v. Richthofen und Baudert wurde das Kapitel der antisemitischen Ausländerhebe abgeschlossen. —

Schiffahrtsabgaben.

Die Rhein-Wesf. Zg. konstatiert mit größter Befriedigung, daß die Aussichten für die von der Regierung geplanten Schiffahrtsabgaben nicht die besten sind, da vornehmlich die Liberalen mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum in dieser Frage stimmen werden. Mit deutlicher Genugtuung schreibt das Blatt:

„Die Aussichten für die geplanten Schiffahrtsabgaben sind augenblicklich wenig hoffnungsvoll. Als Marktwert eines Spekulationspapiers ausgedrückt, kann der Kurs nur tieferer Baustand sein. Ob im Reichstage eine Mehrheit zustande kommen würde, ist sehr fraglich. Dagegen ist die ganze Linie mit Einschluß der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen werden zum großen Teil dagegen sein, und selbst im Zentrum gibt es manchen Gegner. Im Bundesrat ist der Sieg Preußens ebenfalls unsicher. Die süddeutschen Staaten sind geschlossen gegen die Einführung, ebenso Hamburg. Sachsen wird sich vielleicht ebenfalls zu den Gegnern schlagen.“

„Stehen somit die Aussichten im Inland recht schlecht — vom dem Widerstand aus Kreisen des Handels und der Industrie, deren Gegenkündigungen wir oft zu vertreten in der Lage waren, gar nicht zu reden — so kommt als weiterer Gegner noch das Ausland hinzu. Die Niederlande wollen von Schiffahrtsabgaben auf dem Rheine nichts wissen. Wie gestern gemeldet, hat jetzt auch Oesterreich in nicht mißzuverstehender Weise sich gegen die Wiedereinführung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe ausgesprochen.“

Sind nun die Sozialdemokraten national, weil sie mit den Nationalliberalen und dem Ausland gegen die preussische Regierung stehen, oder sind die Nationalliberalen Agenten des Auslandes, weil sie mit den Sozialdemokraten und Zentrümern am anderen Ende des Seiles ziehen, an dem die preussische Regierung ihre Kraft im Dienste der Konservativen versucht? —

Preussische Sozialpolitik.

Der preussische Ministerpräsident Fürst v. Bismarck, Wahlkassierer der nationalen Parteien, begrüßte einst den nationalen Arbeiterkongreß zu Frankfurt a. M. mit der Hoffnung, daß die Arbeiter außerhalb der Sozialdemokratie ihre Interessen vertreten möchten und versprach in diesem Falle tatkräftige Förderung. Wie diese Förderung aussieht, zeigt sich im königlichen Bergwerkserkenntnis i. S. Dieses Erkenntnis hat der preussische Staat im vorigen Jahre für 31 Millionen Mark gekauft, während es den Aktionären nur 12 Millionen gelöst hat. Neuerdings verfuhr die nun der christliche Bergarbeiterverband unter der Belegschaft Mitglieder zu werben. Sofort zeigte sich die preussische Verwaltung von ihrer sozialen Seite, indem sie folgenden Maß ansetzte: „Königl. Verginsspektion Bienenburg.“

Ein Bergarbeiterverband soll seit einiger Zeit Versuche machen, in unserer Belegschaft Fuß zu fassen, und bereits mehrere Mitglieder gewonnen haben.

Die Königl. Verginsspektion rät der Belegschaft dringend ab, irgend einem Bergarbeiterverband beizutreten, da es ihr sehr fraglich erscheint, ob diejenigen, die Mitglieder eines Verbandes geworden sind, für die zu leistenden Beiträge, die im Laufe der Jahre eine stattliche Höhe erreichen, jemals eine entsprechende Gegenleistung seitens des Verbandes erhalten werden.

Andererseits steht zu befürchten, daß das gute Verhältnis, welches bisher zwischen Werkverwaltung und Belegschaft bestanden hat, durch die Einmischung fremder Elemente eine Kränkung erfahren kann und die Werkverwaltung vielleicht weniger geneigt macht, den Wünschen der Belegschaft entgegenzukommen.

Haben Mitglieder der Belegschaft irgend welche Wünsche an die Werkverwaltung, so ist der Arbeiterschuß das geeignete und allein zuständige Organ, derartige Wünsche bei der Werkverwaltung geltend zu machen.

Mit außerhalb der Belegschaft stehenden Personen, Verbänden usw. wird sich die Werkverwaltung über ihr Verhältnis zur Belegschaft keinesfalls in Verhandlungen einlassen.

Bienenburg, den 23. Februar 1907.
Königliche Verginsspektion,
(Name unleserlich.)

Ausland.

England.

Die kommende irische Vorlage.

London, 21. März. (Fig. Ber.) Die in der Thronrede versprochene irische Vorlage wird zwar erst nach den Osterferien dem Parlament zugehen, aber sie beschäftigt bereits die öffentliche Meinung auf lebhafteste. Gestern fand im Oberhause das erste Vorpostengesetz statt, an dem sich besonders der Lordkanzler und Lord Lansdowne beteiligten. Der Lordkanzler (der frühere liberale Jurist Sir Robert Reid) trat unumwunden für die Gewährung von Home rule (irischer Selbstverwaltung mit einem eigenen Landtag) ein, während Lansdowne den status quo (die Aufrechterhaltung des bestehenden Verhältnisses) verteidigte. Der Lordkanzler erklärte, er sowohl wie der Premierminister seien überzeugte Anhänger der irischen Selbstverwaltung, die trotz aller Opposition ihrer Verwirklichung entgegenstehe. Wenn das englische Volk einmal zu dem Bewußtsein gelange, daß es die Unfreiheit fördere, so suche es diesen unwürdigen Zustand zu befreien. Es lasse sich durch keine eingebildeten Gefahren von der Durchführung einer Reform abhalten. Auch lehre Englands politische Geschichte, daß Freiheit das Reich befestige! „So vor 70 Jahren in Kanada. Das Ergebnis der Gewährung von Selbstverwaltung war, daß Kanada beruhigt wurde, sich mit dem Mutterlande ausöhnte und die französischen Elemente zu lokalen Bürgern machte. Wir haben ein noch schlagenderes Beispiel in Transvaal. Es ist kaum etwas mehr als ein Jahr her, daß ich dem Hause mitteilte, wir gedächten, die beiden Völkerschaften in Transvaal gleichzustellen. Es gibt jetzt hoffentlich keinen in diesem Hause, der nicht zugeben würde, daß unsere Politik auf dem besten Wege ist, vom Erfolge gekrönt zu werden. Und wenn es in jenen Ländern möglich war, durch Selbstregierung den Frieden herzustellen, warum soll dieselbe Methode in Irland versagen?“

Diesen Ausführungen gegenüber antwortete Lansdowne, er sei nicht mißtrauisch und lasse sich nicht von eingebildeten Gefahren leiten, aber die Geschichte der letzten 25 Jahre zeige, daß trotz aller Konzeptionen, die Irland gemacht wurden, das irische Volk in seiner Feindschaft verharrte. Die Irländer behandeln die protestantischen Minoritäten mit rücksichtsloser Härte. „Die Hinweise auf Kanada und Transvaal passen auf Irland nicht. Jene Kolonien sind in großer Entfernung vom Mutterlande gelegen, während Irland nur durch einen schmalen Kanal von England getrennt ist. Die wirkliche Ursache der irischen Schwierigkeit ist in dieser harten geographischen Tatsache zu finden. Sobald wurde immer auf die Union zwischen Schweden und Norwegen hingewiesen. Was ist diese Analogie heute wert? Während des Kon-

fliktes zwischen diesen beiden Ländern war ich doch hinter den Kulissen und konnte sehen, was wirklich vorging. Ich kann ohne weiteres erklären, daß es nur der Selbstherrschung und der staatsmännischen Einsicht von etwa sechs Männern beider Länder zu verdanken war, daß es nicht im letzten Moment zum Brüche kam. Ein solches Risiko können wir in Fragen, die Großbritannien und Irland betreffen, nicht übernehmen.“

Man darf nun nicht etwa glauben, daß die kommende irische Bill Home rule ohne jede Einschränkungen gewährt wird. Sie wird Home rule offenbar nur erleichtern. —

Der Kanalstunnel.

Der Initiantenrat betreffend den Bau eines Untersectunnels zwischen Dover und Calais, der vor einigen Wochen an dieser Stelle besprochen wurde, ist nunmehr als aussichtslos zu betrachten. Am letzten Donnerstag wurden darüber nochmals im Unterhause wie im Oberhause kurze Mitteilungen gemacht, in denen die ablehnende Haltung der Regierung unter allgemeiner Zustimmung der beiden Häuser begründet wurde.

Rumänien.

Der Bauernkrieg.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Bukarest gemeldet: Im Bezirke Rimnicu-Sarat in der Walachei herrscht Aufbruch. Die Bauern griffen zumeist Rumänen gehörige Gutshöfe an und drangen in die Stadt Rimnicu-Sarat ein, wo sie mit dem Militär kämpften. Die Stadt wurde verwaist. Die Stadt West in der Moldau wurde ebenfalls verwaist. Es wurden viele Häuser, deren Eigentümer Juden sind, zerstört, aber auch viele Rumänen gehörende Gutshöfe verwaist. In Galazi ist die Lage ernst; zwischen dem Militär und den in den Ort eingedrungenen Bauern fanden erbitterte Kämpfe statt. In Bungesti wurden beim Einschreiten der Truppen vier Personen getötet. In Stefanesti, Bezirk Votodani, fanden gegen die Juden gerichtete Ausschreitungen statt. Die Bewegung verliert immer mehr den antisemitischen Charakter.

Bukarest, 25. März. (B. G.) Das neue Ministerium Sturdza hat sich bereits konstituiert.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

12. (außerordentliche) Sitzung vom Montag, den 25. März, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans, eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Saal ist nur von etwa 35 Mitgliedern besetzt.

Vor der Tagesordnung gibt Stadtv. Prof. Landau (A. L.) die Erklärung ab, daß in der Mittwochsitzung der Oberbürgermeister zutreffend angeführt habe, daß er (Redner) gegen die generelle Gebührentreue der Desinfektionen sei.

Die Versammlung lehnt die Spezialberatung des Stadthaushaltes für 1907 fort und beginnt mit der Abstimmung über den Etat der städtischen Desinfektionsanstalt gestellten, die Aufhebung der Desinfektionsgebühren bezweckenden Antrag Krone u. Gen. (Soz.), der in der letzten Stadtsitzung wegen Beschlussunfähigkeit der Versammlung nicht mehr hatte erledigt werden können.

Der Antrag wird abgelehnt; die Ausschussresolution, welche dem Magistrat zur Erwägung stellt, ob Gebühren künftig nur bei Einkommen über 3000 M. erhoben werden sollen, angenommen.

Zum Etat für die Heimstätten für Genußende, Rettungswesen usw. bemerkt

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der nach Zeitungsnotizen bezw. Berichtigen Mitteilungen der Magistratsvertreter im Stadtschuß über die künftige Behandlung des Rettungswesens, der Sanitätswachen usw. bestehende Plan ist nach unserer Meinung eine Mißgeburt, und wir können vor seiner Verwirklichung nur warnen. Wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkt der Verstadtilichung des gesamten Rettungswesens und beantragen eine dementsprechende Resolution. Die Unfallsstationen sind ja doch nur Hilfsstellen der Berufsgenossenschaften, mit dem Hauptzweck, Unfällen zu sparen; der Umweg über diese Stationen kann häufig dem Verletzten oder Kranken, der in ein Krankenhaus gehört, nur schaden. Die Krankenhausdeputation hat längst sich für die Verbilligung erklärt. Alle Fachmänner stimmen darin überein, daß nur eine Zentralisation des Rettungswesens der Stadt Berlin würdig ist. Wird der magistratische Plan durchgeführt, so umgibt nur ein loser Band in Form einer städtischen Beihilfe alle die verschiedenen Institutionen; das Publikum würde nur noch einen größeren Wirtswort, eine größere Verschwendung vorfinden, während andererseits das Obium auf den Magistrat fallen würde. Heute früh ist der treffliche Organisator des Berliner Rettungswesens, Geheimrat v. Bergmann, gestorben, der Mann, dem wir zu danken haben, daß wenigstens die erste Hilfe bei Unglücksfällen einigermaßen organisiert worden ist. Wir sind es keinem Andenken schuldig, in dieser Sache ein schleunigeres Tempo einzuschlagen und die Vorschläge der Deputation dem Magistrat einbringlich zu empfehlen.

Stadtrat Strahmann: In aller nächster Zeit wird Ihnen eine hierher gehörige Vorlage zugehen. Die Zentrale, welche bisher mit der Rettungsgesellschaft verbunden war, wird eingehen und es werden in Zukunft die freien Betten vom Rathaus aus mitgeteilt werden; ferner werden die Sanitätswachen mit der Stadt deparat verbunden werden, daß sie Tages- und Nachtdienst haben und nur die erste Hilfe leisten. Weitere Verhandlungen bezüglich des ärztlichen Dienstes und der übrigen Einrichtungen sind im Zuge.

Stadtv. Dr. Langerhans: Die Durchführung dieser Einrichtung fangen wir schlecht an, wenn wir, bevor die Vorlage da ist, einengende Beschlüsse fassen. (Zustimmung.) Wir wissen doch auch, daß für Berlin und Kotorte ein Zweigverband für verschiedene Verwaltungszweige ins Leben gerufen werden soll; da können wir so enge Grenzen in einer Einzelfrage nicht vorzeichnen.

Stadtv. Prof. Dr. Landau (A. L.) kann nicht finden, daß die Annahme der Resolution einengende Bestimmungen trifft. Neben der selbständigen Rettungsgesellschaft sollten allerdings andere selbständige Organisationen nicht existieren; nach dem Etat würde aber die städtische Zentrale bleiben, ferner die städtische Hauptwache, Hauptwache von Krankenhäusern, welche der Rettungsgesellschaft angegeschlossen sind, Sanitätswachen, Wachen des Verbandes für erste Hilfe und noch einiges mehr. Weiben die Sanitätswachen selbstständig, so könnte sehr leicht der Fall sich wiederholen, daß eine Sanitätswache dem städtischen Zuschuß an eine Unfallsstation überweise, weil sie selbst keine rechte Tätigkeit zu entfalten gehabt habe.

Kammerer Dr. Steiniger: Bewiß hat die Versammlung ein sehr gewichtiges Wort mitzureden; aber ob sie ohne genügende Unterlage das Richtige trifft, steht dahin. Mit dem Antrage kamen wir auf das Löff-Löff-Tempo, welches Herr Dr. Wehl vorhin leise gestreift hat (Stadtv. Singer: Aber wenigstens zum Tempo der elektrischen Straßenbahn könnten wir doch kommen! Heiterkeit.).

Stadtv. Dr. Isaac (A. L.): Die Lösung dieser Frage scheint auch mir nicht besonders glücklich zu sein; unter Anschluß an die Ausführungen von Dr. Landau und Dr. Wehl bitte ich um Annahme der Resolution.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.) bittet, lediglich aus tatsächlichen Gründen für jetzt die Resolution zurückzunehmen.

Stadtv. Dr. Wehl zieht hierauf mit Rücksicht auf die gepflogene Debatte die Resolution für jetzt zurück. Der Etat wird genehmigt. Berichterstatter für den gesamten Etat ist an Stelle des Stadtv. Dr. Krone (Soz.) Stadtv. Dr. Glöckel (A. L.).

Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, in Nähe die Versteigerung der Vorschulen ins Auge zu fassen, hat vor der Ausschussmehrheit keine Gnade gefunden, ist vielmehr mit 6 gegen 7 Stimmen gescheitert. Zum Etat der Gemeindegemeinden hat ein Antrag, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Schritte zu ergreifen, um vor dem 1. April 1908 feststellen zu lassen, daß die Berliner Gemeindegemeinden im Sinne des Volksschulunterhaltungs-

gesetzte Simultanschulen sind, ebenfalls keine Mehrheit gefunden. Dagegen wurde der Antrag auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gegen 3 Stimmen verworfen. Drei Petitionen um Erhöhung des Stundenhonorars für alle Lehrer mit Ausnahme des Handarbeitsunterrichts in den Volkshilfsschulen sollen dem Magistrat als Material überwiesen werden. In den Etat für die Pflichtfortbildungsschulen ist mit 7 Stimmen eine Summe von 3200 M. für Fernsprechgebühren eingelegt worden, um durch Telefonverbindung der Zentralverwaltung mit den Arbeitgebern das Schreibwerk zu vermindern. In den Etat der Fachschule für Klempner hat der Ausschuss das Honorar für den Fachmann von 100 auf 200 M. wieder zu erhöhen beantragt, ebenso soll dem Direktor der 1. Handwerkererschule Dr. Szymanski, eine persönliche Zulage von 1000 M. gewährt werden, da er sich nach seiner Ernennung zum Direktor um 600 M. in seinen Bezügen verschlechtert habe.

Stadt. Kolkofowitsch (soz.-fortschr.) bringt zum Etat der höheren Lehranstalten die Frage der Förderung des Schülerturnens zur Sprache. Das Turnen sei eine prachtvolle Ergänzung des Turnens, was auch die Pädagogen zugeben. Der Mangel der Schülerturnen sei glücklicherweise im Schwinden; die sonstigen zahlreichen Vorurteile gegen das Schülerturnen sollten aber auch endlich aufgehoben werden. Erwünscht wäre die Bewilligung einer städtischen Subvention.

Stadt. Schulrat Dr. Michalis hat gegen das Schülerturnen an sich nichts einzuwenden, will auch die gegebene Anregung gern zur Kenntnis nehmen, kann aber nichts darüber sagen, wie weit ihr nachgegangen werden wird.

Stadt. Dr. Freuh (soz.-fortschr.): Die Frage des Charakters unserer Volksschulen nach der konfessionellen Seite wird durch die Ablehnung des erwähnten Antrages nicht erledigt. Ich möchte nur konstatieren, daß mit dieser Ablehnung der alte Standpunkt der Versammlung nicht aufgegeben ist. Wir werden bei der Ausführung des Volksschulunterhaltungs-gesetzes noch darauf zurückzukommen haben.

Stadt. Menbrin (Fr. Fr.) beantragt, in dem Etat für das Pflichtfortbildungsschulwesen, Extraordinarium, die Summe von 20 000 M. zur Beschaffung von Subsidien usw. wieder auf den vorjährigen Betrag von 43 000 M. zu erhöhen.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag angenommen.

Zum Thema der Baugewerkschulen befürwortet Stadt. Körts (Fr. Fr.) Befestigung der Lehrer an diesen Anstalten und empfiehlt dem Magistrat dringend, damit nicht bis zum Abschluß der über diese Schulen mit dem Staate schwebenden Verhandlungen zu warten.

Im übrigen wird durchweg noch den Ausschussvorschlägen beigestimmt.

Für die Etats betr. die Armen- und Waisenspflege hat der Ausschuss den Stadt. Sassenbach (Soz.) zum Referenten bestellt.

Zum Etat für das Armenwesen ist vom Ausschuss noch längerer Debatte eine Resolution angenommen worden, worin der Magistrat ersucht werden soll, in den Etat für 1908 Mittel einzustellen, um die Entsendung von Kranken in Heilanstalten in ausreichender Weise zu ermöglichen. Weitergehende Anträge auf Einstellung von 150 000 bezw. 50 000 M. in den Etat für 1907 sind abgelehnt worden; der Kammer hat sich auch gegen den zur Annahme gelangten Antrag erklärt.

Anträge auf Einstellung von Beträgen zur Beschaffung der notwendigen zahnärztlichen Utenzilien für die Waisen- und Erziehungshäuser sind im Ausschuss abgelehnt worden.

Es geht ein Antrag Hingc (Soz.) ein, für die Entsendung von Kranken in Heilanstalten 150 000 M. zu bewilligen.

Stadt. Hingc (Soz.): Der Armenetat, wie er uns diesmal vorgelegt ist, hat im Magistrat selbst gegenüber den Anträgen der Armenvereine erhebliche Veränderungen erfahren. Diese Anträge schloßen mit einer Mehrausgabe von 47 000 M. ab, die Magistratsvorlage aber mit einer Minderausgabe von 211 000 M. Die Differenz von 258 000 M. ruht im wesentlichen von den Streichungen an monatlichen Unterhaltungen und Pflegegeldern und von der Streichung jener 150 000 M. her. Schon bei der ersten Lesung wies Kollege Vorkmann darauf hin, daß die Pflegegeldsätze zu gering sind; noch heute wird für Kinder ein Pflegegeld von 8,50 M. monatlich und weniger gezahlt. Die Sätze sollten doch möglichst bald auf mindestens 9 M. gesteigert werden. Der 18. Armenkreis hat sogar einen Mindestsatz von 9 M., einen Höchstsatz von 12 M. vorgeschlagen. Die Waisensverwaltung ist uns hier weit voraus; sie zahlt bis zum vollendeten 1. Lebensjahr 21 M., bis zum 2. Lebensjahr 15 M., bis zum 6. Lebensjahr 12 M., bis zum 15. Lebensjahr für Mädchen 9 M., für Knaben 12 M. Die Armenverwaltung steht noch an den altberbrachten Sätzen von 6 und 9 M. Die Kinder, soweit sie sich bei den Müttern befinden, sind natürlich ebenso den wirtschaftlichen Verhältnissen unterworfen, wie die Kinder in der Armenpflege; mit 20 Pf. pro Tag kann die Mutter ihr Kind nicht so ernähren, wie es im Interesse einer geistlichen Entwicklung liegen muß. Hier sollte die Armenverwaltung endlich zu einem Fortschritt übergehen. — Den Antrag wegen Einstellung der 150 000 M. hatte die Armenverwaltung schon im vorigen Jahre gestellt, der Magistrat aber sich damals ebenso wie heute dagegen ablehnend verhalten. Schon seit 1905 beschäftigen wir uns mit dieser Frage. Stadtrat Münsterberg hat im Oktober 1906 in der Armenverwaltung erklärt, daß die Unterstützung von Personen in Heil- und Erholungsanstalten sich zu einer nicht mehr zu entbehrenden Form der Armenpflege ausgewachsen habe. Im März 1906 ging den Mitgliedern der Armenkommissionen eine Anweisung ähnlichen Inhalts zu, welche u. a. auch auf die Erholungsanstalten in Hohenlychen, Dyrög, Norderny usw. verwies. Nachdem im vorigen Jahre die Forderung abgelehnt war, kam die Armenverwaltung im Jahre 1906 auf die Sache zurück. Bei den damaligen und späteren Beratungen, denen auch Armenärzte und Armenvorsteher anwohnten, wurden allerlei Vorschläge gemacht, welche die Entsendung von Kindern in solche Heilanstalten möglichst verhindern sollte. Es wird nun zu viel von den Gutachten des Arztes abhängig gemacht; nur wenn der Arzt die Voraussetzungen hat, daß das Kind sich wesentlich erholen wird, soll er die Entsendung als wünschenswert bezeichnen. „Wünschenswert“ ist aber nicht „notwendig“, und so wird häufig Ablehnung verfügt. Die im Etat übrig gebliebenen 40 000 M. reichen für das Bedürfnis absolut nicht aus. Die jetzt getroffenen Entscheidungen muß man zum Teil direkt als hart bezeichnen. Das private ärztliche Mittel einer Frieda R. besagt, daß das Kind lungentkrankt ist; ein wochenlanger Aufenthalt in Norderny sei erforderlich. Der Vater, ein Maurer, beantragt die Entsendung; der Armenarzt untersucht das Kind, schreibt, das Kind leidet an Unterernährung und schlechter Konstitution; die Lungen seien suszeptibel, das Kind für eine Winterkur geeignet. Darauf verfügt der Sanitätsrat Straßmann Ablehnung des Beschlusses; ein weiteres Opfer der Art und Weise, wie zum Teil die soziale Fürsorge der Stadt Berlin ausgeübt wird! Dabei hat das Bundesamt für das Heimatswesen wiederholt die Unterbringung von Kindern in Kurorten zu den Aufgaben der öffentlichen Armenpflege für notwendig und die Unterbringung z. B. in einem Erholungsheim gegen Charlottenburg als eine große Pflichtverletzung erklärt. Diese Entscheidungen sollten doch auch für uns durchschlagend sein. Der Magistrat, gez. Reide, hat im August 1906 direkt abgelehnt, die Unterbringung in Heilanstalten als Teil der Armenpflege anzuerkennen. Heilanstaltenbehandlung aus Staatsmitteln könne nur bei notwendiger Armenpflege eintreten. Der Magistrat will es also wohl erst darauf ankommen lassen, daß die höheren Staatsbehörden einen starken Druck auf Berlin ausüben. Das Heimatsministerium andererseits hat vom Oberbürgermeister eine Antwort erhalten, welche es schwer verständlich erscheinen läßt, daß man hier kein größeres Entgegenkommen zeigen will, denn es weist direkt darauf hin, daß durch solche Unterbringung der Stadt unter Umständen erhebliche Kosten erspart werden können. Will man noch einigermaßen von sozialer Für-

sorge sprechen, so muß die Stadt, auch ohne dazu verpflichtet zu sein, Mittel für diesen Zweck bewilligen. (Beifall.)

Kammerer Dr. Steiniger: Wenn der Armenetat zirka 311 000 Mark weniger aufweist als früher, so liegt das zunächst daran, daß 1130 Kinder mit 245 000 M. Aufwand auf den Waisensetat übernommen sind. In Unterhaltungen selbst ist nicht gespart worden. Der Antrag wegen der 150 000 M. für Unterbringung in Heilanstalten ist nicht neu; ich bitte ihn aber grundsätzlich abzulehnen. Wenn in jedem Falle einer Lungenschwindsucht eine Landgemeinde zur Entsendung in eine Heilstätte verpflichtet werden könnte, so würde das ganze Land bankrott. Wir wollen nicht schlechthin jeden Fall ablehnen, können aber ebensoviele schlechthin eine Verpflichtung anerkennen.

Stadtrat Münsterberg: Wir sind fortgesetzt bemüht, die Pflegegelder für Kinder der Armenverwaltung zu erhöhen. Der große Unterschied zwischen den Sätzen in der Waisen- und Armenverwaltung beruht darin, daß die Waisen ganz fremden Leuten gegeben werden, die Armenverwaltung die von ihr zu versorgenden Kinder aber den Müttern übergibt. Die Anerkennung der Erhöhung der Pflegegelder erleben Sie daraus, daß früher 6 M. Satz galten, 1903 aber 3684 Kinder 7—10 M., 1906 sogar 6843 Kinder 7—10 M. erhielten. — Die Entscheidungen des Bundesamtes haben für uns nur promamentische Bedeutung. Der Magistrat hat sich der Unterbringung in Heilanstalten keineswegs verschloßen, aber er muß bei aller Armenpflege das „Notwendige“ als Richtschnur ansehen. Wir bemähen uns, den Begriff des „Notwendigen“ herzustellen; das „Wünschenswerte“ sehen wir als Wohltat an, die aus den Wohltätigkeitsfonds zu decken ist, soweit diese reichen. Ich habe mich überzeugt, daß unter den Ärzten eine etwas übertriebene Auffassung, eine Art Taumel, über die Bedeutung der Heilstättenpflege herrscht. (Oh!)

Stadt. Dose (A. L.) möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob die Freunde des Kollegen Hingc ein Monopol auf diese Seite der sozialen Fürsorge hätten.

Stadt. Liebenow (A. L.) nimmt die Armenverwaltung gegen die Angriffe des Stadt. Hingc in Schutz.

Stadt. Resenow (A. L.): Die Entscheidungen des Bundesamtes sind zwar für Berlin nicht zwingend, dennoch werden sie nicht außer acht zu lassen sein. Für die Entsendung von Kranken steht bisher überhaupt kein Kosten im Etat; die Mittel werden aus dem sehr allgemeinen Titel „usw.“ entnommen und der Magistrat hat das toleriert.

Es nahmen noch das Wort Genosse Dr. Wehl, der besonders vom ärztlichen Standpunkte die Münsterberg'sche Äußerung von dem Taumel sozialer Fürsorge, der gewisse Kreise ergriffen habe, entschieden zurückweist und Genosse Hingc, der sich gleichfalls gegen die gegnerischen Einwände richtet und den Freisinnigen zuruft, daß sie wohl den Mund recht vollnehmen, aber den Taumen auf den Beutel halten.

Beim Etat des Friedrich-Wilhelm-Hospitals rügt Gottfried Schulz (Soz.) die ärztliche Fürsorge und bezeichnet sie als gänzlich unzureichend.

Genosse Adolf Hoffmann bringt beim Etat des Obdachs eine Reihe Beschwerden vor, die vom Magistratsdezernenten zum Teil als berechtigt anerkannt werden. Es sei für Abhilfe Sorge getragen worden.

Beim Etat der Park- und Gartenverwaltung begründete Genosse August Hingc die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter. Wir bringen die Ausführungen der Redner in morgiger Nummer.

Aus der Partei.

Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten in St. Gallen.

St. Gallen, 25. März. Der Schweizerische sozialistische Parteitag war von insgesamt 241 Delegierten besucht und nahm mit 168 gegen 27 Stimmen die Thesen des Nationalrates Scherer über die Einführung von Schiedsgerichten und Einigungsämtern zur Schlichtung sozialer Konflikte an. Lehnte jedoch die Wiederaufnahme der Initiativebewegung für die Verhältniswahl des Nationalrats und die Forderung des freien Auswanderungsrechtes der Schweizer Bürger für das ganze Land ab. Der Parteitag erklärte sich unter anderem für die Initiative betreffend das Verbot des Winstilverkaufes.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafskizze der Presse.

Zu 300 Mark Geldstrafe wurde Genosse Markwald von der „Königsberger Volkszeitung“ am Sonnabend, den 23. d. M., von der Schuber-Strassammer zu Königsberg verurteilt. Angeklagt war Markwald wegen Verleumdung der Rastenburger Polizeiverwaltung. In einem Artikel der „Volkszeitung“ wurde gerügt, daß man zwei junge Menschen im Alter von fünfzehn und siebzehn Jahren auf Grund eines Gerichtsbeschlusses vom Jahre 1901 plötzlich im Oktober 1906 in Fürsorgeerziehung genommen hätte, trotzdem die beiden sich sechs Jahre hindurch ordentlich geführt hätten. Den Eltern, sowie den beiden ihren in Jünglingserziehung gebrachten Söhnen war von diesem Beschlusse nichts bekannt. Die in dem inkriminierten Artikel angeführten Tatsachen wurden in allen wesentlichen Punkten bei der Gerichtsverhandlung erwiesen. Der Staatsanwalt selbst mußte zugestehen, daß der Artikel formale Verleumdungen nicht enthalte. Der Rastenburger Polizei an sich war auch kein Vorwurf gemacht. Aber in dem Schlußsatz: „Wir fordern die Behörden auf, hier eine schnelle und gründliche Untersuchung anzustellen. Sollte jemand Freiheitsberaubung verübt oder Beihilfe dazu geleistet haben, so muß unter allen Umständen den betreffenden Leuten die Lust zu solchen Dingen ein für allemal gründlich verleidet werden.“ wurde eine Verleumdung der Rastenburger Polizei konstatiert.

Bezeichnend ist es, daß schon lange Zeit hindurch alle gegen Sozialdemokraten eingeleiteten Prozesse unter dem Vorbehalt des Landgerichtsrichters Schuber geführt werden und mit regelmäßiger Verurteilung der Angeklagten zu außerordentlich hohen Geld- und Gefängnisstrafen enden. Von berechtigenden Angeklagten ist Herr Schuber denn auch wiederholt wegen Verlangens gegen angeklagte Sozialdemokraten, freilich ohne Erfolg abgelehnt worden.

Den § 11 des Preßgesetzes soll Genosse Dahl von der „Tribüne“ in Erfurt übertreten haben. In Nr. 17 der „Tribüne“ war von einem unter den Arbeitern der Erfurter Eisenbahnhauptwerkstatt zirkulierenden Gerücht Mitteilung gemacht worden, nach dem eine Stilllegung der Arbeit in Aussicht genommen sei, daß sie statt der versprochenen Lohnhöhung eine Lohnreduzierung bedeute. Tatsächlich erfolgte prompt eine „Verächtigung“ der Direktion, daß die Entsendung des Gerüchtes unbegründet, weil unbegründet sei. Obwohl sich die „Tribüne“ zur Aufnahme der Verächtigung nicht verpflichtet erachtete, weil sie keine Tatsachen, sondern eben nur ein Gerücht angeführt hatte, nahm sie sie doch auf, freilich in Form einer Polemik mit einem bürgerlichen Erfurter Blatte, das dieserhalb die „Tribüne“ auf einen Wahlschwund festzunageln vermeinte. Das teig ihr eine zweite Verächtigung ein, die aber ignoriert wurde. Ein Strafmandat von 20 M. wegen Übertretung in zwei Fällen folgte. Die formell und sachlich angefochtene Strafverfügung wurde vom Schöffengericht bestätigt; die Hartnäckigkeit des Verleumers, der Verächtigung Aufnahme zu gewähren, ließ die Strafe als angemessen erscheinen.

Das Schönste an der Sache ist aber, daß die „Tribüne“ einige Nummern später in der Lage war, das „berichtigte“ Gerücht mit Tatsachen zu belegen, auf die bis heute keine Verächtigung erfolgt ist. Der Hinweis des Genossen Dahl auf diesen auffallenden Umstand konnte natürlich vom Schöffengericht nicht in den Bereich seiner Erörterung gezogen werden.

Das Urheberstrafgesetz als Falle für Redakteure kennen zu lernen, war dem Genossen Dornheim beschieden, dem früheren Verantwortlichen der „Tribüne“ in Erfurt (zurzeit in Straßfurt wegen angeblicher Verleumdung des

preussischen Abgeordnetenhauses). Wie das wohl allgemein üblich ist, hatte er aus einer anderen Zeitung eine zur gelegentlichen Verwendung bestimmte Notiz von zirka 30 Zeilen entnommen, die in diesem Falle eine gerichtliche Entscheidung über das Nichtrecht betraf, aber in keiner Weise als Originalnotiz kenntlich gemacht war. Tatsächlich hat diese Notiz die Kunde durch eine große Anzahl Zeitungen aller Schattierungen gemacht, die dann durch Agenten des Korrespondenzbureaus, von dem die Originalnotiz herkam, zur Anzeige gebracht wurden; unter ihnen auch die „Tribüne“. Genosse Dornheim erhielt ein Strafmandat von 10 M., gegen das gerichtliche Urteil Beschwerde eingeleitet wurde, mit dem Erfolg, daß die Sache auf 3 M. herabgesetzt wurde. Eine Verletzung des § 18 des Urheberstrafgesetzes sei für vorliegend zu erachten, der Angeklagte habe wohl in gutem Glauben und in Unwissenheit über die Einlegung des Gesetzes gehandelt, er hätte aber die Zeitung, aus der der Ausschnitt herrührt, dem Artikel anfügen und so für seine Person die Quelle kenntlich machen sollen.

Ein derart rigoroses Vorgehen solcher Korrespondenzbureaus ist einfach skandalös. Die Zeitungen werden durch Unkenntlichmachung der Quelle geradezu zum Abdruck derartiger an sich belangloser Notizen verleitet, und dann hegt man ihnen den Staatsanwalt auf den Hals. Mit einer einfachen Donatorforderung, deren Begleichung sich keine anständige Redaktion in solchem Falle entziehen würde, wäre die Sache abgetan gewesen. Die Redaktionen mögen daher mit dem Nachdruck ähnlicher Notizen vorsichtig sein, um sich vor Strafe und gewisse Korrespondenzbureaus vor der Miße des Nachsprechens zu bewahren.

Soziales.

Einwirkung langer Arbeitszeit auf die Militärdiensttauglichkeit.

In Friedberg bei Augsburg erschienen bei der diesjährigen Musterung 570 Militärfähige. Von diesen 570 waren 397 untauglich; nur 173 junge Leute konnten als Rekruten ausgemustert werden. Die 397 Untauglichen arbeiten fast alle seit frühestem Jugend in der Augsburgener Textilindustrie bei eifriger Arbeitszeit und einigen Fremigen Lohn unter äußerster Anspannung der Arbeitskraft. Wann endlich wird die „nationale“ Mehrheit einer geistlichen Festlegung einer Maximalarbeitszeit zustimmen? Auch den Führern der „Gottentottenblockpartei“, die sich ihre rhinocerosartige Unempfindlichkeit gegen die Mißhandlung der wertvollsten „nationalen“ Ware, der Arbeitskraft, rühmen, sollte wenigstens der Zusammenhang zwischen den schlechten Arbeitsbedingungen, insbesondere der Länge der Arbeitszeit und der Dienstuntauglichkeit endlich wirklich nationales Empfinden wachrufen, dessen Tätigkeitsfeld nicht auf dem Gebiete „nationaler“ Phrasengebimmel, sondern auf dem Erfüllungs der sozialen Forderungen liegt, die seit Jahrzehnten von der politischen Organisation der Arbeiterklasse, von der sozialdemokratischen Partei erhoben sind und deren praktische Durchführbarkeit einem begründeten Zweifel nicht unterliegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Streik der Wiener Schneider.

Wien, 25. März. (B. T. Z.) Eine von mehr als 1000 Stadtmessern der Herrenkleiderbranche besuchte Versammlung beschloß, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch am Dienstag nach Othens wieder in den Ausstand zu treten, wenn die Unternehmer bis dahin bezüglich der Lohnforderungen nicht nachgeben sollten.

Paris, 25. März. (B. T. Z.) Der „Liberé“ wird aus Langen gemeldet, daß England wegen des Angriffes auf das englische Konsulat gleichfalls in entschiedener Weise gegen den Nachsten vorgehen werde. Die Aktion Englands werde wahrscheinlich mit der Frankreichs verbunden werden.

Eine Aktion gegen Marokko.

Paris, 25. März. (B. T. Z.) Der Ministerrat beschloß, Abdja zu besuchen, bis die marokkanische Regierung der französischen eine Genugtuung für die Ermordung des Dr. Bauchamp gegeben habe. Dieser Beschluß wurde infolge der andauernden Weigerung des Nachsten gefaßt, die Uebereinkommen von 1901 und 1902 zur Ausführung zu bringen und den vielfachen Forderungen nach Genugtuung nachzukommen, welche Frankreich wegen Vergehen und Verbrechen, begangen an Franzosen auf marokkanischem Gebiet, erhoben hat.

Ein Zusammenstoß.

Wien, 25. März. (B. T. Z.) Heute nachmittags kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Genarmen und ausländischen Schokoladenarbeitern, die in die Fabrik von Restle eindringen wollten. Die Genarmen machten von der Feuerwaffe Gebrauch. Vier Ausländische, unter ihnen zwei Mädchen, sowie zwei Genarmen wurden verwundet.

Wegen der Feldkriegsgerichte.

Petersburg, 25. März. (B. T. Z.) Reichsduma. Die Redner der Polen, Muselmanen und Otkobristen schloßen sich dem Antrage der Kadetten an Abschaffung der Feldkriegsgerichte an. Das Mitglied der Kadettenpartei Teslenko greift die Regierung an. Er sagt, man müsse immer mehr und immerfort von einer so monströsen Einrichtung sprechen, wie es die Feldkriegsgerichte seien, und die ganze Welt darauf hinweisen. Der Briefler Lichwinsh hält eine Rede, welche vom christlichen Standpunkte aus die Frage beleuchtet. Redner beschuldigt die Regierung, daß sie die christliche Lehre unberücksichtigt lasse und sich zum Würber mache, und wendet sich dann an die zwei der Duma als Mitglieder angehörigen Bischöfe, die er bringen bittet, die Todesstrafe zu verdammen. Der Bischof Eulogius erklärt daraufhin unter donnerndem Beifall, er verdamme jeden Mord, und spricht sich gegen die Todesstrafe aus, bittet aber die Duma, auch die Taten der Terroristen zu verdammen. Da das Haus ermüdet ist, wird um 8 Uhr abends die Sitzung vertagt. Für morgen sind noch 62 Redner angemeldet.

Ausdehnung der Kriegsgerichte.

Sofia, 25. März. (B. T. Z.) Die Regierung unterbreitete der Sobranje einen Gesetzesentwurf, durch welchen Personen, die gegen den Fürsten, den Thronfolger, die Minister, Staatsanwälte, Gerichtsbeamte und Kommandanten von zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgehenden Militärabteilungen Attentate verüben oder versuchen, sowie Mitglieder der anarcho-sozialistischen Vereine gegen die Sicherheit von Leben und Eigentum der kriegsgerichtlichen Aburteilung unterworfen werden.

Die rumänischen Agrarunruhen.

Sofia, 25. März. (B. T. Z.) Wegen der Agrarunruhen in Rumänien flüchteten viele Pächter aus den Donaugegenden auf Balken in die bulgarischen Donauhäuser Sifkova, Nicovai und Rahovo.

Stürmische Kammer Sitzung.

Sofia, 25. März. (B. T. Z.) Infolge der letzten strengen Regierungsmassnahmen nimmt die Gärung unter der Opposition zu. Die Gesetzesvorlage über die Abänderung des Preßgesetzes veranlaßt durch ihre großen Härten in der heutigen Sobranjsitzung förmliche Szenen. Bei der scharfen Kritik der Vorlage seitens des Janlowitsch Christow entstand ein förmliches Handgemenge zwischen den Abgeordneten der Majorität und der Opposition. Christow wurde von dem regierungstreuen Janotow mißhandelt. Infolge des großen Tumultes wurde die Sitzung unterbrochen. — Die radikalen Demokraten hielten gestern eine Protestversammlung gegen das Preßgesetz ab und forderten die Anwesenden auf, den Kampf gegen die Regierung fortzusetzen und eine weitere Verfassungsverletzung durch die Regierung hintanzuhalten.

Die russische Revolution.

Reichsduma.

Petersburg, 25. März. Die Duma beschließt, viermal wöchentlich Sitzungen abzuhalten, und zwar Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, und die Sitzungen 11 Uhr vormittags zu eröffnen und 6 Uhr abends zu schließen.

Stachowitsch (Radetz) fordert die sofortige Beratung des Antrages auf Abschaffung der Feldgerichte. (Lärm auf den Bänken der Rechten.) Der Präsident läßt darüber abstimmen und die Duma beschließt mit großer Mehrheit zur sofortigen Beratung des Antrages überzugehen.

Die Beratung gestaltet sich lebhaft. Alle Minister mit Stolypin an der Spitze wohnen ihr bei. Da 70 Redner vorgemerkt sind, dürfte die Beratung die ganze heutige und vielleicht auch noch mehrere folgende Sitzungen ausfüllen. Im Laufe der Debatte halten die Redner der Rechten und der Linken überaus heftige Ansprachen. Kusmin Karawajeff sagt, er protestiere gegen dieses Blutvergießen, wie man es selbst in China nicht kenne, und beantragt, den Ministerpräsidenten aufzufordern, er solle sofort den Generalgouverneuren telegraphisch den Befehl zugehen lassen, mit der Vollstreckung der Urteile der Kriegs- und Feldgerichte sofort innezuhalten und die bisher gefällten Urteile, soweit sie auf Zwangsarbeit lauten, zu revidieren.

Pobjedonoszew.

Konstantin Petrowitsch Pobjedonoszew ist — wie wir in der Sonntagsnummer kurz mitteilten — am Sonnabend gestorben.

Der Name „Pobjedonoszew“ bedeutet mehr als einen bloßen Namen; er bedeutet ein System, er bedeutet das System jener modernen-russischen Inquisition, deren Fabel zum Himmel schreien wie die Fabel der mittelalterlichen Inquisition. Neben Torquemada und Peter Arbus wird Pobjedonoszew vor der „Kultur“-Geschichte bestehen können.

Auf einem anderen Blatte steht die wissenschaftliche Bedeutung Pobjedonoszews, dessen juristische Schriften ihn zu einer Pflanze Rußlands hätten machen können, wenn nicht die Vergehungs- und die Unterlassungssünden des Pobjedonoszew, der seit 1880 zum Oberprokurator des berüchtigten Heiligen Synods avancierte, dem ganzen Mann — nehm alles nur in allem — in der Weltgeschichte eine Stellung unter den Geißeln, den bösen Geistern Rußlands anwies.

Pobjedonoszew, der finstere Lehrer des späteren Alexander III., Pobjedonoszew, die Verstopfung der Reaktion auf allen Gebieten des Lebens und des Denkens, Pobjedonoszew, der starre Vändiger aller „modernen“ Regungen, die Nikolaus dem Zweiten in einzelnen lichten Augenblicken durch Hirn und Herz gequält sein mögen, Pobjedonoszew, der, bereits 78 Jahre alt, Ende des Jahres 1905 die Oberprokuratur des hl. Synods zahnknirschend in die Hände seines Nachfolgers niederlegen mußte, sich aber seinen unheimlichen Einfluß über den Zaren weiter zu bewahren verstand, Pobjedonoszew, der Außenfreund eines der bösesten Schurken, die je auf Erden gewandelt: des Großfürsten Sergius unersüßlichen Angedenkens!

Pobjedonoszews unmittlere Mithuld an der Auflösung der ersten Duma — wer ahnt sie nicht? Sie zu beweisen, wird den Historikern der Zukunft überlassen bleiben. Pobjedonoszews Sünden am heiligen Geist der Kultur, wer vermöchte es, sie aufzuzählen?

Alle Ehren, die dem Lebenden zu teil werden konnten, hat Nikolaus II. mit verschwenderischer Hand über Pobjedonoszew ausgegossen. Alle Ehren, die einem Toten erwiesen werden können, wird Nikolaus dem furchtbaren Lehrmeister als letztes Liebesopfer zu teil werden lassen.

Von einem Alp befreit, atmen Millionen Menschen in Rußland auf: Pobjedonoszew ist tot! Aber das System Pobjedonoszew, es lebt noch; Pobjedonoszews Schüler werden sich alle erdenkliche Mühe geben, in den Spuren des Lehrmeisters weiterzuwandeln. Den Pobjedonoszew hat der Sensenmann gefällt. Das System Pobjedonoszew kann nur durch den Sieg der russischen Revolution niedergezwungen werden.

Unverantwortlich!

Petersburg, 24. März. (B. L. W.) Der „Börsenzeitung“ zufolge hat der Ministerrat einen Antrag angenommen, durch den die Minister unverantwortlich gemacht werden. Infolgedessen wird das Kabinett Mitte April demissionieren und durch unverantwortliche Minister ersetzt werden. Stolypin soll, wie verlautet, in den Grafenstand erhoben werden.

Gegen die akademische Freiheit.

Die in unserer Sonntagsnummer erwähnte Interpellation der reaktionären Reichsratsmitglieder, an deren Spitze die ehemaligen Minister Klimow, Witkew, Durnowo und Stschimskij stehen, kam am Sonnabend im Reichsrat zur Verhandlung. Die Interpellation richtet sich gegen den Unterrichtsminister und beschäftigt sich mit den „Aufhebungen“ auf den Universitäten nach Verleihung der „Autonomie“.

Die Mitglieder des Reichsrates, die der Gruppe der Akademiker angehören, protestierten heftig gegen die Verhandlung der Interpellation, da sie in ihr ein Gegen die Autonomie der Universitäten gerichtetes Manöver erblickten. Fürst Lubzki und der Rektor der Universität Pskow, Romanow, hielten in diesem Sinne energische Reden, in denen sie ausführten, daß sie aus den Händen des Polizeiregimes nur Trümmer der Universität erhalten und daß sie auf diesen Trümmern das akademische Banner aufpflanzen. Die Gruppe des Zentrums im Reichsrat unterstützte die akademische Gruppe. Die Verhandlung der Interpellation wurde darauf zur Abstimmung gestellt und abgelehnt. Trotzdem will der Unterrichtsminister die „Aufhebungen“ durchsetzen.

Tatjana Leontieff vor den Geschworenen.

Thun, 25. März. (B. L. W.) Heute vormittag wurde vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß eröffnet gegen die russische Studentin Tatjana Leontieff, welche angeklagt ist, am 1. September 1906 im Speisezimmer des Hotels „Jungfrau“ den Rentier Charles Müller aus Paris ermordet zu haben. Nach Erledigung der gesetzlichen Formalitäten wird die Anklageakte verlesen. Die Angeklagte macht mehrmals Notizen. Das Gericht lehnt den Antrag des Verteidigers Dr. Brücklein, das Publikum bedingungslos zu den Verhandlungen zuzulassen, ab; der Eintritt wird wegen des engen Raumes nur einer beschränkten Zahl von Personen gegen Vorweisung von Ausweisarten gestattet. Die Mutter der Angeklagten wohnt den Verhandlungen in Trauer gekleidet bei.

Am 1. September 1906 erschloß Tatjana Leontieff während der Table d'hôte den französischen Staatsbürger Müller in der Absicht, den russischen Minister Durnowo aus der Welt zu schaffen. Durnowo, der Jarenginstling, der erklärte Gegner der russischen Revolution, wird als ein Mensch geschildert, der sich auf einer aus Niederracht und Schandaten erbauten Treppe zum Ministerstuhl hinaufgearbeitet hat. Es ist derselbe Durnowo, der am 23. Januar 1906 auf die Arbeiter-Vitt-Prozession feuern und der die harmlosen, unbewaffneten Menschen zusammenknallen ließ. Durch den Prozeß in Thun sollen alle seine Schandaten einem unparteiischen Gerichte unterbreitet werden; dem die Verteidigung wird den Zusammenhang der Haltung Durnowos mit den Motiven der Tat aufzudecken.

Thun, 25. März. (Telegraphischer Bericht.)

Unter starkem Andrang begannen heute vor dem Schwurgericht des Verrter Oberlandes die Verhandlungen gegen Fräulein Tatjana Leontieff. Den Vorsitz führt Schwurgerichtspräsident Oberrichter Dr. Streiff-Bern, die Anklage vertritt Bezirksprokurator Nummer 1 Thun, während die Angeklagte sich den Rechtsanwalt Dr. Brücklein-Bern, ein bekanntes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, zum Verteidiger erwählt hat. Die Familie Müller wird durch Rechtsanwalt Dr. König-Bern vertreten. Zur Verhandlung sind von der Anklage neun und von der Verteidigung vier Zeugen geladen. Als Sachverständige über die gegenwärtig in Rußland herrschenden Zustände beabsichtigte die Verteidigung den Universitätsprofessor Dr. v. Reußner-Berlin zu laden, dessen Befundungen über die innerpolitischen Zustände Rußlands im Königsberger Hochverrats- und Geheimbundprozesse so großes Aufsehen erregten. Da Professor Reußner aber verhindert ist, soll an seiner Stelle der Pariser Vertreter des „Auf“, der Schriftsteller Wladimiroff, vernommen werden. Außerdem sind vier psychiatrische Sachverständige geladen, die die Angeklagte auf ihren Geisteszustand untersuchen.

Die Angeklagte ist Mitglied der sozialrevolutionären Partei. Sie wurde am 6. Januar 1883 geboren. In Lausanne studierte sie vier Semester Medizin und ging 1904 nach Petersburg. Dort war sie am 22. Januar 1905 Zeugin des Arbeiterzuges zum Winterpalais, dessen blutiges Ende sie in die Reihen der Revolutionäre trieb. Sie wurde bald wegen des Verdachts der Teilnehmerhaft an einem Attentat gegen Trepoff verhaftet, nach mehreren Monaten aber auf Verwendung ihres Vaters entlassen. Sie reiste dann im Dezember 1905 mit ihrer Mutter nach Genf. Von dort ging sie oft tage- und wochenlang fort, unter dem Vorwand, sie gehe zu Freundinnen.

Die Vernehmung der Angeklagten gestaltet sich sehr schwierig, da sie nur wenig deutsch versteht. Sie bedient sich daher der französischen Sprache. Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung der Geschworenen, unter denen sich übrigens auch einige Sozialdemokraten befinden sollen, und der Verlesung der Anklageurkunde. Nach der Erledigung enbloßer Formalitäten wird dann in die eigentliche Verhandlung eingetreten: Zuerst berichtet Landjäger Fräutiger, der die Angeklagte am 1. September 1906 verhaftete, über ihre dabei zur Schau getragene Verneinung: Sie habe sich ruhig verhalten lassen; über ihre Person verweigerte sie jede Auskunft. Sie behauptete, den Minister Durnowo getötet zu haben. Trotzdem ihr mehreremal der Irrtum nahegelegt wurde, blieb sie dabei, daß es Durnowo gewesen sei. Es kostete große Mühe, sie schließlich von dem Irrtum zu überzeugen. Sie behauptete, den Irrtum begangen zu haben, aber sie sagte: „In der schrecklichen Zeit, in der wir jetzt leben, kommt es auf ein Opfer mehr oder weniger nicht an.“ Bei der Durchsichtung ihres Koffers habe man eine ältere Nummer der „Tribüne Russk“ gefunden, in der sich eine Karikatur auf Durnowo befand. Aus ihrer Zugehörigkeit zur russischen revolutionären Partei hat sie kein Geheiß gemacht.

Sodann wird der Sohn des erschossenen Rentiers Charles Müller, der Sekretär Müller aus Paris, aufgerufen, der seinen Vater auf jener für diesen so verhängnisvollen Reise begleitet hatte. Er bestätigt, was auch bereits in der Voruntersuchung festgestellt worden ist, daß sein Vater die Angeklagte nicht kannte und daß überhaupt seine Familie mit Tatjana Leontieff nichts zu tun habe.

Es wird hierauf zur Vernehmung der Angeklagten selbst geschritten. Auf die Frage des Präsidenten Dr. Streiff, ob sie bereit sei, sich hier zu verantworten und auf die Anklage zu antworten, antwortet Tatjana Leontieff mit einem entschiedenen „Ja“. Der Präsident geht mit ihr ausführlich ihr Vorleben durch.

Als der Vorsitzende mit der Angeklagten ihren Aufenthalt und ihr Leben kurz vor der Tat erörtern will, ersucht ihn Tatjana Leontieff mit bestimmten Worten, darauf nicht einzugehen. Er solle sich seine Spuren und nach dieser Richtung keine Fragen stellen, da sie sie doch nicht beantworten werde.

Verteidiger Rechtsanwalt Brücklein: Wie die Anklage mit Recht hervorhebt, entstammt die Angeklagte den höchsten russischen Gesellschaftskreisen. Es ist für mich von Bedeutung, hier festzustellen, welche Ansicht in diesen Gesellschaftskreisen, in denen sich die Angeklagte bewegte, über das furchtbare Blutbad vom 22. Januar bestanden und wie man sich in diesen Kreisen über den blutigen Witzgang des Priesters Gapon äußerte. — Angeklagte: Niemand konnte an jenem Tage ungehindert die Straßen passieren. Ich selbst wurde, als ich nach Hause gehen wollte, durch einen starken Militärkordon daran gehindert. Als ich nach vielen Mühen und auf großen Umwegen endlich dort angelangt war und als bekannt wurde, daß es viele Tote und Verwundete gegeben habe, wurde allgemein geäußert: „Ach, das sind ja bloß Arbeiter!“

(Große Bewegung und laute Entrüstungsrufe.) — Verteidiger: War das bestimmend für Ihre spätere politische Betätigung? — Angeklagte: Natürlich wurde ich durch diese Vorgänge in meiner Gesinnungsart nur bestärkt.

Tatjana Leontieff schildert nun die Vorgänge nach ihrer Verhaftung in Petersburg im März 1905. Man habe damals versucht, gänzlich unzulässige Genossen in Verbindung zu bringen mit den bei ihr vorgefundenen Explosivstoffen. Auch habe man versucht, die Kampforgansation der sozialdemokratischen Partei in Petersburg für die bei ihr vorgefundenen Bomben verantwortlich zu machen, trotzdem diese Organisation von ihrem Plane gar nichts gewußt habe. Infolge dieses widerrechtlichen Irtums der Gerichte habe sich ihrer eine geistige Depression bemächtigt und sie sei in ein Spital übergeführt worden.

Die Verhandlung wendet sich dann der Persönlichkeit des russischen Ministers des Innern a. D. Durnowo zu, dem das Attentat ja eigentlich galt. Rechtsanwalt Dr. Brücklein konstatiert, daß Durnowo nach ungläublich unanständigen Taten vom Zaren

Alexander III. mit Schimpf und Schande aus dem Staatsdienst gejagt worden sei. Der jetzige Zar Nikolaus II. habe ihn jedoch wieder in den Staatsdienst berufen! Durnowos Hauptaufgabe als Minister sei gewesen, die sogenannten „Schwarzen Bänder“ und den „Verband russischer Leute“ zu organisieren. Diese Organisationen hätten aus polizeilicherseits gedungenem Gesindel bestanden, das die unerhörtesten Ausschreitungen begangen habe und gegen dessen Treiben sich die Revolutionäre wehren mußten. Durnowo habe für die politischen Verbrecher, um aus ihnen etwas heraus zu bekommen, zurückgegriffen auf die brutalsten und unmenschlichsten Folterwerkzeuge aus dem Mittelalter! Auf das Konto Durnowos sei auch die abscheuliche Behandlung zu setzen, die Maria Spiridonowa zu ertragen hatte. — Rechtsanwalt Dr. König, Vertreter der Familie Müller: Gibt die Angeklagte zu, den Rentier Müller mit Vorbedacht getötet zu haben? Gibt sie zu, die Absicht zur Tötung gehabt zu haben. — Angekl.: Ich habe nicht die Absicht gehabt, den mir gänzlich unbekanntem Rentier Müller zu töten, sondern glaubte in ihm den Minister Durnowo zu sehen. Bei dieser Gelegenheit protestiert Tatjana Leontieff gegen die förmlichen Mißhandlungen, die sie sich im Laufe der Voruntersuchung von dem die Untersuchung führenden Richter Lauenner habe gefallen lassen müssen! Auf Antrag des Staatsanwalts beschließt das Gericht, den Untersuchungsrichter Lauenner für morgen als Zeugen zu laden.

Auf weiteres Befragen des Präsidenten erklärt die Angeklagte, daß sie jede Auskunft über die Persönlichkeit ihres Begleiters verweigere. Ebenso lehne sie weitere Erklärungen darüber ab, wann und warum sie nach Interlaken gekommen sei. Der Präsident hält der Angeklagten vor, daß einer der Führer der russischen revolutionären Partei, E. Rudanowitsch, in Jaurès' „Humanität“ ausdrücklich erklärt habe, daß sowohl die sozialrevolutionäre Partei als auch die politische Organisation der Angeklagten das Verbot erlassen haben, einen Akt der Gerechtigkeit außerhalb des Gebietes der willkürlichen Tyrannenherrschaft zu begehen. Die Angeklagte habe also die Tat ohne jeden Auftrag vollführt. All das bestreitet die Angeklagte; sie habe mit der sozialrevolutionären Partei nichts mehr zu tun, aus der sie ausgetreten wäre.

Ueber die Motive zu ihrer Tat läßt sich die Angeklagte wie folgt aus: Sie habe einen Urteilspruch der magischen Kampforgansation auszuführen gehabt und ausgeführt. Es galt, in Durnowo einen typischen Vertreter des kapitalistisch-monarchistischen Gewaltregimes in Rußland zu beseitigen. Schon unter Alexander III. habe Durnowo seine Blutarbeit begonnen und mit dem Schafott gearbeitet. Später wurde Durnowo der Gehülfe Plehwe und anderer reaktionärer Minister. Er organisierte die Pogroms gegen die Juden und sandte Lockspiegel unter die Arbeiterklasse Moskaus. Jedem reaktionären Ministerium habe sich Durnowo anzupassen verstanden, und als er dann selbst Minister des Innern wurde, ließ er das Blut des russischen Volkes in Strömen fließen. Gerade in den Tagen nach dem Oktobermanifest habe Durnowo aufhebende Tätigkeit eingesetzt und er mit seinen Gewalttaten gegen die Juden und die Antisemiten begonnen. Auf Durnowos Befehl hätten General Krienenkamp und andere Handlanger des Blutmenschen auf das Volk geschossen, unbekümmert darum, ob Schuldige oder Unschuldige getroffen wurden. Während der ganzen langen Dauer der Ministerchaft Durnowos sei keine einzige Tat zu verzeichnen, die ein Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen des russischen Volkes darstellte. Durnowo habe immer nur zum Nachteile des Volkes sein Amt ausgeübt. — Präsident Dr. Streiff hält der Angeklagten vor, daß die Freilassung nach ihrer ersten Verhaftung im März 1905 gerade auf eine direkte Anordnung Durnowos hin erfolgt sei, bei dem sich ihr Vater und Verwandte in diesem Sinne verhalten hätten. — Die Angeklagte erklärt, daß ihr davon nichts bekannt sei.

Es folgt nun die Verlesung der Aussage des Ministers Durnowo, der in Petersburg kommissarisch vernommen worden ist. Durnowo erklärt, daß er im Sommer 1906 tatsächlich zwei Wochen in Interlaken im Hotel „Victoria“ getoht habe, und zwar habe er sich unter seinem richtigen Namen und mit Bezeichnung seines Ranges Minister des Innern a. D. eingeloggt. Er habe sich niemals „Müller“ genannt. — Präsident Dr. Streiff: Bedauern Sie denn nicht den Tod des alten lebenslustigen Herrn? — Angeklagte: Ich würde es nie egypte getan haben. Aber als Sozialistin vermute ich es nicht so sehr zu bedauern, daß ich ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft getroffen habe. — Rechtsanwalt Dr. König, Vertreter der Familie Müller, richtet die Frage an die Angeklagte, ob sie den politischen Nord für erlaubt halte. — Angekl.: Ja, gegen den politischen Feind. (Bewegung.)

Darauf wird in die Zeugenvernehmung eingetreten und zunächst der Direktor des Hotels „Grand Hotel Jungfrau“ in Interlaken vernommen. Er behauptet, daß er an dem fraglichen Tage in dem Verhalten der Angeklagten nichts Auffälliges bemerkt habe. Sie habe an einem Tisch in der Nähe des Tisches Platz genommen, an dem Müller saß und getan, als ob es ein absoluter Zufall sei, daß sie sich gerade an diesem Tische niederlasse. Minister Durnowo habe einige Zeit vor dem Attentat in dem der gleichen Verwaltung wie das „Grand Hotel Jungfrau“ unterstehenden Hotel „Victoria“ in Interlaken gewohnt, und zwar hat er sich unter seinem richtigen Namen „Minister des Innern a. D. Durnowo“ eingeloggt. Später soll er, wie Wissen dem Zeugen mitgeteilt haben, vier Wochen lang unter dem Namen „Müller“ in Luz les Bains gewohnt haben.

Es werden dann noch eine Reihe Zeugen, vor allem Angestellte des „Grand Hotel Jungfrau“ vernommen, die über die Vorgänge kurz nach der Tat unwesentliche Aussagen machen. Darauf wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Thun, 25. März. (B. L. W.) Infolge der Aussage der Angeklagten über die erlittene Beschimpfung und Mißhandlung durch den Untersuchungsrichter verfußt der Präsident des Gerichts, daß der Untersuchungsrichter und die an der Sache beteiligten Polizisten morgen vernommen werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine neue Feste!

In der Charitéstraße 3, mitten im „medizinischen Viertel“ von Berlin steht ein Neubau, der äußerlich keinen anderen als den Eindruck eines neueren Berliner Wohnhauses macht. Ein hohes Dach krönt ihn, Loggien und Erker zieren die Front, wie das bei allen Mietshäusern in besseren Wohnvierteln der Fall zu sein pflegt. Betritt man jedoch durch den gewölbten Haustur und über den Hof den Ausgang des Quergebäudes, so kommt einem zum Bewußtsein, daß es sich hier um ein Bauwerk handelt, das dem Massenverkehr dient und eine gewisse öffentliche Bedeutung hat. Da öffnen sich lange Korridore und Schilde weisen die einzelnen zurecht in dem neuen Heim — des Metallarbeiter-Verbandes!

Die Berliner Filiale dieses Verbandes ist es nämlich, die sich hier ein eigenes Haus erbaut hat, weil ihr die bisher innegehabten Mieträume im gemeinsamen Gewerkschaftshaus am Engel-Ufer zu klein geworden sind. Mit 61 834 Mitgliedern am Jahresloß 1906 hat diese größte Filiale irgend einer Gewerkschaft manchen stattlichen Zentralverband an Mitgliederzahl überholt. Und für die Regelung der Berufsbedürfnisse der in diesen hiesigen Menschen braucht es einen stattlichen Verband.

braucht es ausgedehnte Verwaltungsräume. — Man denke an eine Stadt mit einer Einwohnerzahl von gleicher Höhe und stelle daneben, was diese an Rathhausräumlichkeiten und anderen öffentlichen Gebäulichkeiten bedarf und welches Beamtenheer sie beschäftigt! Dann wird man eine Erklärung dafür finden, daß die Berliner Metallarbeiter zum Hausbau schreiten mußten, und wird dabei noch bewundern, daß sie mit der kleinen Zahl von 25 bezahlten Angestellten — ohne Bürgermeistergehälter! — die gewaltige Summe Arbeit zu bewältigen vermögen, welche die Sorge um 300 000 Seelen macht. Denn so viel zählen die über 60 000 Mitglieder mit ihren Angehörigen!

„Mein Haus ist meine Burg“, sagt der Engländer. Das Haus einer Gewerkschaft, die im Kampfe mit dem Kapital steht, ist es viel mehr. In den oberen Etagen der Charitéstraße 3 haust der Generalstab der Berliner Metallarbeiter, ausgerüstet mit dem ganzen Material, das zum Führen einer so gewaltigen Masse gehört. Da gibt eine umfangreiche Registratur Auskunft über jedes einzelne Mitglied. Ein Griff, und die Personalkarte mit den Aufzeichnungen über Eintritt, Beitragszahlung, Unterstützungsbezug usw. ist zur Hand und gibt die gewünschte Auskunft. Andere Einrichtungen gestatten jederzeit eine Uebersicht über die Branchenregiment und gewaltige Karten, die eigens für den Verband gezeichnet wurden, geben eine Uebersicht über die Bezirke, in denen die Truppen disloziert sind.

Wenn wir uns von den reinen Verwaltungsräumen aus nach unten begeben, stoßen wir auf die städtische Bibliothek von 5000 Bänden, die äußerst praktisch eingerichtet ist. Neben dieser Zentralbibliothek hat der Verband aber in den einzelnen Stadtteilen noch andere, die ebenfalls Tausende von Bänden umfassen. Ein Sitzungszimmer mit 76 Plätzen gibt dem Vorstand die Möglichkeit, ungestört Konferenzen mit den Branchenfürhern oder Bezirksleitern abzuhalten. Jeder Sitzungsteilnehmer hat vor seinem Stuhl einen Platz zum Schreiben und zur Unterbringung von Materialien und Utensilien, die ihm ein Verfolgen und Skizzieren des Gehörten und Beschlossenen erleichtern.

Sehr umfangreich sind die Räumlichkeiten zur Kontrolle von Streikenden und Arbeitslosen. Dabei sind sie licht und warm. Dampfheizung durchströmt alle Räume des gewaltigen Baues; das elektrische Licht spenden moderne Latallampen, die sich durch große Helligkeit und geringen Stromverbrauch auszeichnen.

In den Partieräumen hat die Artillerie Aufstellung gefunden. Gewaltige Druckpressen schleudern nämlich von hier aus Flugblätter und Tausende von Nummern des Kampforgans, der „Metallarbeiter-Zeitung“, gegen den Feind und — wie sich das für eine richtige Festung gehört — in den Kasematten — (im Keller) befindet sich auch die Pulverkammer: eine große Stahlkammer zur Aufnahme der Gelder, welche die Organisation für ihre Kämpfe mit dem Unternehmertum notgedrungen bereit halten muß. Daß eine Arbeiterorganisation nach dem Muster unserer großen Bankinstitute einen stahlgepanzten Tresor in ihrem Hause besitzt, dürfte eine Einrichtung sein, die in der ganzen Welt nicht ihres gleichen hat und selbst in der englischen Arbeiterbewegung wohl nicht zu finden ist. Man sieht, der Berliner Metallarbeiter-Verband ist für alle Fälle gerüstet und darf wohl allen Kämpfen mit dem Unternehmertum geruhig ins Auge sehen.

Am Sonntag hatte die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes eine Anzahl von Vertretern anderer Organisationen zur Besichtigung ihres neuen Heimes eingeladen. Auch die Berliner Gewerkschaftskommission und die Generalkommission waren vertreten. Alle Invesenden schieden mit Worten der Befriedigung über das Gesehene und mit Ausdrücken des Dankes dafür, was sie an den mustergültigen Einrichtungen der Metallarbeiterhauses gelernt hatten.

So manches davon wird für zukünftige Gewerkschaftsbauten vorbildlich sein!

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitgeberverband beabsichtigt, nach Mitteilungen der „Nachzeitung“, seinen Mitgliedern zu gestatten, ihre Werkstätten wieder in Betrieb zu setzen. Jedoch sollen nur solche Tischler eingestellt werden, die unterschriftlich erklären, daß sie dem Holzarbeiterverband nicht mehr angehören. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß organisierte Arbeiter ein solches Ansuchen zurückweisen. Wir wollen aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß Arbeit unter einer solchen Bedingung nicht angenommen werden darf.

Ferner darf in keinem Fall bei solchen Unternehmern, die sich an der Aussperrung beteiligt haben, die Arbeit ohne Zustimmung der Ortsverwaltung aufgenommen werden.

Gleichzeitig empfehlen wir unseren Kollegen, ihre Wachsamkeit zu verdoppeln, da der Arbeitgeberverband Tischlergesellen zu Hunderten in der Provinz für Berlin sucht.

Die Ortsverwaltung.

Der Kampf in der Holzindustrie.

„Heute handelt es sich nicht mehr um einen Vertrag, heute geht der Kampf von Organisation zu Organisation. Wie der Holzarbeiterverband es auf den Arbeitgeber-Schubverband abgesehen hat, so ist dieser zielbewußt und mit vollster Absichtlichkeit, aber auch mit dem festen Entschlusse, die Sache zu Ende zu führen und sich und der gesamten Arbeitgeberschaft im Gewerbe Ruhe zu schaffen, in den Kampf eingetreten.“

Dies Bekenntnis wird in der neuesten Nummer der „Nachzeitung“ der Tischlermeister abgelegt. Der Arbeitgeber-Schubverband hat es also auf die Vernichtung des Holzarbeiterverbandes abgesehen. Das ist doch wohl der Sinn der vorstehend zitierten unklaren Ausdrucksweise der „Nachzeitung“, die mit diesem Bekenntnis übrigens nichts Neues sagt. Um die Verwirklichung dieser Absicht führt der Arbeitgeber-Schubverband jetzt seit mehr als neun Wochen einen hartnäckigen Kampf gegen den Holzarbeiterverband. Aber die Arbeitgeber sind ihrem Ziele noch keinen Schritt näher gekommen. Die Einsichtigen unter den Arbeitgebern haben auch nicht mehr die Hoffnung, dies Ziel zu erreichen und die kräftigen Worte, die man in der „Nachzeitung“ liest und in den Arbeitgeberversammlungen hört, sind nichts als der Ausdruck der Mut dazu, daß es dem Arbeitgeber-Schubverband trotz rückwärtsloser Anwendung seiner Rechtsmittel nicht gelingen will, dem Holzarbeiterverband den Willen der Unternehmer aufzuzwingen.

In bezug auf die von den führenden Arbeitgebern angefügten neuen Kampfmittel schreibt die „Nachzeitung“:

„Neben die Taktik, welche es jetzt zu befolgen gilt, wird begreiflicherweise nichts vorzeitig in die große Öffentlichkeit gelangen. Die Vertreter des Arbeitgeber-Schubverbandes haben das nähere für den gemeinsamen Kampf einer Zentralkommission überlassen, die Berliner Kollegen haben die Vorstände der Verbände damit beauftragt. Nur soviel sei bemerkt, daß Vorzüge ge-

troffen werden wird, die Betriebe nach Ostern als bald zu eröffnen, und zwar auf Grund vertragsmäßiger Arbeit unter Ausschaltung des Holzarbeiterverbandes.“

Unseres Erachtens hat der Holzarbeiterverband keine Ursache, diese neue Kampfmittel der Unternehmer zu fürchten. Wir halten die Proklamierung dieser Taktik für die ersten Zeichen des Rückzuges der Unternehmer. Die Ankündigung der neuen Taktik beweist mit zweifelloser Sicherheit, daß die Führer der Arbeitgeber jede Hoffnung, den Holzarbeiterverband zum Abschluß eines Vertrages nach ihrem Willen zu zwingen, aufzugeben haben und daß sie nunmehr zu den letzten verzweifelten Mitteln greifen, zu Mitteln, von denen sie sich zwar kaum einen Erfolg versprechen können, die sie aber anwenden, um noch einen letzten Versuch zur Rettung aus der unhaltbaren Lage zu machen, in die sich die Unternehmer, dank der Kurzsichtigkeit und Starrköpfigkeit ihrer Führer, begeben haben. — Wenn die Möglichkeit vorläge, unter Ausschluß des Holzarbeiterverbandes zu einem Vertragsabschluß zu kommen, der den Arbeitgebern die nötigen Garantien für geordnete Verhältnisse bietet, dann hätten die Arbeitgeber diesen Weg längst eingeschlagen. Sie hätten dann gewiß nicht neun Wochen einen so schwer schädigenden Kampf geführt, um ein Vertragsverhältnis mit dem Holzarbeiterverband zu erhalten. Was bisher nicht möglich war, das wird auch nach Ostern nicht gelingen. Was hilft es den Unternehmern, wenn von den etwa 6000 ausgesperrten und streikenden Holzarbeitern wirklich einige hundert, gebeugten Hauptes, demütig und unterwürdig, gefolgt von der wohlverdienten Beachtung ihrer kämpfenden Kameraden, in die geöffneten Betriebe gehen, sich den Bedingungen der Unternehmer fügen, vielleicht gar Zwangsmittelglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins oder sonst einer meistretreuen Organisation werden würden. Ohne die Tausende von Arbeitern, welche auf keinen Fall den Lockungen der Unternehmer folgen, kann die Berliner Holzindustrie nicht bestehen. Im höchsten Falle würde es vielleicht gelingen, eine Anzahl derjenigen Betriebe, welche jetzt schon ein Häuflein Gewerksvereinsler und andere Arbeitswillige beschäftigen, mit gefügigen Arbeitern leiblich zu besetzen. Die weitaus größere Mehrzahl der Betriebe, und zwar gerade diejenigen, deren Inhaber den Kampf nicht länger aushalten können, würden auch nach der Öffnung noch vollständig leer bleiben, denn das ist gewiß: Die Masse der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes erniedrigt sich nicht zu Verräterdiensten.

Mögen es die Arbeitgeber immerhin mit ihrem letzten Mittel der Vergewaltigung versuchen, mögen sie so den Kampf auch noch einige Wochen hinziehen, sie werden schließlich doch zu der allerdinge teuer bezahlten Einsicht kommen, daß es nicht möglich ist, geordnete Zustände im Gewerbe ohne Mitwirkung des Holzarbeiterverbandes herzustellen, und daß man eben deshalb, damit Ruhe und Frieden garantiert werde, den Holzarbeiterverband als gleichberechtigten Kontrahenten ansehen muß.

Die Möbeltransportarbeiter füllten am Montagmorgen wieder den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz. Der Berichterstatter Dehn erklärte, daß die Lage unverändert günstig sei. Drei kleinere Firmen haben die Forderungen bewilligt und mit Schlossen wurden Verhandlungen gepflogen, deren Abschluß erst erwartet wird. Die großen Firmen haben schon starke Verluste erlitten und die Schwierigkeiten häufen sich von Tag zu Tag. An viele Privatleute sind Schreiben gerichtet worden, daß sie sich gebüden möchten, „bis der Streik beendet“ ist. Man hoffte, daß sich am Montagmorgen die Streikenden zahlreich wieder melden würden; aber sie kamen nicht, sondern gingen in ihre Versammlung. Auf den Bahnhöfen stehen etwa 500 Wagen, die nicht entladen werden können, weil es an sachkundigen Leuten mangelt. Aus dem Hof für Eobachlose werden noch immer Arbeitswillige geholt. Der Polizei wurden in der Versammlung Vorwürfe gemacht, daß sie die Arbeitswilligen begünstigt und beschützt, gegen die Streikenden aber überall feindselig auftrat. Die arbeitenden Kollegen werden von den Streikenden erjucht, daß sie nicht Arbeiten von anderen Firmen, also Streikarbeit übernehmen. Es besteht der Verdacht, daß hier und da nicht genügend darauf geachtet wird; andererseits wurden Beispiele bekannt, die zeigten, daß die Arbeitenden es als eine ungebührliche Zumutung zurückwiesen, Streikarbeit zu tun, sobald ihnen der nähere Charakter der überwiesenen Arbeit bekannt war. — Die Parteilichkeit der Unternehmer ist noch ziemlich groß, wenn man bedenkt, daß jetzt die letzten Tage der Umzugszeit kommen und auf der einen Seite ein großes Publikum sehr besorgt auf den Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern wartet und auf der anderen Seite eintausend kräftige und fundige Arbeiter bereit stehen, alle notwendige Arbeit zu verrichten, sobald nur ihre gerechtfertigten Forderungen auf höheren Lohn Berücksichtigung finden.

Die in den Brauereien beschäftigten Wütcher haben den neuen Tarifvertrag noch nicht abgeschlossen; sie halten an ihrer Forderung, den Reinstundentag, mit großer Zähigkeit fest. In einer außerordentlichen Vereinsversammlung am Sonntag nachmittags bei Wille, in der Brunnenstraße, erhaltete Klappschuß über die gepflogenen Verhandlungen Bericht. Es fanden Zusammenkünfte der beiderseitigen Kommissionen statt, aber noch ist es nicht gelungen, eine Einigung herbeizuführen, und es wird auch schwer halten, bis zum 31. März, dem Tage des Ablaufes des alten Vertrages, ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Die Kommission der Wütcher hofft aber, daß die Brauereien in diesem Punkte nachgeben werden, wenn sie sehen, daß die Arbeiter fest entschlossen sind, dabei zu beharren. Wie wichtig es für die Wütcher ist, daß sie ihre Forderung durchsetzen, ist aus einer Drohung der Innungsmeister zu ersehen, daß sie auch eine Verlängerung der Arbeitszeit wünschen, wenn in den Brauereien die 9stündige Arbeitszeit in Geltung tritt. In allen Werkstätten und auch in einem Teil der Brauereien besteht gegenwärtig die 9stündige Arbeitszeit. Es handelt sich um 13 Brauereien mit 138 Wütchern, wo der Reinstundentag eingeführt werden soll. In einer Resolution wurde die Willensmeinung der stark besuchten Versammlung niedergelegt. Es heißt darin, daß die Versammelten Kenntnis nehmen von den gepflogenen Verhandlungen und lebhaft bedauern, daß der Verein der Brauereibesitzer seinen ablehrenden Standpunkt nicht verlassen hat. Sie betonen ausdrücklich, daß sie an der Reinstundenarbeit festhalten und auch auf den Lohnsatz von 35 M. pro Woche beharren müssen. Eine endgültige Regelung der Angelegenheit erwarten sie bis spätestens den 15. April.

Die Versammlung beschäftigte sich noch mit dem Ausstand in der Fabrik von Landhoff u. Mayer, Grünau. Dort gingen am 15. März 6 Wütcher mit 2 Hülfsarbeitern und 4 Arbeitsburschen in den Streik, weil zu geringe Löhne gezahlt wurden. Die Wütcher erhielten nur 40 Pf. Stundenlohn, während der übliche Lohn 60 Pf. beträgt. Die Burschen bekamen nur 18 Pf. pro Stunde. Die Versammelten beschloßen, für die Streikenden einzutreten zu wollen und Zugang fernzuhalten. Für die ausgesperrten Holzarbeiter wurde als erste Rate eine Unterstützung von 100 M. bewilligt.

Als ganz besondere Scharfmacher haben sich die Inhaber der Galanterie-Holzwaren-Exportfirma Bernhard Kötting, Ritterstraße 80, gezeigt. Die Hausdiener und Pader, welche bis zu zwanzig Jahren in diesem „Musterbetriebe“ beschäftigt waren, hatten das Verbrechen begangen, schriftlich in der höflichsten Form wegen Sommerurlaub vorstellig zu werden. Obgleich in ähnlichen Geschäften derartige kleine soziale Einrichtungen längst bestehen, glaubten diese Scharfmacher aber aus besagtem Anlaß einen eigenartigen Druck auf ihre Angestellten auszuüben, indem man verlangte, daß die Betreffenden aus der Berufsorganisation andrängen müßten. Bevor jedoch irgend welche Verhandlungen eingeleitet wurden, setzte der Unternehmer die zehn Hausdiener und Pader auf Straßenspazier. Der Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I des

Zentralverbandes, welcher hierbon Kenntnis erhielt, versuchte eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen. Die Vertreter kamen aber hier schlecht an. Der anscheinend sehr nervöse und schwerhörige Herr erklärte kurzerhand, mit der Organisation nicht verhandeln zu wollen. An die Berliner Hausdiener und Pader richteten die durch Unternehmerwillkür Entlassenen daher das dringende Ersuchen, diesen Betrieb streng zu meiden.

Zur Tarifbewegung der Dachdecker.

Am Sonntag fand bei Feind in der Weinstraße wiederum eine Versammlung der Dachdecker statt, die sich mit der Tarifbewegung befaßte. Die Unternehmer hatten es auch jetzt noch nicht für nötig befunden, über die Tarifvor schläge zu verhandeln, obwohl der alte Vertrag am 1. April abläuft. Nachdem Herr v. R. in einem über den Stand der Dinge berichtete hatte, trat in der Versammlung, wie leicht begreiflich, eine starke Strömung hervor, die gleich nach Ostern eine allgemeine Arbeitsniederlegung wünschte. Von anderer Seite wurde dagegen ausgeführt, daß man mit solchem Vorgehen wohl den Unternehmern den besten Gefallen tun würde. Die gute Konjunktur im Beruf sei künstlich dadurch hervorgerufen, daß die Unternehmer alle Arbeiten vor Ablauf des Tarifs fertigzustellen suchten, und darum sei es besser, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen. Die Versammlung verzichtete darauf, einen bestimmten Beschluß zu fassen, weil sich der Saal bei dem starken Andrang als viel zu klein erwies. Es wurde beschlossen, am Dienstag nächster Woche in einer größeren Saal eine neue Versammlung abzuhalten. Einstimmig beschloß die Versammlung, daß der 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert werden soll.

Die Speichereiarbeiter Berlins und Umgegend versammelten sich am Sonntag zahlreich im Englischen Garten, um den Bericht der eingesetzten Lohnkommission entgegenzunehmen. Die Kommission legte den Entwurf eines Tarifvertrages vor, der mit geringen Änderungen von der Versammlung angenommen wurde. Für die Wäger resp. Kolonnensführer wird ein Lohn von 40 M. gefordert ohne sonstige Vergünstigungen. Der Stundenlohn für die Speichereiarbeiter soll 65 Pf. betragen; neuereitretende Arbeiter, die noch nicht in Speichereibetrieben beschäftigt waren, sollen zuerst 60 Pf., nach vier Wochen aber ebenfalls 65 Pf. Stundenlohn erhalten. Für Arbeiten außerhalb des Speichers wird eine Mark pro Tag extra berechnet. Nachmittags werden mit 20 resp. 30 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt. So bessere Bedingungen herrschen, bleiben dieselben natürlich bestehen. Die Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen; Ueberstunden sind mit 10 Pf. Zuschlag zu berechnen, Sonntagsarbeit mit 1 M. Lohn pro Stunde. An den Tagen vor hohen Festen ist zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug zu gewähren. Sanitäre Einrichtungen in den Betrieben, ein Sommerurlaub und Freizeitgabe des 1. Mai werden unter anderem noch verlangt.

Im Antwort auf diesen Vertragsentwurf wird bis zum Dienstag, den 2. April, ersucht und als wünschenswert bezeichnet, wenn auch die Arbeitgeber eine Kommission wählen, mit der alsdann die Lohnkommission der Arbeiter zu einer Verständigung gelangen könnte. Es handelt sich hier um die Arbeiter in Speichern, wo S t u n d e n l ö h n e bezahlt werden. Sollte es in einzelnen Betrieben zum Streik kommen, so wird von allen arbeitenden Kollegen eine Ergänzungssteuer von 1 M. pro Woche erhoben werden, die den Streikenden als Zuschlag zu der Streikunterstützung gezahlt werden soll; die Affordatörer und Markstarbeiter werden keine Röhne oder Waggons für gesperrte Betriebe laden. Von den 350 bis 400 Speichereiarbeitern in Berlin gehören nur wenige der Organisation an. Die Organisation würde den Kampf nicht scheuen, wenn er ihre aufgezogenen wird. — Den Streikenden der Salomo-Mühle bewilligten die Versammelten einen Ergänzungslohn zum Osterfest.

In der Salomo-Mühle ist die Lage des Streiks für die Arbeiter nicht ungünstig. Am Sonnabend fanden Verhandlungen statt, die aber ergebnislos verliefen. Herr Salomo sucht durch Stellenvermittlung Leute nach Köpenickerstr. 194 im Restaurant, wo sie für die Salomo-Mühle angeworben werden. Er hat einige Arbeitswillige bekommen, die er aber selbst mit sehr kritischen Blicken betrachtete und der Befürchtung Ausdruck gab, daß sie schwindelig seien und einem ordentlichen Meßlack gegenüber den Lärmen zittern würden. — Vor einigen Tagen wurden mehrere Röhne für die Firma affiziert, die seit Donnerstag am Inselfeischer Lager; die Affordatörer weigerten sich aber, für Karl Salomo, wo gestreikt wird, in Dienst zu treten, und die Röhne konnten nicht entladen werden. Daß Salomo an Arbeitswillige höhere Löhne zahlt, beweist ein Brief, der uns vorgelegt wurde, in welchem durch einen Vermittler 27 M. für einen Mühlenarbeiter geboten wurden. Salomo behauptet allerdings, daß er für die Differenz von 3 M. von der Vereinnung der Unternehmer Erlaß erhalte (!).

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Schneidergewerbe.

Die Generalaussperrung aller organisierten Schneidergesellen von ganz Deutschland steht für nächsten Sonnabend bevor. In Krebs' Hotel, Niederwallstraße, zu Berlin trat gestern nachmittags der gesamte Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe zu einer Konferenz zusammen, um über die zu treffenden weiteren Maßnahmen im Lohnkampfe zu beraten. Nach dreistündiger Verhandlung wurde einstimmig beschlossen, dem Vorstände des Gesellenverbandes umgehend folgendes Schreiben zuzustellen.

„Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß der am heutigen Tage versammelte Hauptvorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe einstimmig beschlossen hat, die in Streit und Sperrre befindlichen Ortsgruppen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und mit der Durchführung der diesbezüglichen Maßnahmen diese Woche zu beginnen. Bezugnehmend auf den in Ihren Schreiben vom 18. und 22. d. M. an uns ausgesprochenen Wunsch, Ihnen Vorschläge zur Verringerung der Differenzen zu machen, überdenken wir Ihnen nachfolgend einen von dem Hauptvorstande ausgearbeiteten Vorschlag mit dem Bemerkten, daß wir untererseits von der Durchführung weiterer Maßnahmen Abstand nehmen, wenn Sie bis Donnerstag, mittags 12 Uhr, Ihre Zustimmung dazu gegeben haben: 1. Die von den Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe den Filialen der Gesellenverbände übermittelten Lohnsätze nebst Arbeitsbedingungen werden von den Verbänden der organisierten Gesellenchaft hierdurch anerkannt und treten sofort in Kraft. — 2. Diese Tarife werden binnen zehn Tagen von beiden Seiten nach dem Tarifvertragsübereinkommen festgelegt. — 3. Sollten sich in den vorgenannten Tarifen einige Unbequemlichkeiten befinden, so wird es dem Hauptvorstande der Gesellenverbände anheimgestellt, diesbezügliche Änderungsanträge vor der Festlegung der Tarifverträge dem Hauptvorstande des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes zu übermitteln, der die Erledigung derselben den betreffenden Ortsgruppen zur Würdigung übergeben wird. — 4. Beide Teile verpflichten sich, die noch erforderlichen Schritte in friedlicher Weise zu tun und hierbei auf die Anwendung von Nachmitteln zu verzichten. — 5. Die Arbeit wird allerorten am Dienstag, den 2. April, früh 8 Uhr, wieder aufgenommen.“

Im Anschluß an die Konferenz fand eine Generalversammlung des Berliner Arbeitgeberverbandes statt. Der Beschluß des Hauptvorstandes wurde bekannt gegeben und ihm einstimmig zugestimmt. Der Vorsitzende des Hauptvorstandes wies noch besonders darauf hin, daß am nächsten Sonnabend die Aussperrung über ganz Deutschland ausgedehnt werde, wenn der Gesellenverband nicht bis zur festgesetzten Zeit sein Einverständnis mit dem vorliegenden Vergleichsentwurf erkläre.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater
Dienstag, den 26
Anfang 7 1/2 Uhr,
Kgl. Opernhaus. Blaque Dame.
Kgl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Der Gott der Götze.
Kammertheater. Komödie der Liebe.
Festung. Die Sünden der Gefangenschaft.
Neues Schauspielhaus. Figaros Hochzeit.
Berliner. Faust.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Narrenplanz.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Friede.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Das letzte Mittel.
Komische Oper. Todca.
Vorstellung. Das Glöckchen des Eremiten.
Residenz. Haben Sie nicht zu verzollen?
Kaisersaal. Cafarenstuber.
Deutsch-Amerikanisches. Don Juan.
Thalia. Olympische Spiele.
Luisen. Der Wissenschaftswurm.
Trianon. Fräulein Josefine - meine Frau.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Charlotte Wiehe.
Apollo. Der Triumph des Weibes.
Bernhard Mörbitz. Spezialitäten.
Kallio. Ein idealer Gatte.
Walhalla. Die goldene Gasse.
Folies Caprice. 100 000 Gulden.
Prater-Theater. Der Wissenschaftswurm.
Palast. Vom Witwen-Ball.
Figaro. Sodomiter. Geisterwitz.
Paris.
Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Karl Gayerland. Spezialitäten.
Intimes. Eine vom Ballett.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tantenstraße 48/49.
4 Uhr: Stille.
Im Kaiserpalast abends 8 Uhr:
Die Feuergeister der Erde.
Abends 8 Uhr: Dr. Theising: Mutations-theorie und Lamarckismus.
Opernvorstellung. Invalidenstr. 57/58.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Faust.
Mittwoch: Der Hund von Baskerville.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Neues Schauspielhaus
Dienstag, den 26. März:
Gastspiel Josef Kalnz:
Figaros Hochzeit.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch Gastspiel: Faust, I. Teil.
Anfang 7 Uhr.
Neues Theater.
Zum erstenmal:
Vorbestraft.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Vorbestraft.
Donnerstag: Vorbestraft.
Freitag: Geschlossen.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Mittwoch: Ein idealer Gatte.
Donnerstag: Rastlos.
Freitag: Geschlossen.
Sonntag: Ein idealer Gatte.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Husarenstuber.
Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Mittwoch: Die Fledermaus.
Luisen-Theater
Reichenbergstr. 34.
Abends 8 Uhr:
G'wissenswurm.
Lovizing-Theater
Volteallianenstr. 7/8.
Abends 8 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Abonnement gültig!
Mittwoch: Martha.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Das letzte Mittel.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr: Stille. Kleine Preise.
8 Uhr:
Die Feuergeister der Erde.
8 Uhr Dr. Theising: Mutations-theorie und Lamarckismus.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Dienstag, Mittwoch:
Haben Sie nicht zu verzollen?
Donnerstag und Sonnabend:
Denise.
Oster-Sonntag und folgende Tage:
Haben Sie nicht zu verzollen?
1. Osterfeiertag nachm.: Schlaf-wagenkontrolle.
2. Osterfeiertag nachm.: Hochzeits-nacht.

BERNHARD ROSE THEATER
St. Markstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Weltweitverkauft schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufsgeld von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.
Freitag u. Sonnabend: Geschlossen.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Donnerstag, den 28. u. Sonnabend, den 30. März:
Der G'wissenswurm.

Apollo Theater
9 1/2. Täglich: 9 1/2.
Der Triumph des Weibes.
Operetten-Parade in 4 Bildern von Benno Jacobsohn. Musik von Josef Hellensberger und Paul Lincke.
Vorher: Um 9 Uhr:
Die bedeutenden Spezialitäten mit Bernhard Mörbitz.
Am beiden Osterfeiertagen nachmittags 3 1/2 Uhr. K. Preise: Doppel-Vorstellungen.

WINTER GARTEN
Letzte Vorstellungen von
Charlotte Wiehe
und das
März-Programm.
Großer Erfolg!

Gebr. Herrnteid-
Anfang Theater Vorberf.
8 Uhr. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Spielplan für die Karwoche.
Dienstag und Mittwoch:
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten
von H. und D. Herrfeld.
Donnerstag und Sonnabend:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre
Ostermontag u. Ostermontag:
3 1/2 Uhr bei halb. Kassenspreisen:
Hausierer Jockele.
Die letzte Ehre.
8 Uhr:
Ein verrücktes Hotel.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Heute 8 Uhr: Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
u. a.: Baronesse Vallanoires
„Commenpietele“.
Willi Meybrück
Humorist.
Vom Witwen-Ball
Schwanz.
Familienfeste, wochentags zum halben Kassenspreis gültig. In Vorder-, Hinter- u. Narkengängen gratis.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Narrenplanz.
Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Hilfer.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Traumulus.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 26. März:
Fortsetzung des Finales der großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
um den Goldenen Kranz von Berlin u.
10 000 Mark in bar.
Heute:
Entscheidungskampf
zwischen Omer de Bouillon (Belgien) und Jankowsky (Rusland) und
Entscheidungskampf
zwischen Jakob Koch (Deutschl.) und Chemjakin (Rusland).
Vorher: Gala-Programm und
St. Hubertus.
Gehtes und lebenswertestes Pracht-Paradiesgärtchen.

Passage-Theater.
2. Monat.
Täglich ausverkauft!
Der größte Lacherfolg der Saison:
„Mal was Anderes“.
Die Theims-Troupe
und die 10 glänzenden
März-Spezialitäten.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10.
Heute: Geschlossen.
Am 1. Dienstag: Die Ahnfrau.
Am 2. u. 3. Dienstag: Sängerin und Näherin. Volksstück v. Angelo.
Am allen drei Feiertagen: Um 8 Uhr.
Am 2. und 3. Feiertag: Ball.

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
Eine Nacht in der Apotheke
ferner
Glänzender neuer Solotitel
und: Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse
und bei Berthelm.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Letzte Woche!
Das vorzügliche
März-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Intimes Theater
Dresdenerstr. 97.
Täglich größter Erfolg:
Willi Hannes Carlsohn - Entendle:
Onkel Tom. Ein Nachtschl.
Alles lacht.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Verub. Rose - Theater.
Berliner Raubvögel.
Volksstück mit Gesang in vier Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönhauser Allee 148.
Krüger & Oberbeck, Kaffianenallee 1.

Prater-Theater
Kaffianen - Allee 7-9.
Der Beilchenfresser
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Jägerlieben.
Kasino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald.
Mit Carter, Delella, Hans Berg.
Vorher das bunte März-Programm.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.
Montag 4 Uhr: Bedige Heute.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Letzte Vorstellung vor Ostern.
Zum erstenmal:
Die Millionenbraut.
Schwanz in 3 Akten v. H. Bendig.
Von Mittwoch bis Sonntag
wegen Vorbereitung 3 u. drei
Feiertagen: Geschlossen.
Sonnt. Beg. 6, Montag 8 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag:
Letzte Vorstellung vor Ostern.
Zum erstenmal:
Die Millionenbraut.
Schwanz in 3 Akten v. H. Bendig.
Von Mittwoch bis Sonntag
wegen Vorbereitung 3 u. drei
Feiertagen: Geschlossen.
Sonnt. Beg. 6, Montag 8 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Narrenplanz.

Zirkus Busch.
Dienstag, 26. März, 7 1/2 Uhr:
Fortsetzung
der Schling-Ringskämpfe
um die Prämien v. 10 000 Mk.
und den großen Goldpokal.
Schrenkprotektorat: Professor
Reinhold Begab.
Die Kämpfe werden von heute
ab sämtlich ohne Ausnahme bis
zur definitiven Entscheidung aus-
gerungen.
Ferner zum **ROM.**
Schluss:
Große Orig.-Kunst-Pantomime
in 7 Bildern.
Mit Rücksicht auf die erdungs-
mäßige Durchführung und event.
Dauer der Ringkämpfe werden
in der Pantomime nötigenfalls
Kürzungen vorgenommen, damit
die Vorstellung nicht zu spät
ausgedehnt wird.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtgastspiel Theater des Westens.
Heute abends 8 Uhr:
Don Juan.
Morgen abend: Die Fledermaus.
Donnerstag: Der Postillon von Lon-
jeau.
Freitag abend: Geschlossen.
Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Ort- u. Haus-Krankentrassen
Berlin O., 34932*
30. Finien-Str. 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
leihen, angenehm u. weich am Körper

Achtung!! Armin-Hallen!!
Den geehrten Gemeindefreunden, Vereinen, Gästen, Freunden und Bekannten teilen wir ergebend mit,
dass wir am 4. April d. J. unter seit 11 Jahren innegehabtes Geschäft Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20
aufgeben. Wir sagen allen für das uns in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen
unsern herzlichsten Dank und bitten, es auf unser neues Unternehmen gütig übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll Gebr. Mielitz.

Neubau der Armin-Hallen
Kommandantenstraße 58/59, neben Gebr. Herrfeld-Theater.
Eröffnung Anfang Oktober d. J.
Wir empfehlen Festsaal (mit und ohne Kubus) 1150, 700, 400, 250 und 100 Personen fassend.
5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkettkegelbahnen. - Bestellungen erbiten
Gebr. Mielitz, Kommandantenstr. 21, II. Bernspröder Haus I. 8985.

H. Greifenhagen Nachf. Brunnenstr. 17-18
Veteranenstr. 1-2
Photographie-Bon
Bis Sonnabend, den 30. cr.
verabfolgen wir bei Einkäufen
von 5 Mark an
Photographie - Bons
≡ gratis ≡

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin - Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.
Caramel-Malzbier
Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.
Aeratisch empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.
3466L*

Gustav Behrens Theater
Schöneberg-
Berlin, Goltz-
straße 9.
Heute und fol-
gende Tage:
Die sensationelle
Ausstattungs-
Operette:
Die lustige Witwe von Schöneberg
sowie die
erstklassigen Spezialitäten
füllen das Haus abendlich bis zum
letzten Platz.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph - (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

MUSIK-WERKE
aller Art.
gegen Monatsraten 2 Mk. an.
Katalog No. 656 gratis u. frei.
Bial & Freund, Breslau

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuver. Katalog
u. Empfehlung. Acora u. Prof. grad. u. Dr.
H. Bager. Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstr. 97/98.
Der Stoff hat seit Herren-
Anzug 20 M. ohne Konfektur.
2 Knöpfe. beste Qualität. Für
guten Sitz gold. Bekaltete.
Ludw. Engel, Prenzlauer
Str. 23, II. Alexanderhpt.
Begr. 1892.

Café Meyer
Dresdenerstr. 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards Stb. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.

Fräulein Josefine - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.
Nachmittag 3 Uhr:
Die Liebeskugel.
Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Große Spezialitäten - Vorstellung.
Täglich neuer Spielplan.
Lanz Berlin staunt über
die stets wechselnden Künstler!!!
Neu! „Die wilde Ton“! Neu!
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Nach d. Vorst., um 10 Uhr: Gr. Tanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! „Ballistische
Slappermat“.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Das neue Frauen-Asyl.

Hoch oben im Norden der Stadt, hinter dem Männerasyl in der Bienenstraße ist es gelegen, das neue Asyl für obdachlose Frauen: eine Schöpfung des Asylvereins für Obdachlose. Es ist ein heller, freundlicher Bau, der hier errichtet worden ist und errichtet werden mußte, da das bisher in der Füllierstraße gelegene Frauenasyl des Vereins ein Opfer des neuen Bebauungsplanes wird, der die Wiederlegung des Scheunenviertels vorsieht.

Das neue Asyl ist für 400 Betten eingerichtet und gliedert sich räumlich dem Männerasyl an, wodurch, wenn auch mit Schwierigkeiten, die Verwaltung vereinfacht, ganz besonders aber der gemeinsame wirtschaftliche und maschinelle Betrieb der beiden Anstalten verbilligt wird.

Eine Hauptschwierigkeit bestand darin, daß für das Frauenasyl ein räumlich getrennter Eingang von dem des Männerasyls geschaffen werden mußte. Zu diesem Zweck wurde das Haus Stolbergerstraße 30 vom Asylverein angekauft und durch dieses Haus ein Durchgang nach dem Frauenasyl geschaffen, der so geradlinig und verdeckt angelegt wurde, daß er die Vermietung dieses Wohnhauses in keiner Weise nachteilig beeinflussen kann.

Als Vorbild für die Gestaltung des Frauenasyls diente das vor 10 Jahren erbaute Männerasyl, was sich in allen Teilen als praktisch und muftergültig bewiesen hat. Es wurde auch hier nur ein Erdgeschoss errichtet, so daß alle Räume in gleicher Fußbodenhöhe liegen.

Den Asylinnen steht als erster Außenhofraum die Sammelhalle, welche 400 Personen Platz bietet, zur Verfügung. Von hier aus führt eine Tür in den Baderaum mit 20 Bädern und anschließender Desinfektionsanstalt. Eine andere Tür führt in den Waschküchen, in welchem 40 Waschbecken für Kalt- und Warmwasser aufgestellt gefunden haben. Aus beiden Räumen gelangen die Asylinnen in die Speisehalle, in welcher zunächst an einem Schalter die Aufnahme stattfindet, worauf am Küchenschalter die Speisen verteilt werden. In der Speisehalle haben Bänke und Tische aufgestellt gefunden, an welchen gegessen und gelesen werden kann; auch kann die Ausbesserung von Kleidungsstücken vorgenommen werden, wozu den Frauen die nötigen Materialien unentgeltlich geliefert werden. Von der Speisehalle verteilen sich die Asylinnen rechts und links in die Schlafäle. Des Morgens steht den Frauen wieder der Waschküchen zur Verfügung und findet, nachdem ihnen Kaffee und Wadmware verabreicht wurde, die Entlassung aus einem geforderten Ausgang statt.

Die Schlafräume haben keine Türen und werden in der Nacht durch Glühlampen erleuchtet, so daß die Nachtwache jeden Winkel des Asyls beobachten kann.

Alle Räume sind mit Dampfheizung, elektrischer Beleuchtung und künstlicher Ventilation versehen, bei welcher die vorgewärmte frische Luft durch unterirdische, begehbare Kanäle mittels Ventilators in die Räume hineingedrückt wird, so daß ein halbständlicher Luftwechsel stattfindet. Die Kochküche ist mit drei Dampfkochapparaten für Suppe und Kaffee ausgerüstet.

Die maschinelle Abteilung, welche nun für das Männer- und Frauenasyl gemeinsam eingerichtet wurde, enthält drei neue Dampfessel von je 120 Quadratmeter Heizfläche, während die beiden alten Kessel zur Reserve zur Verfügung stehen, ferner eine liegende Dampfmaschine von 150 Pferdestärken, direkt mit einem Dynamo gekuppelt, welcher zur Licht- und Krafterzeugung dient. Die vorhandene alte Dampfmaschine nebst Dynamo steht zur Reserve zur Verfügung.

In der Wäscherei sind vier neue sowie eine alte Waschküche zur Aufstellung gelangt, 2800 Schlafdecken und ebensoviel Handtücher sollen hier täglich gewaschen werden, so daß jede Person täglich reine Wäsche erhält und eine Ansteckung durch Krankheitsstoffe oder eine Übertragung von Ungeziefer auf diesem Wege unmöglich ist. Vier Zentrifugen sind für das Auswaschen der Wäsche bestimmt. In der Trockenanstalt ist ein Heizenofenapparat aufgestellt, in welchem die Schlafdecken an eigens konstruierten Klammern aufgehängt werden und nachdem sie in 20 Minuten den überhitzten Raum durchlaufen haben, getrocknet am anderen Ende des Apparats herausfallen.

Ein Dampfzweig ist zum Trocknen der Handtücher bestimmt.

An die Trockenanstalt schließt sich der Lagerraum für reine Wäsche an.

Für die gesamte Wasserversorgung der beiden Asyls ist eine elektrisch angetriebene Pumpe in einem Brunnenloch aufgestellt. Eine reichliche Akkumulatorenbatterie spendet das Licht zur Nachtzeit und versorgt die Motoren der Waschküche und Trockenmaschinen sowie der Ventilatoren für den Fall, daß diese nicht direkt von der Hauptmaschine mit Strom versehen werden.

Für das Männerasyl wurde eine Vergrößerung der rechtsseitig gelegenen Schlafäle vorgenommen, so daß zu den 700 vorhandenen Betten noch 180 neue Betten zur Aufstellung gelangen können.

Alle Gebäudeteile wurden auf das Solideste von Stein und Eisen ausgeführt. Die Fußböden sind mit Terrazzo auf Betonunterlage belegt. Alle Wasserleitungen liegen frei in unterirdischen bequem begehbaren und mit elektrischer Beleuchtung versehenen Kanälen. Die Bauarbeiten wurden, nachdem im Jahre 1906 eine 3/4 Meter hohe massive Uferbefestigung der Bank an diesem Grundstück hergestellt worden war, im Jahre 1906 ausgeführt und bis zum 15. März 1907 in allen Teilen fertiggestellt.

Am Sonntag fand die feierliche Einweihung des neuen Asyls statt. Sie wurde eingeleitet mit einem stimmungsvollen Gesangsvortrag des Ersten Männergesangsvereins, worauf der Gründer des Asylvereins für Obdachlose, der hochbetagte Herr Gustav Thölde, in einer Ansprache die Geschichte des Asylvereins, seine Aufgaben und seine Schöpfungen in knapper, aber um so beredter Weise den zahlreich erschienenen Festteilnehmern darlegte. Seine schlichte Rede klang aus in dem Wunsch, in dem bisherigen Sinne weiter wirken zu wollen und gewissermaßen als letztes Vermächtnis legte er dem Kurator des Frauenasyls die strikte Innepaltung der Statuten des Vereins ans Herz, da mit denselben der Verein leben und leben soll.

Zu Vertretung des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Kurators des Frauenasyls, Stadtverordneten Pflüschke, übernahm der Kurator des Männerasyls, Genosse Singer, vorläufig das Gebäude, dem Vorsitzenden versichernd, daß auch in Zukunft die Vereinsstätten geleitet werden sollen im Sinne der Prinzipien, auf denen der Verein aufgebaut sei. Unerkennbarlich werde festgehalten werden an dem Grundgedanken, der vor mehr als einem Menschenalter die Asyls des Vereins ins Leben rief. Ungeliebt und ungenannt soll das Elend über die Schwelle schreiten, sollen die Armlen der Armen wenigstens einige Stunden in ruhigem Schlaf die schweren Sorgen des Tages vergeßen und sich stärken für den nächsten Morgen für den schweren Kampf ums Dasein. Nicht bezahlen sollen sie die geringe Wohlthat, die ihnen abeten, durch ungewohnte Arbeit, zu der die Kräfte und Fähigkeiten vielleicht nicht hinreichen, sondern frei sollen sie bei Tagesanbruch wieder hinausziehen. In letzter Zeit sei der Verein gerade deswegen heftig angegriffen worden, es sei gesagt worden, die Vereinsstätten seien Verwüsten des Verbrechens und des Lärmers. Das sei ungerichtet und unzutreffend, was durch die langjährige Erfahrung des Vereins widerlegt werde. Gewiß befinde sich vielerorts mancher Unwürdige unter denen, die das gastliche Haus aufsuchen, aber ihrermaßen soll die große Menge der verdunkelten oder unerschuldigt ins Elend Geratenen, für die die Zufluchtsstätten errichtet sind, nicht leiden. Der Verein fühle keinen Beruf in sich, Richter zu sein über Schuld oder Nichtschuld, sondern rechne nur mit Unglücklichen. Und wenn sich so mancher wieder aus der Tiefe

emporringt, so soll das Elend nicht eingetragen stehen in Büchern und nichts soll sie erinnern an die trübe Zeit, als das Bewußtsein, daß in der schwersten Stunde ihres Lebens hilflosere Menschen ihnen die Hand geboten, ohne etwas zu fragen, ohne etwas zu fordern, in edler werktätiger Menschenliebe. Das sei dem Verein der Lohn für sein Wirken. Und nun wandle sich Genosse Singer dem Veteran des Vereins, dem langjährigen Vorsitzenden Herrn Thölde, zu und widmete der uneigennütigen Tätigkeit dieses Herrn warme und herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes. Herr Thölde ist der Begründer des Vereins und war während des jetzt 40jährigen Bestehens des Vereins in der unerlässlichsten Weise für die Vereinszwecke tätig; seine Lebensaufgabe war, das Elend der Armlen lindern zu helfen, darin ging dieser nunmehr hochbetagte Herr auf. — Ein Schlussegang des Gesangsvereins beendete die schlichte, aber erhebende Feier. Hierauf wurde ein Rundgang durch die neuen Räume angetreten.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung in Habels Brauerei-Ausgang, Bergmannstraße 5/7.

Die Parteispedition in der Mittenwalderstraße 30 wird am 1. April nach Gneisenaustraße 72 (Laden) verlegt.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, findet bei E. Obß, Reiningerstraße 8, die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Liberalismus und Sozialdemokratie. Referent Genosse Dr. Vorchardt-Charlottenburg. 2. Bericht von der Kreis-Generalsammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anstellung und Wahl eines zweiten Speditors. 5. Verschiedenes. Der Vorstand.

Köpenick. Am Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schimke, Paratierstraße die regelmäßige Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Die Genossen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Pankow. Heute abend 1/2 9 Uhr findet im „Feldschloßchen“, Berlinerstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Störmer über: „Sozialistische Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Regen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Reinickendorf (Ost-West) und Wilhelmshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Auebel, Hauptstraße 51/52, die Generalversammlung des Bezirks-Wahlvereins statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Der Bezirksvorstand.

Tegel. Morgen Mittwoch abend 8 1/2 Uhr findet in Göß's Gesellschaftshaus, Schloßstraße 7/8, die Fortsetzung des Kurses in Nationalökonomie von Julian Vorchardt statt. Im pünktlichen und zahlreichen Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten!

Wir bitten diejenigen Abonnenten, welche zum 1. April ihre Wohnung wechseln, bei dem bisherigen Speditur, unter Angabe der neuen Wohnung, die Zeitung rechtzeitig abzugeben, damit in der ferneren Zustellung keine Verzögerung eintritt. Die Haupt-Expedition.

Ueber eine Betriebsstörung auf der Hochbahn meldet die Betriebsverwaltung: Am 24. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, trat eine Betriebsstörung der Hochbahn dadurch ein, daß im Gleisdreieck infolge falscher Bedienung einer Weiche ein Wagen entgleiste. Zuerst wurde der Betrieb zwischen Warschauer Brücke und Hallesches Tor sowie zwischen Wilhelmshagen und Bülowstraße durch Pendelzüge aufrecht erhalten und von 10 1/2 Uhr ab der volle Betrieb auf der ganzen durchgehenden Linie zwischen Warschauer Brücke und Wilhelmshagen aufgenommen. Von 1 1/2 Uhr ab verkehrten die Züge planmäßig auch wieder über Potsdamer Platz. Zwei Fahrgäste erlitten eine leichte Hautabkürzung.

Im Wasser den Tod gefunden haben am Sonntag zwei Personen. Der 21jährige Maurer Lindemann hatte mit mehreren Freunden einen Ausflug nach der Obersee unternommen und erklärte sich infolge einer Weile bereit, die breite Wasserfläche am Plänterwald zu durchschwimmen. Auf die Gefährlichkeit seines Unternehmens bei der niedrigen Temperatur der See aufmerksam gemacht, ließ sich E. von seinem Entschluß nicht abbringen, entledigte sich seiner Oberkleider und der Stiefel und sprang in das Wasser. Etwa 20 Meter vom Ufer entfernt verschwand der junge Mann in den Fluten. Die Führer eines Ruderbootes, auf den Unglücksfall aufmerksam gemacht, unternahm sofort Rettungsversuche, die jedoch erfolglos blieben. Erst nach längerer Vermählungen gelang es, die Leiche zu landen. — Im Spandauer Schiffahrtskanal erkrankte die Schiffersfrau K., die Sonntag nachmittag Belante in Berlin besucht hatte. Als sie am Abend nach der in der Nähe der Plöhensee Schleiße verankert liegenden Risse zurückkehrte und die Landplanke überschritt, verlor die K. vermutlich das Gleichgewicht und stürzte in das Wasser. Die Hilferufe der Ertrinkenden wurden zwar von der Befragung gehört, die auch sofort Rettungsversuche unternahm, doch erwies sich diese bei der herrschenden Finsternis als sehr schwierig. Erst nach halbständigen Vermählungen gelang es, den Körper der Schiffersfrau zu landen. Die bei ihr angelegten Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos. — In die Gefahr des Ertrinkens geriet der Vorbirgerhülse Laßke, welcher sich gestern an der Spree bei Rummelsburg aufhielt und dort mehreren Anglern zuschaute. Um diese besser beobachten zu können, betrat er ein am Ufer liegendes Floß, glitt auf dem feuchten Holz jedoch ab, stürzte in das Wasser und geriet unter die Baumstämme. Den Anglern gelang es, den mit den Wellen kämpfenden noch rechtzeitig den Fluten zu entreißen, bevor er ernstlichen Schaden genommen hätte.

Steuerpflichtige Schulkinder. Durch das Bestreben, jeden Bürger vollständig steuerlich zu fassen, werden in diesem Jahre vor allem die Arbeiter ganz besonders hart getroffen. Daß dieses Bestreben aber so weit geht, auch schon Schulkinder zum Steuerzahlen heranzuziehen, ist denn doch wohl das Neueste auf diesem Gebiete. Und doch liegt diese Tatsache vor. Ein in der Stromstraße bei seiner Mutter wohnender Willi Sch. hat eine Veranlagung erhalten zu einer Einkommensteuer von 6 M. pro Jahr, obwohl er erst 13 Jahre alt und noch schulpflichtig ist. Die Mutter ist eine Witwe und hat zu tun, den Jungen so weit zu bringen, daß er einmal später in die Lage kommt, etwas zu verdienen und Steuern zu zahlen. Der Steuerveranlagungsbescheid treibt die fonderlichsten Mütter; nächstens erleben wir's vielleicht noch, daß die Halbskinder zur Steuerzahlung veranlagt werden.

Studenten als Kowid. Einen blutigen Ausgang nahm ein „Studentenmord“, der vorgestern am frühen Morgen im Westen der Stadt inszeniert worden war. Fünf junge Studenten hatten in angelegelter Stimmung die Münzbergstraße passiert. Vor dem Hause Münzbergstraße 84 legte einer der Leute eine Leiche auf

den Bürgersteig und in einiger Entfernung harrten die Studenten der Dinge, die da kommen sollten. Es dauerte nicht lange, so erschien der Chauffeur Gustav Schuster von der Mexikanische Gesellschaft. Er bemerkte die Leiche, und in dem Glauben, daß sie verloren worden sei, hob er sie auf. In diesem Moment stürzten die Studenten hervor und fielen mit den Ausrufen „Strolch“, „Dieb“ usw. über Sch. her. Sie mißhandelten den Kerl in der brutalsten Weise. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen eilte der Kaufmann Obermann, Lützenstraße 6, hinzu. Aber auch über ihn fielen die Studenten her und richteten ihn schrecklich zu. Schwerverletzt wurden die beiden später durch Schulleute nach der Infallstation am Zoologischen Garten gebracht. D. befand sich in demütigsten Zustände. Am Hinterkopf, an der Stirn und an beiden Händen hatten ihm die Studenten blutige Verletzungen beigebracht. Außerdem hatte der Bedauernswerte eine Gehirnerschütterung erlitten. Sch. war gleichfalls übel zugerichtet worden. An der linken Wade wies er eine 14 Zentimeter lange Wunde auf. Am Körper hatten ihm die Täter durch Fußtritte zahlreiche Quetschungen zugefügt. Die an dem Ueberfall beteiligten gewesenen Studenten sind bereits von der Polizei ermittelt worden.

Wenn das Arbeiter gewesen wären, wie würde da die bürgerliche Presse getern über die Reizheit der Arbeiter.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag an der Ecke der Brunnen- und Invalidenstr. Der Maurer Albert Brock aus Stolzenhagen in der Park wollte, auf dem Wege nach dem Steintiner Bahnhof begriffen, in scharfer Richtung den Fahrdamm der Brunnenstraße überschreiten und versuchte vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 11 über die Gleise zu kommen. Dabei wurde er niedergebissen und geriet unter die Vorderplattform. Der Verunglückte wurde unter dem Wagen hervorgezogen und nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, woselbst er bald nach seiner Einlieferung an den Folgen der erlittenen Verletzungen — Schädelbruch und Gehirnerschütterung — verstarb.

Weim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens verunglückte in der Invalidenstr. der Kaufmann Schindler, Brunnenstr. 122 wohnhaft. Er sprang an der Ecke der Invaliden- und Gartenstraße von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 11 ab, stürzte und fiel so unglücklich, daß er einen Bruch des linken Unterschenkels erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Auf seiner Durchreise durch Berlin irrsinnig geworden ist der russische Hofschaffner Oskar Horn. Als er in einer Droschke nach der Irrenanstalt in Dalldorf gebracht werden sollte, zertrümmerte er die Scheiben und griff die ihn begleitenden Polizeibeamten an. Bei dem Herfürungswort zog sich der Kranke erhebliche Verletzungen zu, so daß ein Arzt herbeigeholt werden mußte. Es gelang nur schwer, K. nach der Anstalt zu überführen.

Folgende Warnung erläßt der Polizeipräsident: In letzter Zeit wurde mehrfach in Zeitungen in marktschreierischer Weise ein Mittel „Augenwol“ zur „Stärkung, Erhaltung und Wiederbelebung der Sehkraft“ von der Firma Augenwol, G. m. b. H., Berlin, Luisenauer 11, deren Geschäftsführer ein hiesiger Optiker und dessen Ehefrau sind, angepriesen. Nach den angestellten Untersuchungen besteht das Mittel aus einer wässrigen Lösung von Kochsalz, Bor- säure, Glyzerin und geringen Mengen Jod, die mit Teerfarbstoff gelb gefärbt und mit Rosenöl parfümiert sind. Außerdem sind in dem Mittel noch geringe Mengen Alkohol vorhanden. Die dem Mittel proklamatorische beizugelegten Wirkungen kann es keinesfalls besitzen. In einer Apotheke zubereitet, würde das flüssige Augenwol mit 50 Kubikzentimeter Inhalt nach der Arzneitaxe etwa 1 M. bis 1,25 M. kosten, während der Preis bei der Firma 3 M. beträgt. Vor dem Bezug des Mittels wird daher auf das eindringlichste gewarnt.

Das in den Kanal geratene Automobil ist mit einem Kran auf dem Wasser gezogen worden. Es ist fast unbeschädigt; nur die Fenstergehäusen sind zertrümmert. Die Pakete und Geldtaschen der Damen wurden noch vorgefunden. Das Automobil wurde mit Vorspann eines anderen Toff-Toff sofort nach einer Reparaturwerkstätte geschafft.

Eine böse Ueberfahung wurde dem Kaufmann Sohn, Spezial-Platen- und Radgeschäft, Dranienstr. 2a, zuteil, als derselbe Sonnabend früh seinen Laden betrat. Eine Bande Eindringler hatte sich von den unter dem Laden befindlichen Kellerräumen Eingang in seinen Laden verschafft, indem sie die Decke durchbrochen und mit genauester Sachkenntnis flüchtige Klüftung unter den dort befindlichen teuren Seidenblusen und Interroden hielten und das beste mitgehen ließen. Das Ladepult war erbrochen und eine größere Summe Geldes verschunden. Dann zogen die Diebe, vier an der Zahl, mit den gestohlenen Waren davon.

Wegen einer Leuchtgasvergiftung wurde am Sonntagabend um 10 Uhr der 73j. nach der Ederstr. 4 gerufen. Eine Familie hatte sich dort vergiftet. Der Obemann und ein Kind waren schon tot. Die Frau konnte mit Sauerstoff ins Leben zurückgerufen werden.

Ein Kirchenkonzert veranstaltet am morgigen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, der Igl. Musikdirektor Bernh. Argang in der Maria-Kirche unter Mitwirkung von Frau Charlotte Knipel (Sopran), Fräulein Julia Michaels (Alt), Herrn Ludw. Schubert (Tenor) und Herrn Armin Liebermann (Bass). Orgelsonationen von Bugtühde, Rogart und Väst (Variationen). Der Eintritt ist frei!

Apollo-Theater. „Der Triumph des Weibes“ nennt sich eine Operettenburleske, die jetzt abendlich im Apollo-Theater über die Bretter geht und viel belacht wird. Sie ist verfasst von Benno Jacobson und die Komponisten Hellmesberger und Paul Linde haben dazu eine melodische Musik geschrieben. Handlung ist nicht viel in diesem neuesten Opus, das der Verfasser teils aus dem Französischen herübergenommen, teils mit eigenen Einfällen verbrämt hat; allein es gibt doch Gelegenheit, eine Kostümpracht zu entfalten, wie es sich die Direktion des Apollo-Theaters nur immer wünschen kann. Die Entfaltung der prächtigen Ausstattung bot das dritte Bild, das einen weiblichen Gerichtshof darstellte, vor welchem die Mode auf der Anklagebank saß. Als Zeugen erschienen da: die Japone, das Korsett, die Strumpfbänder, Alt-Berlin und der Hut. Auch an einigen häßlichen Schlagern und Couplets fehlte es nicht, und beim Verlassen des Vorhalls trommelte und piff mancher vor sich hin: „Machen wir mal 'ne Wummelfahrt, — Hübschen wir mal 'nen Taler!“

Radrennen zu Treptow, 24. März. Bei günstigem Wetter konnten nunmehr die am Sonntag vorher des Regens wegen unterbrochenen Rennen zu Ende geführt werden. Den Saison-eröffnungspreis über 1200 Meter (40, 35, 15 M.) gewann der Treptower Stabe ganz knapp gegen die bekannten Fahrer Bruno Wegener und S. Kudela; letzterer hatte sich, in dem Sechsersehe an letzter Stelle liegend, den Weg verlegen lassen und konnte erst ganz zuletzt in den Kampf eingreifen, so daß er nur noch den dritten Platz zu belegen vermochte. Das Eröffnungsg-Dandikap über 1800 Meter (40, 25, 15, 10 M.) wurde in drei Vorkäufen von 41 Fahrern bestritten; Kudela und Wegener, die wohl in den Endlauf kamen, konnten sich in diesem nicht platzieren, denn sie vermochten die hohen Vorgaben nicht aufzuholen, mit denen die weniger guten Fahrer bedacht waren. Die vier Ersten waren Ruh (70 Meter Vorgabe) vor Hoffmann (60), Koltitz (110) und Bierd (130). Vor und nach den Siegerrennen trainierten die Treptower Dauerfahrer, wie Stellbrin, Brzeczembel, Th. Suden, Wierall und andere hinter Motoren.

Auf die Berufung des Pflanzler erkannt das Oberlandesgericht Breslau auf Abweisung der Klage. Auch das Oberlandesgericht sieht die Klage nach § 826 B. G. O. als unbegründet an und hält betreffs des § 618 B. G. O. den Rechtsweg nicht für zulässig.

Auf die Revision des Klägers wurde dieses Urteil vom 4. Zivilsenat des Reichsgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen.

Somit ist durch das höchste deutsche Gericht festgestellt, daß der Königlich preussische Justizminister

1. die ihm oder den für den Zustand des Gefangnisses verantwortlichen Staatsanwaltsbeamten obliegende Pflicht, das Leben und die Gesundheit seiner Beamten nicht durch Fahrlässigkeit zu gefährden, aufs gründlichste verletzt hat,

2. die Frage, ob er für die Folgen dieser groben Pflichtverletzung zivilrechtlich verantwortlich ist, verneint und durch vorläufig drei Instanzen getrieben hat,

3. sich auch dagegen gewehrt hat, daß ein Beamter es wagen darf, das ordentliche Gerichtsverfahren zur Geltendmachung seines Rechtes einzuschlagen, vielmehr

4. verlangt hat, darüber, ob Einrichtungen der preussischen Justiz in einem Leben und Gesundheit von Beamten gefährdenden Zustand rüftig sind — die Justizbehörde selbst befinden soll.

Diese Dokumente antisozialen und gerechtigkeitsfeindlichen Wirkens dürfte einer Behörde, deren Beruf sein soll, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, nicht gerade zum Ruhme gereichen. Nach diesen Feststellungen des Reichsgerichts dürfte auch eine strafrechtliche Anklage gegen den hoch bezahlten Beamten angezeigt sein, der die verrosteten Einrichtungen der Justiz verschuldet hat. Eine solche Anklage ist unseres Wissens noch nicht erhoben — wie schnell ist aber der Anklageapparat im Gange, wenn es sich um durch Unterbefolgung oder Ueberanforderung herbeigeführte Fahrlässigkeiten niedriger Post- und Eisenbahnbeamten handelt. Justiz und Gerechtigkeit ist freilich nicht dasselbe.

Kommunales.

Berliner Stadtfreiwirtschaft — „soziale Fürsorge“?

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung, die wieder eine außerordentliche war, wurde die Beratung des Stadthaushaltsetats fortgesetzt und um ein tüchtiges Stück gefördert. Wieder brachte die sozialdemokratische Fraktion mancherlei Anregungen vor. Die freisinnige Mehrheit der Versammlung hätte Gelegenheit gehabt, ihre vielgepriesene „soziale Fürsorge“ zu betätigen, wenn sie darauf eingegangen wäre. Aber sie wollte nicht!

Die Sitzung begann mit der Abstimmung über den Antrag unserer Genossen, der zum soundsobiellen Male die allgemeine Unentgeltlichkeit der Desinfektion forderte: er wurde zum soundsobiellen Male abgelehnt. Beschlossen wurde die Unentgeltlichkeit der Desinfektion bei Entkommen bis zu 3000 M. Aber selbst dieser Antrag, dessen Ausführung an dem bisher bestandenen Zustand praktisch nicht viel ändern wird, wurde mit knapper Mehrheit gefaßt. Für ihn stimmte natürlich vor allem die sozialdemokratische Fraktion, nachdem ihr weiter gehender Antrag keine Mehrheit erlangt hatte.

Der Rest des Kapitels „Gesundheitswesen“ wurde erledigt, das Kapitel „Unterrichtswesen“ wurde ungewöhnlich rasch und ohne viele Debatten abgetan, dann schritt die Versammlung zur Beratung des Kapitels „Armenwesen“. Hier beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Einsetzung von 150 000 M. für Entsendung in Heilstätten, Erholungsstätten usw. Auch die Armendirektion hatte schon diese Summe gefordert, aber der Magistrat war anderer Meinung gewesen und hatte sie in seinem Etatentwurf gestrichen. Unser Genosse Hinz beleuchtete die Sorte „sozialer Fürsorge“, die von der Stadt Berlin in ihrem Armenwesen betätigt wird, an einigen sehr drastischen Proben. Die Gleichgültigkeit, die der Magistrat in dieser Frage vorübergehender Gesundheitspflege behandelt, wurde von Hinz als grobe Pflichtverletzung gekennzeichnet. Der Stadtkämmerer Herr Steiniger meinte, die Gemeinde sei zu nichts verpflichtet, aber die Sache solle „nach Möglichkeit gefördert“ werden. „Aber sie darf nichts kosten!“ ergänzte ein sozialdemokratischer Zwischenrufer. Eine sehr merkwürdige Rolle spielte diesmal Stadtrat Münsterberg, der dem Kämmerer beisprang. Genosse Hinz mußte Herrn Münsterberg vorhalten, daß er hier vor der Stadtverordnetenversammlung ganz anders gesprochen habe als in der Armendirektion. Münsterbergs Neußerungen über die Zwecklosigkeit der Heilstättenfolge wurden auch von unserem Genossen Weyl zurückgewiesen. Herr Münsterberg trat den Rückzug an, indem er versicherte, seine Tätigkeit auf dem Gebiet sozialer Fürsorge gebe ihm doch wohl ein Recht, sich zu den „sozialverständigen“ Menschen zu rechnen. Die freisinnige Mehrheit der Versammlung zeigte schließlich, daß sie gleich dem Magistrat diesen Anspruch nicht erhebt: sie lehnte nämlich den Antrag unserer Genossen ab.

Wie in den Sickenhäusern „soziale Fürsorge“ geübt wird, das zeigte Genosse Schulz in einer Kritik der ärztlichen Versorgung, die in der Anstalt an der Pröbelsstraße und mehr noch in derjenigen an der Wallfadenstraße als durchaus mangelhaft bezeichnet werden muß. Auch den häufigen Wechsel des Pflegerpersonals beleuchtete der sozialdemokratische Redner, und er erklärte ihm ebenso wie die Unbeständigkeit der Assistenzärzte aus der Unzulänglichkeit der Entlohnung. Den Schaden davon haben natürlich die Sicken. Schulz hob das ausdrücklich hervor, aber am Magistratsstisch blieb alles stumm.

Beim Etat des Obdaas besprach Genosse Hoffmann das eigenartige Verfahren, das in dieser Anstalt neuerdings angewendet worden ist, um Arbeitslose mir nichts dir nichts in Arbeitschene zu verwandeln. Hoffmann zeigte auch, welche Rolle dabei der Herr Pastor v. Bodelschwing spielt, den die Stadtgemeinde so sehr protegiert. Stadtrat Fischbed mußte die Mißbräuche, die da vorgekommen sind, zugeben. Aber auf den Pastor und sein „Gossungstal“ wollte er im übrigen nichts kommen lassen. Der Unfug, Obdaasinsassen unter Hinweis auf das Arbeitshaus als Streikbrecher werden zu wollen, wurde von Herrn Fischbed verteidigt! Das ist auch so ein Stück „sozialer Fürsorge“ — für die Unternehmer.

Die Parkverwaltung konnte natürlich in diesem Reigen nicht fehlen — sie, die den traurigen Ruhm hat, die elegendsten Löhne zu zahlen. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der für die Arbeiter dieser Verwaltung höhere Löhne forderte, wurde von unserem Genossen Hinz begründet. Ihm erwiderte der „Arbeiterfreund“ Bürgermeister Reiche dreist, die sozialdemokratischen Mitglieder der Parkdeputation hätten sich ja mit den gegenwärtigen Löhnen „einverstanden“ erklärt. Genosse Schulz gab ihm die gebührende Antwort. Als er sich dabei auch den Gartendirektor Mächtig vornahm und ihn allzu unsanft behandelte, ertotete er einen Ordnungsruf. Das Ergebnis der Debatte war — Ablehnung. So stellt der Berliner Stadtfreiwirtschaft sich zu der Pflicht der „sozialen Fürsorge“, die er so gern im Munde führt!

Haus der Frauenbewegung.

Berein der Hausangestellten. In der letzten bei Bühlle, Dennewitzstraße, stattgefundenen Versammlung sprach Genosse Reibin über: „Rechte und Pflichten der Diensthilfen“.

Er wies darauf hin, wie glänzend sich die freien Gewerkschaften entwickelt haben und wie der Gedanke der Organisation unter den gewerblichen und industriellen Arbeitern und Arbeiterinnen immer weiter um sich greift. Durch Lohnbewegungen haben sich diese ganz bedeutende Vorteile in bezug auf Arbeitszeit und Lohn errungen. Ganz anders bei den Hausangestellten, oder wie man sie so schön nennt „Gesinde“. Für diese gelte noch immer die aus dem Jahre 1810 kommende Gesindeordnung, dieses Konstrukt eines Gesetzes. Auch hätten die Mädchen heute noch unter dem sogenannten patriarchalischen Verhältnis zu leiden. Von letzterem habe nur die Herrschaft den Vorteil, während den Angestellten dadurch nur eine unbeschränkte Arbeitszeit entstehe. Redner, der selbst früher als Landarbeiter zu dem Gesinde gehört habe, schildert dann die schlechte wirtschaftliche Lage, in der sich viele Herrschaften befinden, die, um den Schein nach außen zu wahren, unbedingt glauben, ein Mädchen halten zu müssen. Entlohnen können sie das Mädchen natürlich nicht und auch ihrer Verpflichtung, Kost und Logis zu gewähren, kämen sie nur äußerst mangelhaft nach. Ein Fall aus seinem eigenen Leben lobte sich tatsächlich besonders hervorzuheben: Auf einem hohen Bauerngute fragte die Tochter die Bäuerin: „Sind denn die Leute auch Menschen?“ worauf die Antwort erfolgte: „Ja, aber nicht so gute!“

Redner schildert dann die Pflichten, die dem Gesinde aus der Gesindeordnung entstehen und weist darauf hin, daß noch heute die Unfall- und Krankenversicherung nicht auf die Diensthilfen ausgedehnt sei. Durch alle diese Umstände haben sich begreiflicherweise immer weniger Personen diesem Berufe gewidmet, so daß heute die sogenannte Diensthilfennot entstanden sei. Die Mädchen haben eingesehen, daß sie zur Verbesserung ihrer Lage zunächst nichts von der Gesetzgebung zu erwarten haben und haben daher begonnen, sich zu organisieren. Die Konjunktur sei heute für sie günstig und wenn sie es ernstlich wollten, könnten sie heute etwas durch die Organisation erreichen.

Besonders wies Redner noch auf den vom Genossen Stadthagen im Auftrage des Berliner Vereins der Hausangestellten ausgeübten Arbeitsvertrag hin und empfahl den Mädchen, diesen möglichst bei Auffuchen neuer Stellen als Unterlage.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Röpenitz. Mittwoch, den 27. März bei Roll: Vortrag.
Teltow. Die Versammlung am Donnerstag, den 28. März fällt aus.
Rückständige Versammlung am 29. April.
Wilhelmsruh. Donnerstag, den 28. März, fällt die Versammlung aus.

Versammlungen.

Von der Ersten Berliner Wäschmanufaktur für Hotels und Restaurants Franz Wagner erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Nummer 70 Ihrer Zeitung vom 23. d. Mts. berichteten Sie, daß der Referent in der Versammlung der Arbeiterinnen der Dampf-Waschanstalten und Plättereien am Mittwoch, den 20. März, unter anderem ausführte: „Eine andere Firma, Wagner, sucht die Arbeiterinnen dadurch dem Verbands abspenstig zu machen, daß sie ihnen Gratifikationen verspricht, die nach einjähriger Beschäftigung 20 Mark betragen und jedes weitere Jahr um 10 Mark steigen sollen. Der Arbeitgeber wird wohl selten in die Lage kommen, die verheißene Gratifikation zu zahlen, denn in den allermeisten Fällen hält eine Arbeiterin nicht ein Jahr an einer Arbeitsstelle aus.“

Zum Zwecke einer gerechten Beurteilung der Sachlage bitte ich Sie ergebnis, die Ausführungen des Herrn Referenten dahin zu berichtigen, daß ich bei der Verheißung der Prämie lediglich von dem Bestreben geleitet wurde, meinen pflichtstreuen Arbeiterinnen neben ihrem Lohn eine besondere Zuwendung zu machen und daß daher die mir unterlegte Absicht, sie damit dem Verbands abspenstig zu machen, schon deswegen hinfällig ist, als ich der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung meiner Arbeiter prinzipiell nichts in den Weg lege. Auch die weiteren Ausführungen des Herrn Referenten sind hinfällig, da bereits am Osterfestabend an 57 Arbeiterinnen die erste Prämie in Form von Sparfassenbüchern über je 20 M. zur Verteilung gelangt.

Indem ich Sie nach dem alten Rechtsfah: „audiatur et altera pars“ um gefällige Aufnahme auch meiner Ausführungen bitte, empfehle ich mich Ihnen

hochachtungsvoll
Erste Berliner Wäschmanufaktur
Franz Wagner.

Herr Franz Wagner hat diesem Schreiben eine Liste mit den Namen und Adressen von 57 Arbeiterinnen beigelegt, die nach seiner Angabe die Prämie bezogen haben. Uns letztere natürlich bei Aufnahme des Berichtes das Bestreben, über die Vorläufigkeit in der Versammlung objektiv Bericht zu erstatten.

Schöneberg. Der Arbeiter-Turnverein beginnt morgen Mittwoch mit seinen Turnabenden im großen Saale des Turngenossen Obst. Turnfreunde willkommen.

Vermischtes.

Schiffszusammenstoß. Die beiden Dampfer „Prinzessin Henriette“ mit 20 Passagieren an Bord, von Ostende kommend, und „Lord Barden“ mit 41 Passagieren, von Calais kommend, hatten gestern morgen bei der Einfahrt in den Dohr Hafen einen Zusammenstoß. Dem „Lord Barden“ wurden zwei Boote zertrümmert sowie mehrere Platten und ein Teil des Decks eingedrückt. Die „Prinzessin Henriette“ wurde am Bug beschädigt und erlitt einen Bruch in der Steuerung. Der „Lord Barden“ ging ins Dock, die „Prinzessin Henriette“ fuhr fortplanmäßig nach Ostende zurück. Der Zusammenstoß hatte an Bord der Schiffe einige Aufregung hervorgerufen; Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen.

Verkehrseinstellung wegen Eisgangs. Entlich wird aus Bromberg gemeldet: Rajan-Uralster Bahn hat Güterverkehr auf Station Rajan-Pla-Pristan vom 20. März ab wegen Eisgangs eingestellt.

Eine Feuersbrunst zerstörte, wie aus Chambery gemeldet wird, 21 Gebäude in der Ortschaft Planay. Ein 17jähriges Mädchen kam in den Flammen um.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 25. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Von der Hand in den Mund. — Die Zukunft der Parteien in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Jakob Blumen (Chicago). — Soziologische Ethik. — Eine Entgegnung. Von Ludwig Duesel. — Die Produktionsverhältnisse der Petrolindustrie in Desterreich. Von Gus Rulmann (Berlin). — Böhmische über die Schule der Zukunft. Von Oda Olberg (Wien). — Die Hamburger Bürgerkassendebatten und das neue Wahlgesetz. Von Emil Hilger. — Literarische Rundschau: Die Gesellschaft, Band 1, 3, 4, herausgegeben von Martin Huber. — Roberte Heijnsen, herausgegeben von Dr. Hans Landsberg. Von r. h. G. v. Rant. Die Bevölkerung Britisch Indiens nach dem Jensus von 1901. Von ad. br. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probeummern stehen jedermann zur Verfügung.

Vom Süddeutschen Postillon erschien die Nummer, deren Text eine Osterbäume „Auserkennung“ von Ernst Klar einleitet. Nicht wagtige Glossen sagen, was in der Welt vorgeht. Jedem deutschen Reich einleitend ist die Neue Nationalbühne. — Im Zeichen der Währung. — Legitimität (Gedicht). — Paris, Gedicht von J. D. — Verward, der Schie, politische Schandherbsteln. — Von der Duma (Gedicht). — Lieber Postillon, ein Brief von Karl Probst. — Ministerpräsident Bosha (Gedicht). — Er, Gedicht von V. G. — Ein künftiges Bild ist das erste: Ein guter Herr. — Das ebenfalls farbige Mittelbild prophezeit der Kaiser O. Sternberg: „Der kommenden Generation“ keinen goldenen Boden. — Das Schlussbild feiert den neuesten Stern am deutschen Diplomatenshimmel Dernburg, ausgehauen für die Hamburger Siegesallee.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag, 16. März, 4. u. 6. Uhr (Handelstraße 106, gegenüber dem Postamt, 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Frage ist ein Buchstabe und eine Anzahl der Zeitschriften beizugeben. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

Z. G. G. In solchen Angelegenheiten können wir keine Auskunft erteilen.

Z. M. J. Leider kostet die Herrschaft für die Krankenkosten in Ihrem Falle nicht, weil die Aufsichtsrat nur am Tage zu tun hat und nicht in die Hausgenossenschaft aufgenommen ist. — **D. W. 25.** Sie können den Antrag unter Mitteilung, was denn die Fragen betrafen sollen, wiederholen, ausgeben können Sie auch im Termin denselben Antrag im Laufe der Verhandlungen. Der Termin wird abgehalten, wenn Sie keine Abbestellung erhalten. — **A. 16.** Rein, der Gerichtsbescheid war im Recht. — **Streitfrage 84.** 1. Der Brief geht vor. 2. Wenn plausibler Sachverhalt angenommen werden, würde strafbarer Eigenmut vorliegen. — **P. D. 1.** In einem neuen Antrag könnte darauf hingewiesen werden, daß ein Verwahrungsvertrag vorliegt, dieselbe hätte das erneute Gesuch Erfolg. Event. wäre dann Scherme einzulegen. 2. Konfessionspflicht ist vorhanden. — **H. B. 181.** Der Brief allein würde nicht als Beweis gelten. Lassen Sie sich die näheren Daten geben und fragen Sie dann auf Gleichbehandlung. Zunächst müßten Sie einen Schlichtertermin beantragen, dann ist die Klage durch einen Anwalt beim Landgericht einzulegen. Erwirken Sie zur Anstellung der Klage das Armenrecht. Das Armenrecht hat auf die Ausübung der politischen Rechte keinen Einfluß. — **A. C. 100.** Wir haben wiederholt ausführlich dargelegt, daß nach dem neuen Steuerrecht eine solche Verpflichtung des Arbeitgebers besteht, sofern Kaufmann über das Einkommen eines bestimmten Arbeiters geordnet wird. Hingegen ist der Arbeitgeber nach unserer Ansicht zur Aufstellung einer Lohnliste nicht verpflichtet.

Witterungsübersicht vom 25. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Schwabmünde	768	SB	2 wolkig	1	4,5/41	Napranba	765	SB	2 wolkig	-1	
Darmstadt	771	SB	3 bedeckt	1	4,5/41	Petersburg	765	SB	1 bedeckt	-10	
Berlin	771	SB	1 bedeckt	2	4,5/41	Seibitz	773	SO	1 bedeckt	7	
Frankfurt a. M.	772	SO	1 halb hb.	-1	4,5/41	Aberden	770	SB	1 bedeckt	8	
München	774	SB	2 heiter	-2	4,5/41	Rast	773	NO	1 wolkig	-2	
Wien	771	SB	3 wolkig	2	4,5/41						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. März 1907. Zeitweise heiter, nachts kalt, am Tage ziemlich mild bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Sonntag, den 31. März 1907 (1. Oster-Feiertag):
Drei große Matineen
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a,
Boeker, Weberstr. 17, Elysium, Landsberger Allee 40a.
Auftreten der Gesellschaft „Strzelewicz“,
Gesangverein „Norddeutsche Schleife“ und Gesangverein „Liedesfreiheit“.
Konzert unter Leitung hervorragender Kapellmeister.
Eröffnung 11 Uhr. Billet 30 Pf. Anfang 12 Uhr.
Wir bitten die Mitglieder und deren Angehörige, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen, da offene Kasse nicht stattfindet. (240/10*)
Das Komitee.

J. Baer
Badstr. 28, Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung.
Elegante Einsegnungs-
anzüge. Großes Lager
in- und ausländischer
Stoffe zur Anfertigung
nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Frühjahrs-
Anzüge u. Paletots.
Robert Bohn
BERLIN, N., Invalidenstr. 135.
Großes Lager fertiger
Herren- u. Knaben-
Garderoben.
Maßanfertigung
I. Etage.

Polologlow - Zigaretten
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Kratz Husten- und Schnupfen-Heil
Gegen Husten, Keuchhusten, Schlemhner, Katarhiden, Schnupfen, Reizung der Schleimhäute, Influenza, Nasenpolypen, Nasenröte etc.
Kein giftig verbotenes Geheimmittel.
sondern als heilbringende Stoffe der Volksheilkunde laut allerl. Verordnung und Entscheidung hoher Gerichte dem freien Verkehr übergeben.
1 Fl. = 50 Pf.
Fritz Kratz, Reinkendorferstr. 118, zwischen Bahnhof Wedding u. Reinkend., Wexlau, II 2831.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Sein Stadtvorordnetenmandat niedergelegt wegen Verzuges nach Berlin hat Genosse Pasche. Er war im 5. Bezirk der dritten Klasse gewählt, sein Mandat lief noch bis Ende 1909. Der 5. Bezirk wird also in nächster Zeit eine Neuwahl vorzunehmen haben. Die Gegner hoffen, uns diesen Bezirk zu entreißen, sie rüsten sich bereits jetzt zum Kampfe. Sorgen wir dafür, daß ihre Hoffnungen zu schanden werden.

Erhöhung der Hundesteuer. Durch die neue Hundesteuerordnung, um deren Genehmigung der Magistrat die Stadtvorordneten ersucht, soll die Steuer für jeden Hund von 20 auf 30 M., die für jeden zweiten und folgenden sogar auf 40 M. erhöht werden. Der Magistrat begründet seinen Antrag damit, daß die Vermehrung der Zahl der Hunde in Verbindung mit der Erweiterung des bebauten Stadtgebietes der Stadt erhebliche Kosten für Straßenreinigung und Unterhaltung der gärtnerischen Anlagen verursacht. Er gibt sich der Erwartung hin, daß durch die Erhöhung der Steuer die Zahl der Hunde sich vermindern wird. Einige weitere Änderungen der Hundesteuerordnung sollen teilweise der neueren Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Rechnung tragen, teilweise Lücken in der geltenden Steuerordnung ausfüllen und Unklarheiten beseitigen.

Zur Dreiteilung des Mülls in Charlottenburg. Der Magistrat von Charlottenburg macht bekannt: Am 1. April geht die gesamte Charlottenburger Müllabfuhr laut Ortsstatut vom 2. Juni 1906 in städtische Regie über und wird durch einen städtischen Unternehmer unter Aufsicht des Magistrats besorgt werden. Damit werden dann alle Vereinbarungen hinsichtlich, die früher mit anderen privaten Abfuhrunternehmern getroffen waren und etwa noch bestehen. Die Hausbesitzer haben sich zum 1. April ab in Sachen Müllabfuhr direkt an den Magistrat (Stelle XIV) zu wenden. Bekanntlich wird für die Müllabfuhr und Beseitigung des Dreiteilungssystems eingeführt, da es unter den heutigen großstädtischen Verhältnissen am meisten allen Anforderungen der Ordnung, Feuerficherheit, Sauberkeit und Gesundheit entspricht. Eine zu diesem Zwecke erlassene Polizeiverordnung schreibt daher vor, daß die Haus- und Wirtschaftsmüll nach den drei Gruppen: 1. Knochen und Knochenreste, 2. Küchenabfälle (Gemüse- und Fleischreste, Knochen, Obst- und Kartoffelschalen, Fisch- und Geflügelabfälle, Tierhäute, altes Brot usw.), 3. alle sonstigen Abfälle, wie: Papier, Scheiben, Lumpen, Konserveabfälle, Stroh, Holz, Blumenreste, ferner altes Eisen, alte Hüte, Kleidungs- und Stoffreste usw. in den Haushaltungen gesammelt und auf dem Hofe in die verschiedenen Behälter, die mit entsprechender Aufschrift versehen sind, geschüttet werden. Solche Behälter läßt der Magistrat in genügender Anzahl aufstellen und je nach Bedarf, mindestens aber dreimal wöchentlich, abholen. Für die einzelnen Müllsorten sind besondere Behälter weder vorgeschrieben noch erforderlich, vielmehr bleibt es dem praktischen Sinn der Hausfrauen überlassen, wie sie die Trennung in der Küche durchzuführen. Hierzu genügen die einfachsten Mittel, andererseits fehlt es auch nicht an geeigneten Apparaten, die in allen Küchenmagazinen zu kaufen sind.

Der Magistrat erwartet, daß diese Neuordnung, die sich bereits in manchen anderen Städten bestens bewährt hat, endlich gesunde Zustände auch auf diesem Gebiete der Städtereinigung herbeiführen wird. Deshalb hofft er, daß die Charlottenburger Bürgerchaft seine zu Gunsten des allgemeinen Wohls erlassenen Bestimmungen willig und tatkräftig unterstützen wird.

Friedenan.

Ein Brandunglück, bei dem zwei Kinder im zartesten Alter ihren Tod fanden, hat sich am Sonntag vormittag im Hause Ringstr. 25 ereignet. Im dritten Stock des Vorderhauses hat der Antiker Karl Henkel mit Frau und zwei Kindern im Alter von fünf Monaten und 1 1/2 Jahre eine kleine Wohnung inne. Als gestern früh der Vater seiner Beschäftigung nachging, entfernte sich kurz darauf auch die Mutter und ließ die Kleinen unbeaufsichtigt in der Wohnstube zurück. Nach einiger Zeit machte sich im Hause ein starker Brandgeruch bemerkbar. Es stellte sich heraus, daß aus dem Boden dieser Qualm drang und als die freiwillige Feuerwehr eintraf, brannte schon ein Teil des Dachstuhles. Die Sappeure drangen zunächst in den Boden und suchten die Flammen zu ersticken. Bei den Ablösungsarbeiten zeigte sich aber, daß der eigentliche Brandherd nicht auf dem Boden, sondern in der darunterliegenden Wohnung des Antikers Henkel lag. Beim Abjucken der Räumlichkeiten fanden die Beherrscher das fünf Monate alte Töchterchen und den 1 1/2 Jahre alten Sohn des Antikers bewußlos vor. Man brachte die Kinder sofort ins Freie und behandelte sie mit Sauerstoff; leider vergebens. Beide hatten den Erstlingsstod erlitten.

Friedrichsfelde.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung hatte eine äußerst umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Für die Nachwuchsbeamten, welche an Stelle der jehigen Nachwachstretlen sollen, war feinerzeit beschlossen worden, ein Anfangsgehalt von 1200 M., steigend in 18 Jahren bis 1740 M., zu geben. Von unseren Genossen wurde gleich damals darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, dafür junge, gesunde Leute zu bekommen, zumal dieselben noch Militäranwärter sein sollen. Wie richtig diese Auffassung war, zeigt jetzt das Resultat der Ausföhrung. Von der geringen Anzahl Bewerber war nur ein einziger tauglich, so daß noch 5 Stellen unbesetzt sind. Der Gemeindevorstand schlug nun vor, ein Anfangsgehalt von 1400 M., steigend in 18 Jahren bis 1940 M., zu bewilligen. Genosse Binsler meinte, daß der Nachpolizeidienst schwerer sei als der Tagespolizeidienst, demnach also auch mindestens ebenso hoch bezahlt werden müsse. Die Majorität entschied sich für den Vorschlag des Gemeindevorstandes. Dem jehigen Polizeiwachmeister Schwanz wurde seine frühere Dienstzeit in der Guts-Gemeinde (8 Jahre) als pensionsberechtigend zugestimmt. Die gleichfalls beantragte Anrechnung auf das Gehalt mußte wegefallen, weil der Beamte das Höchstgehalt schon 2 Jahre bekommt. Die von drei bei den Kanalisationsbauten beschäftigten Personen nachgesuchte Gewährung einer Teuerungszulage von 150 M. wurde abgelehnt. Dabei betonte Genosse Binsler, daß die Angestellten im Kanalisationsbau nicht der Kontrolle der Gemeindevertretung unterstünden; die Entlohnung geschähe aus dem Kanalisationsbaufonds, woraus diesen Beamten während ihrer noch nicht einjährigen Tätigkeit Gehaltsaufbesserungen von 150 auf 180 M. monatlich gewährt sein sollten. Dies wurde vom Gemeindevorstandesmeister Schulz zugestimmt. Die in letzter Sitzung beschlossene Erhöhung der Alterszulage der Lehrer von 200 auf 250 M. will der Landrat erst der Regierung vorlegen, wenn sich die Gemeinde zur Tragung der höheren Kostenbeiträge für das laufende Etatsjahr bereit erklärt. Da eine Klärung über die Höhe der fraglichen Summe nicht herbeigeföhrt wurde, mußte die Sache vertagt werden. Der Rektor der hiesigen Schule, Herr Niisch, hatte gegen die Erhöhung der Lehrergehälter usw. bei der Regierung Protest eingelegt, weil sein Wohnungsgeld auf 600 M. stehen geblieben und nur das Grundgehalt um 30 M. sowie die Alterszulage um 50 M. erhöht worden ist. Er verlangt 750 M. Wohnungsgeld, anderenfalls bittet er die Regierung, die Genehmigung zur Gehaltsverbesserung zu verweigern. Unsere Genossen meinten, die beste Antwort auf einen derartigen, wohl einzig dastehenden Fall sei eine glatte Ablehnung. Es fand sich aber eine Majorität, die die Mietsentschädigung von 600 auf 700 M. erhöhte. Die Lehrer sollen über die Fürsorge ihres Vorgesetzten sehr erfreut sein. Ein Antrag, der neuen Terraingesellschaft in Mariendorf, den größten Teil ihrer Straßen anstatt mit Reihenhäusern, mit Kleinreihenhäusern zu bebauen, wurde einstimmig abgelehnt; ebenso der Antrag der Heimstätten-Gesellschaft wegen teilweiser Anlage einer neuen Straße. Zur Pflasterung der Straßen

auf dem Nigerschen Terrain wurde die Genehmigung erteilt. Außerdem fanden noch einige kleinere Vorlagen Annahme.

Johannisdahl.

Die Gemeindevertretung lehnte die Wiederwahl des bisherigen Gemeindevorstandes Rober mit 7 gegen 5 Stimmen ab. Damit ist die in letzter Zeit in der Gemeinde vorherrschende Aufregung zum Teil beseitigt. Die eifrige Agitation für die Wiederwahl des Gemeindevorstandes hat wenig genutzt; unsere Genossen setzten ihm genau so den Stuhl vor die Thür, wie dieser es vor einigen Jahren mit unserem Genossen Mann getan. Bekanntlich wurde Mann damals, als er mit dem Gemeindevorstand über die Qualität der 3. Wählerklasse in Streit geraten war, auf Betreiben des letzteren gewaltsam aus dem Sitzungssaale entfernt. In der dann folgenden Verleumdungsgeschichte wurde Mann noch zu 30 M. Strafe verurteilt. Die Motive, die jedoch unsere Genossen bestimmten, gegen die Wiederwahl des Gemeindevorstandes zu stimmen, sind hauptsächlich in dessen selbstherrlichem Wesen zu suchen. Außerdem wurde in den letzten beiden Sitzungen die Beratung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1907 erledigt. Der Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 218 000 M. Die Gemeindevorstandesrechnung ist, wie im Vorjahre, mit 170 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer festgesetzt. An Grund- und Gebäudesteuer werden 320 Proz. erhoben.

Die Einnahmen legen sich aus folgenden Positionen zusammen: Kapital- und Grundvermögensverwaltung 6514 M., Gemeindevorstandeseinkommensteuer 39 100 M., Grund- und Gewerbesteuer 29 700 M., Gewerbesteuer 1050 M., indirekte Steuern 10 100 M.; aus der Schulverwaltung 11 055 M.; für die Kanalisationsanlage sollen an einmaligen Beiträgen der Grundbesitzer 100 000 M., an laufenden Kanalisationsgebühren der Hausbesitzer 9000 Mark vereinnahmt werden.

Die Ausgabe der Gemeindeverwaltung stellt sich an Gehältern und Mietsentschädigung der Beamten auf 16 020 M., die Ausgaben der sächsischen Verwaltung auf 3190 M. Die Ausgaben für die Schule betragen an Gehältern für 11 Lehrer und 3 Lehrerinnen zusammen 26 550 M., die übrigen Ausgaben 8076 M. Die Verzinsung der Gemeindeforderungen erfordert eine Summe von 20 903 M.

Unsere Genossen gelang es bei verschiedenen Positionen, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. So wurde auf ihren Antrag der beim Gemeindebau verbrauchte Turnhallenbaufonds von 9000 M. wieder auf 12 000 M. erhöht. Die Anstellung eines neuen Sekretärs wurde abgelehnt, ebenso die seitens der Schullehrer beantragte Erhöhung der Mietsentschädigung für verheiratete Schullehrer von 475 auf 575 M. Angenommen wurden die Anträge unserer Genossen für den Anbau eines Unterrichts für Schulkinder (Wesuch des Zoologischen Gartens und Aquariums) 200 M. auszuwerfen. Für den Besuch der Badeanstalt und Pflege des Eisports durch Anlage einer Eisbahn sind 300 M. bewilligt. Desgleichen 200 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln für unbemittelte Kinder.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertretung teilte der Gemeindevorstand mit, daß das Ortsstatut betr. Anstellung eines besoldeten Schöffen vom Minister des Innern genehmigt und der Gemeindevorstandesmeister Schulz vom 1. April ab als Schöffe bestätigt worden sei. Die Sitzungstage finden jeht Dienstags statt und zwar alle 14 Tage. Zum Punkt Erweiterung des Friedhofes in der Buchholzerstraße wurde beschlossen, den nebenanliegenden Lebnungsplatz der Feuerwehr hinzuzunehmen; die Erlaubnis hierzu soll beim Landrat eingeholt werden. Die Schulkommission hatte sich mit einer Petition der Lehrer um Gewährung einer Teuerungszulage zu beschäftigen. Sie befürwortete das Gesuch, doch sollten diejenigen Lehrer, welche ein Gehalt von über 3000 M. beziehen, keine Teuerungszulage erhalten. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, den verheirateten Lehrern eine Teuerungszulage von 100 M., den unverheirateten 75 M., den Lehrerinnen 75 M., dem Lehrer Hedde 150 M. und der Lehrerin Bergmann 100 M. zu gewähren. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

Gerichts-Zeitung.

Verhaftungsfreiheiten.

Die Erweiterung auf gröbliche Angriffe gegen den Metallarbeiterverband und ein unpassender derber Scherz hat den Schlossern Max Gärtler, Alfred Schulz und Hugo Kubon eine Anklage wegen Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche und Verleumdung zugezogen, die gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Die Angeklagten arbeiteten in der Werkstatt der Elektrizitätswerke in der Duttensstraße. Sie gehören dem Metallarbeiterverbande an. Dort arbeiteten auch die Brüder Kellers, die dem Verbands nicht angehören. Diese sind nach der Darstellung der Angeklagten wiederholt in höchst unzulässiger Weise vorgegangen. Ueber den Metallarbeiterverband sprachen sie als von einem „Hallenverband“ bei dem „die Kaffierer durchgingen“ u. a. m. Derartig gröbliche Verleumdungen tiefen auf der anderen Seite Abwehrtworte, Verleumdungen und Spottereien hervor. Eines Tages führten die Angeklagten in dem Waschkraum einen derben Ill auf, in dem die Brüder Kellers (Katholiken) eine Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche erblickten. Es wurde deshalb und weil sie selbst beleidigt seien, Strafantrag gestellt. Obwohl der Waschkraum einer Fabrik schwerlich als öffentlicher Ort erachtet werden kann und den Angeklagten wohl die Absicht und das Bewußtsein einer Beschimpfung von Einrichtungen der Kirche durch ihre derben Scherze gefehlt, verurteilte das Gericht Gärtler und Schulz zu je vierzehn Tagen Gefängnis und 20 M. Geldstrafe Kubon zu 3 Wochen Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe.

Es ist erklärlich, wenn etwa durch die Spottereien und Verleumdungen der Gebrüder Kellers gereizt die Angeklagten Gleiches mit Gleichem vergalten. Wenn sie hierbei auch religiösen Empfindungen der beiden entgegenstehen, so ist das bedauerlich. Aber hatten die Gebrüder Kellers eine so große Empfindlichkeit für ihren gegenüber gebrauchte Wendungen, daß sie sofort zum Abkliefen, so dürfte ein objektiv Denker in diesem Verfahren der Gebrüder Kellers nicht gerade eine Verletzung des doch wohl auch katholischen Gebots: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ erblicken.

Schutz gegen Schuylente.

Wie notwendig ein reichgefehrlicher Schutz gegenüber Handlungen von Schuylenten ist, zeigt folgender am Donnerstag vor dem Reichsgericht verhandelter Fall.

Anlässlich des tätlichen Einschreitens von zwei Schuylenten hatte sich das Reichsgericht über die interessante Frage auszusprechen, ob sich Schuylente das Ueberschreiten ihrer Amtsgewalt zuschulden kommen lassen, wenn sie bei einem Menschenauflauf eine Frau, die nicht weiter gehen will, mit Stöhen und Pöffen zur Wache zu bringen versuchen. Ein Menschenauflauf war in den Mittagsstunden des 4. Oktober 1905 gegenüber dem Restaurant „Graf Waldersee“ in Kottbus entstanden, da von einem Hauswirt ein schlecht zahlender Mieter mit seinen Sachen vor die Tür gefest worden war. Die Ehefrau des jetzt klagenden Händlers K. hatte sich in die Tür des geschlossenen Restaurants „Graf Waldersee“ gestellt, während die Polizei die übrigen Leute bereits von der Stelle wegweisen hatte. Der Hülfswachmeister W. ging jetzt auch zu der Händlerfrau hin und verlangte von ihr, daß sie den Platz verlassen solle. Als die Frau entgegnete, daß sie sich des Regens halber untergestellt habe und auf ihren Mann warten wolle, faßte sie W. an den Armen und zog sie fort. Da sich die Frau vor dem Mitgehen sträubte und durch Festhalten an einem Gitter Widerstand leistete, stieß sie W. mehrmals vor sich hin, so daß sie einigemal bald zu Falle gekommen wäre. Ein anderer Schuylent half dem die Frau föhren, bis schließlich der Sohn der letzteren kam, der die Mutter befreien wollte und seinen Namen nannte. Daraufhin ließen die Schuylente von der beschriebenen Verhaftung ab. Die Frau hatte infolge der Pöffe und

Stöße Quetschungen an der Brust erlitten und verlangt nun der Kläger von den beklagten Schuylenten Schadloshaltung für die ihm dadurch entstandenen Ausgaben. Das Staatsministerium faßte einen Beschluß dahin, daß eine Vorentscheidung darüber herbeizuföhren sei, ob die betreffenden Schuylente ihre Amtsgewalt überschritten haben und verwies deshalb die Sache an das Landgericht Kottbus. Dieses beschloß, daß die Sache ans Reichsgericht abzugeben sei.

Der 4. Zivilsenat des Reichsgerichts, der sich mit dieser Sache zu befassen hatte, sprach nach Verlesung der Zeugenaussagen, den Klägers der Parteienadvokate und seiner Beratung die Ueberzeugung aus, daß die betreffenden Beamten sich einer Ueberschreitung ihrer Amtspflicht nicht schuldig gemacht haben. Die Begründung hierzu geht wesentlich dahin, daß eine Verletzung der Amtspflicht bezüglich des später hinzugelommenen Polizeiwachmeisters schließlich nicht denkbar sei, da dieser nur die Frau am Arm gefaßt habe, um seiner Verpflichtung, der Räumung des Platzes, nachzukommen. Bezüglich des W. sehe die Sache allerdings etwas anders aus, da die Frau durch sein Eingreifen eine Quetschung an der rechten Brustseite erlitten habe. Jedoch sei nicht dargetan, daß diese Quetschung durch das Ueberschreiten der Amtsgewalt entstanden ist. Wenn feststehe, daß der Mann befaßt war, die Frau weggehen zu heißen und diese sich weigerte, so habe er, um sich und seiner Aufforderung Autorität zu verschaffen, sie hinwegziehen müssen. Habe sich die Frau dann gewieget und um sich herumgeschlagen, so sei es natürlich auch ohne Verdes Zugreifen seitens des Beamten nicht abgegangen. Dies alles aber habe noch im Kreise seiner Amtsgewalt gelegen. Etwas anderes wäre es, wenn er sie durch Schlägen oder nicht angebrachte Stöße mißhandelt hätte; dafür liege jedoch nichts vor. Wenn auch die Quetschung an der Brust entstanden sei, so beweise noch nichts, daß dies in dem Handgemenge nicht auch ohne Ueberschreiten der Amtsgewalt hätte geschehen können.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schußwaffe.

Vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I war gestern wegen fahrlässiger Tötung der Schlächtermeister und Bahnhofswirt Fritz Schulze aus Baddorf angeklagt. Der schon einmal wegen fahrlässiger Körperverletzung mit 75 M. Geldstrafe vorbestrafte Angeklagte ist Engroschlächter und hat in der Zentralmarkthalle zwei Verkaufstände. Außerdem ist er Pächter der Bahnhofswirtschaft in Baddorf. Von hier fährt S. seit vielen Jahren regelmäßig zweimal in der Woche mit seinem Fuhrwerk nach der Markthalle und zwar schon in der dritten Morgenstunde. Wegen der Unficherheit auf der Chaussee trug der Angeklagte früher einen gewöhnlichen Revolver stets bei sich. Im vorigen Sommer erhielt S. von einem Verwandten eine Browning-Pistole vom Gesellen. Diese Waffeart, die auch bei der Berliner Schuylentenschaft eingeföhrt ist, beruht auf dem Prinzip der Ausnutzung des Rückschlages nach abgegebenem Schusse zu einer Neuladung der Waffe. Am die Pistole schußfertig zu machen, zog der Angeklagte stets vor der Abfahrt in Baddorf den sogenannten „Schlitten“ der Waffe zurück, wodurch die erste Patrone in den Lauf gedrückt wird. Mit der durch einen Hebel gelockerten Pistole begab sich Schulze dann auf die Fahrt. Am 16. Februar d. J. hatte der Angeklagte wieder in Berlin geschäftlich zu tun. Nach Erledigung seiner Geschäfte in der Zentralmarkthalle traf er mit dem Händler Joseph zusammen, mit dem er seit vielen Jahren gut befreundet ist und auch in Geschäftsverbindung steht. Die Freunde begaben sich in das Lokal von Brahmig in der Kochstraße, um zu frühstücken. Hier ereignete sich ein bedauerlicher Vorfall. Als man vergnügt und guter Dinge am Tisch saß, sah Joseph zufällig die Browning-Pistole, die der Angeklagte in einer Leder-tasche um den Hals geknallt trug. Joseph äußerte den Wunsch, sich die Waffe einmal näher anzusehen und bemerkte hierbei, die Polizeikanone“ schähe so garnicht. Wie der Angeklagte behauptet, habe er abgelehnt, worauf sich Joseph selbst die Pistole aus der Ledertasche genommen habe. Zur größeren Vorsicht nahm S. noch den Patronenrahmen aus dem Kolben der Waffe, vergah aber dabei, daß sich durch das Zurückziehen des „Schlittens“ schon eine Patrone in den Lauf geschoben hatte. Durch irgend eine nicht mehr festzustellende Handbewegung des Angeklagten oder des Joseph wurde die Sicherung gelöst. Als dieser die Waffe in die Hand nahm, krachte plötzlich ein Schuß. Joseph sank lautlos zu Boden. Im ersten Schrecken lief S. wie unheimlich umher und wurde schließlich über den tragischen Tod seines Freundes so verzweifelt, daß er veruchte, sich mit der Unglückswaffe selbst das Leben zu nehmen. Ein sogleich hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod des Joseph konstatieren. Die Wunde war, wie Medizinalrat Dr. Hoffmann vor Gericht als Sachverständiger betonte, unterhalb des rechten Schalkselbeins in dem Körper des J. eingedrungen und hatte den Tod durch Zerreißung der großen Hauptschlagader verursacht. Die Wunde hatte den ganzen Körper durchschlagen. Schulze wurde nach dem Unglücksfall dem Polizeirevier in der Kaiser Wilhelmstraße zugeführt. Er wurde jedoch nach Klarlegung des Sachverhaltes sofort wieder von dem Polizeihauptmann Volkshelm auf freien Fuß gesetzt. — In der gestrigen Verhandlung erklärte der Polizeihauptmann Volkshelm als Sachverständiger: Wenn der Angeklagte den Patronenrahmen aus der Pistole herausgezogen habe, so habe er geglaubt, alles getan zu haben, was zur Sicherheit zu tun gewesen sei. Aber er habe damit rechnen müssen, daß sich vielleicht noch eine Patrone im Lauf befinden könnte. Hiervon hätte sich der Angeklagte erst überzeugen müssen, ehe er die Waffe aus der Hand gab. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht erkannte wegen fahrlässiger Tötung auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat und auf Eingehung der Browning-Pistole.

Haftung des Justizinspektors wegen mangelhafter Unterhaltung eines Gefängnisses.

Der Gefangenenaufseher Michna in Lauban hatte am 18. Februar 1903 in Gefängnis dortselbst einen Unfall erlitten, der ihn erwerbsunfähig machte. Michna wurde pensioniert und verlangt jetzt im Klagewege von dem Justizinspektor die Differenz zwischen seinem früheren Gehalt und der jetzigen Pension als Schadenersatz, gestützt auf die §§ 890, 618 B. G. B. Kläger wurde eines Tages, als er vom Hofbofe zurückkehrte, bei dem Schließen des Hoftores von dem über dem Tore befindlichen Klappfenster auf den Kopf geschlagen. Das betreffende Fenster ist so beschaffen, daß es an beiden Seiten in Schienen laufend spitzwinklig zu öffnen ist. Das rechte Fensterlassen des Fensters geschieht bis in die Stellung des rechten Winkels; dort wird es dann durch eine Kette gehalten. Die Ketteborrichtung war aber defekt, durchgeschuert und verrostet, und durch das Zumachen des Hoftores klappte das Fenster herunter, die Kette riß und das einen halben Fensterschwerer Fenster schlug ganz herunter; Der Kläger stieß die mangelhafte Unterhaltung des Fensters besonders in dem Verkostenlassen der Kette.

Das Landgericht Görlitz erkannte den Klageanspruch nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für gerechtfertigt, § 890 des Bürgerlichen Gesetzbuchs — der die Haftbarkeit eines Grundstücksbesizers für Schäden ausspricht, die durch Einsturz eines Gebäudes, eines mit einem Grundstück verbundenen Wertes oder durch die Ablösung von Teilen eines Gebäudes oder des Wertes entstanden sind — können keine Anwendung finden, da es sich hier nicht um die besagte Ablösung von Teilen eines Grundstückes, sondern nur um das Herunterfallen eines Fensters handelte. Der Justizinspektor habe nach § 618 B. G. B., der für jeden Arbeitgeber, auch für den Justizinspektor, die aus dem allgemeinen Rechtsgrundlagen, insbesondere aus dem Grundgesetz über Treu und Glauben folgende Pflicht des Arbeitgebers besonders betont, Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei-Ausschank, Bergmannstraße Nr. 5/7: **General-Versammlung.**

- Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Besprechung vom 19. März.
2. Anträge zur Verbands-Generalversammlung.
3. Wahl der Delegierten.
Mitgliedsbuch legitimiert. 235/20*
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1233. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Branchen-Versammlung der Winkler und Winklerinnen Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Eggert über: Die Einheitsbestrebungen der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Berichtsverlesen.
NB. Gäste willkommen. Mitglieder werden aufgenommen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 27. März 1907, abends 8 Uhr, im Saale von Dalc, Brunnenstraße 154:

Bezirks-Versammlung für Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Renoual der Kartelldelegierten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 115/16
Ohne Buch kein Zutritt.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Der Osterfeiertag wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:
Freitag, den 29. März, den ganzen Tag,
Sonnabend, den 30. März, von 1 Uhr ab,
Montag, den 1. April, den ganzen Tag,
Dienstag, den 2. April, von 1 Uhr ab.

Der Arbeitsnachweis ist an all diesen Tagen vollständig geschlossen, ebenso bleibt die Krankenabteilung am Dienstag, den 2. April, den ganzen Tag geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Kammacher.

Mittwoch, den 27. März, abends präzise 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Branchen-Versammlung der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen R. Leopold über: Welche Lehren ziehen wir aus unserem Branchen-Streit? 2. Diskussion. 3. Bericht Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 82/12
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Achtung! Stock- u. Zelluloidarbeiter. Achtung!

Mittwoch, den 27. März 1907, abends 6 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommissionen. 2. Renoual derselben. 3. Berichtsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung bitten. Der Obmann.

Luxusmöbelbranche. Vertrauensmänner-Versammlung

Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstraße 123. Jede Werkstatt hat Delegierte zu entsenden von Tischlern, Polsterern, Drechselern, Maschinenarbeitern usw. Die Kommission.

Achtung! Töpfer!

Donnerstag, den 28. März, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung aller bei Innungsmeistern beschäftigten Töpfer.

Tages-Ordnung: Wahl des Gesellenausschusses und der Ersatzmänner. 7 1/2 Uhr: Zweite Versammlung.
Tages-Ordnung: Wahl der Innungsschiedsgerichts-Mitglieder und der Ersatzmänner. 195/19
H. Thiele, Obermeister der Töpfer-Innung zu Berlin.

Die **Möbel-Fabrik** von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt geübiger Ausführung in jeder Holz- und Stuhlart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Rufante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. [13862*]

Sozialdemokratischer Wahlverein im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 26. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:



Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Wernau, Schwedterstr. 23.
- Berolina-Säle, Schönhauser Allee 28.
- Groterjan, Schönhauser Allee 130.
- Wilke, Brunnenstr. 188.
- Mothes, Musillonstr. 47.
- Bock-Brauerei II (früher Norddeutsche) Chausseestr. 58.
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
- Kirschkowski, Boussestr. 9.
- Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.
- Sachon, Müllerstr. 136.
- Brunnen-Theater (früher Bernhard Hof-Theater) Badstr. 58.

Tages-Ordnung:

1. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten im Roten Hause. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidatenlisten zur Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins.

Außerdem findet in der Versammlung (früher Norddeutsche Brauerei) Chausseestr. 58 die Kandidatenaufstellung zur Ersatzwahl im 39. Kommunalwahlbezirk statt.

Referenten sind die Genossen: Augustin, Alfred Bernstein, Borgmann, Dupont, Ewald, Th. Fischer, Aug. Hintze, Leid, Piannkuch, Schubert, Wurm.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein 248/6* Der Vorstand.

Verband der Tapezierer. (Sektion der Kleber.)

Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr, bei Augustin, Drantzenstraße 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Spiliedt über: "Moderne Klassenkämpfe".
2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 177/15*
Die Verbandsleitung.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Tätigkeit der Vertreter beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 53/3
V. v. Bernhard Just, Vorsitzender. Adolf Stumpe, Kassierer.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.

Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! — Sozial-Räder 60.—, Sozial-Luxus- mit Freilauf 95.—, Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23. Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, „direkte“ und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!

St. Felix Brasil 100 St. M. 3.50
Nebenstehende Original-„St. Felix Brasil“
Tom Morton 100 St. M. 4.35
Nebenstehende Original 6 Pl.-Zigarre mild u. pikant
Kl. Mexico. 100 St. M. 2.75 Flor de Eminante, mild, 100 St. M. 4.— St. Andres Mexico, vors. 100 St. M. 4.35
Preferida, 5 Pl.-Zig. " " 3.— New Cuba, fl. 7 Pl.-Zig. " " 4.50 Mercedes, hochfein " " 5.—
Paris de St. Andres " " 3.85 Moccado, hart mild " " 4.75 Santa, 10 Pl.-Zigarro " " 6.—
Verkauf nicht unter 100 St. — 300 St. franko Deutschland Nachnahme. — Nichtzusagendes erbiten zurück.
Zigarren-Fabrik-Engros-Lager, Spandauer Brücke 7 Tr. Czollek & Geballe, Berlin C. Zweites Haus vom Hackeschen Markt.
Geöffnet bis 9 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Inventur-Extrapreis! 130 cm breite bunte Mocket-Plüsch

vornehmer haltbarster Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 85 pr. Meter
Extrapreis 5 Wert 7-8⁵⁰
Bei Abnahme 575 ganzer Stücke 5 M. p. Mtr.
Proben franko.
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.
Unterhalte nirgends Filialen!

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefern elegant, fertige Herren-Moden
Ersatz für Mass. Mass-Anfertigung. feinste Verarbeitung. Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1. i. Direkt am Bahnhof.

Der Osterhase bringt Jedem umsonst 2 portiofrei eine solche Dose
1906er Legehühner
italienischer Rasse, jetzt schon fleißig eierlegend, beliebiger Farben, garantiert lebende Vorkümling, franco pr. Nachnahme: 12 St. mit Hahn 25 M., 6 St. mit Hahn 15 M. Natur + Stroh + Butter pr. 10 Pfd.-Kiste franko 7 M. Rabban. Bueracz 168, pr. Orziditz (Schlesien).

Dr. Crato's Backpulver, Puddingpulver etc.
Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch, Angsbürgerstr. 1. W. 30. Telefon Amt VI. No. 5737.
Hurra! Der Hauptmann von Köpenick ist da!!!!
Wunder der Technik! glücklich geschützte Wetterhüschchen. einzig in seiner Art. Soben, lachen und kaufen ist ein.
Hoher Gewinn, loh. — Reisende zum Mitführen, Händler, Hausierer usw. wollen sich sofort melden bei C. Kudelko Szendrök O/S, Kreis Cyprien.

Der Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg

Hielt am Sonntag eine Generalversammlung im Nied- schen Saale in Zehlendorf ab. Der Zentralvorstand hatte der Ver- sammlung seinen Geschäftsbericht in Form einer Broschüre vor- gelegt. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Oktober 1905 bis 31. Dezember 1906. Ueber das Wachstum und die Stärke der Organisation sagt der Bericht: Am 1. Januar 1906 waren fünf Jahre vergangen seit der Gründung des sozialdemokratischen Zentral-Wahlvereins. Wenn sich vor der Gründung und in der ersten Zeit nach derselben hier und da noch Parteigenossen gefunden haben, die dieser Form der Organisation nicht zu großes Ver- trauen entgegenbrachten, so glauben wir doch heute mit Bestimm- heit konstatieren zu können, daß diese Parteigenossen, soweit sie noch in unseren Reihen tätig sind, die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir mit der Schöpfung eines Zentral-Wahlvereins doch auf richtigem Wege getreten sind. Am deutlichsten beweist das der Mitgliederstand in den einzelnen Jahren seit Bestehen dieser Organi- sation. Vor dem 1. Januar 1901 waren die Parteigenossen des Kreises in den örtlichen Arbeiterbildungs- und Wahlvereinen organisiert. Kaum in 20 Orten befanden derartige Vereine und nicht einmal 3000 Mitglieder hatten sich ihnen angeschlossen. Mit dem Beginn des Jahres 1901 konnten wir eine fortgesetzte Steigerung des Mitgliederstandes beobachten. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Geschäftsjahres 1901: 3127, 1902: 5326, 1903: 8350, 1904: 10 112, 1905: 11 908. Dem Zentral-Wahlverein ge- hörten am 1. Oktober 1906 36 örtliche Vereine an. Am Schluß der Berichtszeit bestanden 41 örtliche Vereine. Nach Ablauf des Geschäftsjahres sind wieder 2 neue örtliche Vereine gebildet worden. Die Mitgliederzahl ist in der Berichtszeit von 11 903 auf 18 377 gestiegen. Von diesen sind 16 859 gewerkschaftlich organisiert. Die Zahl der Wahlvereinsmitglieder beträgt nur 17,6 Proz. der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozial- demokratischen Stimmen. — Ein die Geschäftsführung in den ein- zelnen Orten sehr erschwerender Umstand ist die große Fluktuation der Mitglieder. In der Berichtszeit sind ungefähr 10 000 Mit- glieder neu aufgenommen und 4000 wieder ausgetreten. Die Hauptursache des Ausflusses liegt an dem Wohnungswechsel der betreffenden Mitglieder. — Der Rufschwund der Parteipresse ist in der Berichtszeit größer gewesen als in den Vor- jahren. Ende des Geschäftsjahres 1906 hatten wir 17 528 Abon- nenten des „Vorwärts“, 183 der „Neuen Zeit“, 248 der „Gleich- heit“ und 4044 des „Wahren Jakob“. Ende 1906 betrug die Abon- nentenzahl des „Vorwärts“ 24 355, der „Neuen Zeit“ 246, der „Gleichheit“ 792, des „Wahren Jakob“ 5460. — Im Kreise wurden 450 Mitglieder- und 200 öffentliche Versammlungen abgehalten, außerdem 8 Kreis-Generalversammlungen. — In allen Orten, wo Wahlvereine bestehen, wurden, abgesehen von den zahlreichen be- sonderen Flugblattverbreitungen in den einzelnen Bezirken, gemein- sam verbreitet: Im Oktober 1906 167 700 Flugblätter gegen die Fleischsteuer, im Januar 1906 185 200 Flugblätter gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht, im März 1906 194 800 Flug- blätter aus demselben Anlaß, im Oktober 1906 212 000 Flugblätter gegen Fleisch- und Brotwucher, im Dezember 1906 241 000 Flug- blätter zur Einleitung der Reichstagswahlkämpfe. — In den ländlichen Agitationsbezirken wurden verbreitet: 63 000 Kalender, 204 000 Broschüren, 32 000 Broschüren gegen das Dreiklassenwahl- recht, 32 000 Agitationsnummern der „Fackel“.

und die Versammlungen um diese Zeit aufgelöst. Erfolgreich waren die Lokalkämpfe in Krausnisch, Nieder-Schöneweide, Nauen, Wil- mersdorf und Jossen. Ein beispiellos hartnäckiger und lang- wieriger Kampf wird in Zehlendorf um das Lokal „Fürstentof“ geführt.

Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 43 Sitzungen, darunter 16 unter Hinzuziehung der Funktionäre des Kreises. Außerdem wurden 7 kombinierte Sitzungen mit den örtlichen Vor- ständen und eine Sitzung mit den Ortsfunktionären abgehalten. — Am 1. Oktober 1906 wurde im Volksbause zu Charlottenburg ein eigenes Bureau eingerichtet. Zu derselben Zeit ist auch mit der Einrichtung einer Kreis-Bibliothek der Anfang gemacht worden. — Um eine bessere Agitation betreiben zu können, hat der Vorstand die Einteilung des Kreises in 7 Agitationsbezirke empfohlen. Der hierauf bezügliche Entwurf liegt den einzelnen Orten zur Prüfung vor.

Die Frauenbewegung im Kreise macht gute Fortschritte. Zur- zeit haben wir im Kreise 16 weibliche Vertrauenspersonen. In diesen 16 Orten wurden 21 öffentliche Versammlungen abgehalten, außerdem 3 Kreisversammlungen. Es wurden 50 000 Flugblätter und 3100 Broschüren verbreitet. Gegenwärtig bestehen 14 Frauen- vereine im Kreise mit 1811 Mitgliedern.

Wollermann erstattete der Generalversammlung den Ge- schäftsbericht des Vorstandes. Er gab eine eingehende Erläuterung des gedruckten Berichts.

Eberhardt erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen 89 789,48 M., die Ausgaben 76 857,84 M., bleibt ein Bestand von 12 931,64 M. Außerdem sind eingegangen und ab- gegeben auf Listen für die russischen Freiheitkämpfer 6069,08 M. und für die ausgeperzten Buchbinder 1272,50 M. Unter den Aus- gaben sind aufgeführt: An den Parteivorstand 8750 M., an den Verband Groß-Berlin für Marken 11 250 M., Monatsbeiträge 8500 M., Teilerfassung 2537,83 M. Hierzu bemerkt Eberhardt, daß diese Zahlen mit denen im Bericht von Groß-Berlin nicht übereinstimmen, weil die betreffenden Summen zum Teil erst nach Abschluß des Groß-Berliner Berichts abgeliefert sind. Ueber den Umfang der vom Vereinsbureau zu erledigenden Korrespondenz geben folgende Zahlen Auskunft: Es gingen ein 2008 Briefe, 571 Postkarten, 10 Rohrpostbriefe, 5 Depeschen, 215 Postanweisungen, 273 Pakete. Es gingen aus 1863 Briefe, 468 Postkarten, 45 Rohr- postbriefe, 2 Depeschen, 79 Postanweisungen, 283 Pakete.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission, der hierauf gegeben wurde, ergibt, daß 37 Orte durch 95 Delegierte vertreten sind, außerdem sind 18 Vorstandsmitglieder und Funktionäre, zu- sammen 108 Teilnehmer anwesend. Nicht vertreten sind die Orte Friedersdorf, Groß-Beeren, Kartgraspieste, Mittenwalde und Kudow.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht erstreckte sich auf die Erörterung örtlicher Verhältnisse, die im Bericht berührt wurden, ferner wurde die Frage erörtert, ob Flugblätter oder Broschüren für die Agitation besser geeignet seien. Weiter wurde in der Dis- kussion ein Antrag des Vorstandes erörtert, der die Anstellung eines Sekretärs für das Bureau des Zentralvereins fordert, da die Arbeiten sich damit vermehren werden, daß die Anstellung eines neuen Beamten notwendig ist.

Nach Schluß der Diskussion wurde der Kassierer entlastet. Der Antrag, einen Sekretär im Zentralbureau anzustellen mit dem- selben Gehalt, welches die Angestellten von Groß-Berlin beziehen, wurde angenommen. — Dem Vorstand wurde ein Antrag über- wiesen, welcher die Verbreitung einer Agitationsnummer des „Vor- wärts“ am 1. Mai befürwortet.

Der Bericht der Preßkommission erstattete Bogheimer. Er verbreitete sich über die von der Kommission erledigten Arbeiten, sowie über die geschäftlichen und redaktionellen Verhältnisse des „Vorwärts“. — In der Diskussion teilte Zubeil mit, daß der Wahlkreis 26 746 Abkommen in der Parteipublikation und etwa 1800 Abkommen in Privatpublikationen hat. Das ist der vierte Teil der für uns im Kreise abgegebenen Reichstagswahlstimmen. — Zietich-Charlottenburg begründete einen Antrag auf Ein- setzung einer Kommission, welche sich mit der Preßfrage beschäftigen soll. Die Lokalpresse in den Vororten mache sich die Verwampfung unserer Partei zur besonderen Aufgabe. Namentlich gelte das für die in Charlottenburg erscheinende „Neue Zeit“. Es sei bisher nicht möglich gewesen, dem Treiben der gegnerischen Lokalpresse im „Vorwärts“ so entgegenzutreten, wie es im Interesse unserer Bewegung durchaus notwendig ist. Es müsse ein Weg gefunden werden, um den Vororten eine Vertretung ihrer Angelegenheiten

durch die Parteipresse zu ermöglichen. Vielleicht würde es sich empfehlen, für die größeren Vororte Kopflätter des „Vorwärts“ ins Leben zu rufen. — Der vom Redner empfohlene Antrag, eine Kommission einzusetzen, wurde angenommen. Die Kommission soll bestehen aus dem Vorstande und einigen von ihm hinzuzuziehenden Genossen.

Den Bericht der Agitationskommission erstattete Fischer. Er gab einen allgemeinen Ueberblick über die Agitationsarbeiten in der Provinz. In 18 Kreisen sind 15 000 Genossen organisiert, das sind 11 Proz. unserer Wahlstimmen. Der Kreis Westhavel- land, welcher von Teltow-Beeskow aus bearbeitet wird, ist von allen Provinzkreisen am besten organisiert, er hat 2844 organisierte Genossen, das sind 25 Proz. unserer Wahlstimmen, jedoch kommt die Mehrzahl der Organisierten auf die beiden Städte Branden- burg und Rathenow, während in den übrigen Orten die Organi- sation nur schwach ist.

Den Bericht der Lokalkommission erstattete Mohr. Unter anderem teilte er mit, daß die Lokalkommission zwei Konferenzen veranstaltete. Es sei lebhaft darüber geflagt worden, daß die Lokal- presse seitens der Genossen nicht genügend berücksichtigt werde; den weiteren eingehenden Darlegungen des Redners folgte eine kurze Diskussion. Damit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Nun erfolgte die Kammer des Zentralvorstandes und der Funktionäre. Sie hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Fischer, 2. Vorsitzender Böcke, Sekretär Wollermann, Kassierer Eberhardt, Revisor Stiefenhofer, Groger, Lüdtke, Revisoren Engels, Pagels, Däumig. — Für den Vorstand von Groß-Berlin wurden gewählt: Aktionsauschuß Wollermann, Aspirant Böcke; Preßkommission Zietich, Aspiranten Heinrichs und Hoffmann; Agitationskommission Käfer und Fischer; Lokalkommission Mohr und Müller; Revisor Grünwald.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Zubeil über die Lehren der letzten Reichstagswahl wurde der vorgeordneten Zeit wegen auf eine außerordentliche Generalver- sammlung vertagt.

Nunmehr wurden Anträge zur Generalversammlung von Groß-Berlin erörtert. Angenommen wurde ein Antrag, welcher die Einführung von Eintrittsmarken für die Mitgliederbücher fordert. — Ein Antrag, das weitere Erscheinen des „Mittelungs- blatt“ einzustellen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Ein An- trag auf Verbilligung des „Vorwärts“ wurde ohne Debatte ab- gelehnt. Dem Antrage auf Erhöhung des Monatsbeitrages um 5 Pf. stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit zu. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Vermischtes.

Aufruhr im Theater. In dem Theater der Vorstadt St. Denis kam es, wie aus Paris gemeldet wird, am Sonnabendabend, nach- dem die Vorstellung unterbrochen worden war, zu einem Aufruhr. Die meist aus Bürgern bestehenden Zuschauer demolierten den Saal. Hundert Sessel wurden von den Unzufriedenen mit fortgenommen. Polizei mußte gegen die Kundgeber vorgehen.

Wegen anhaltenden Schneefalls dauert, wie die Dresdener Eisenbahndirektion mitteilt, die Betriebsstörung auf der Strecke Schreiberhau-Grünhau an. Die Annahme von Gütern ist ab- zulehnen, rollendes Gut anzuhafen und den Versendern zur Ver- fügung zu stellen.

Aufregung in Bourges. In Bourges herrscht infolge der Katastrophe des Panzerschiffes „Jana“ in der Bevölkerung große Auf- regung, da sich in unmittelbarer Nähe fast bedrohlicher Stadtbüffel mehrere Pulverschuppen mit großen Quantitäten des „B“-Pulvers schon seit mehreren Jahren befinden.

14 Mann ertranken. Ein Lloydtelegramm aus Irland berichtet: Der englische Dampfer „Abdos“ aus Grimsby ist am 20. März auf Grund gelaufen. Die gesamte Besatzung von 14 Mann ist um- gekommen.

Erdbeben in Kingston. Am Sonnabend veranlaßte ein neuer Erdstöß den Einsturz mehrerer Gebäude, die bereits von früheren Erdstößen schadhast waren. Eine Panik entstand, doch sind, soweit bisher bekannt, keine Menschen und Leben gekommen.

Kleine Anzeigen ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrik- niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Rauerhof. 41

Steppdecken billigst. Groß Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Gardinenhaus Große Frankfurter- straße 9, parterre. Kein Laden. Rauerhof. 11

Invantur-Ausverkauf! Teppich- fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22928*

Steppdecken, Fabrikmuster jetzt 2,95, 3,35, 3,95, 4,55 etc. Große Frankfurterstraße 125. 22938*

Invantur-Ausverkauf! Täppich- decken Stüd 1,95, 2,35, 2,85, 3,25, 3,75 etc.; Gardinerechte 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Ertrabatte 1,35, 1,85, 2,45 etc. 22942*

Heilerhafte Tuch- und Stoff- decken (Fabrikmuster) spottbillig. Teppichhaus, Große Frankfurter- straße 125. 22958*

Zofenrüge (Heste), Wolle und Woll, 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22968*

Teppiche mit Farbenfehlern. Fabrikniederlage, Frankfurter Allee 107. 22982*

Gardinenhaus, Reste und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frank- furter Allee 107. 22982*

Steppdecken, Fabrikmuster spott- billig. Fortieren (S. Schall), 1 Landre- auty 3,50, 4,96, 4,85, 6, —. Frank- furter Allee 107. 22992*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21678*

Teppiche! (Heilerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godelsches Markt 4, Bahnhof Brück. 255/3*

Herrenfahrpad, Damenfahrpad, alle neu, 45,00. Holz Blumen- straße 36 b. 23358*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattretem Anlet 10,50, Wandblech- andreasstraße achtunddreißig. 23022*

Rotsofa-gelbes Deckbett, Unter- bett, zwei Kissen 18,00, Damastbezüge, Steppdecken, Andreasstraße achtund- dreißig. Wandblech. 23038*

Ganzerdeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Kalen 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtund- dreißig. Wandblech nach überal. 23048*

Fahrräder, Teilzahlungen. In- valdenstraße 20, Stahlstraße 40. 23058*

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Bettwäsche, Leib- wäsche, Steppdecken spottbillig. Wand- blechhaus, Rüstenerplatz 7. 23468*

Gardinen, Fortieren, Tischge- nügen, Bandbüden, Schmuckkästen spottbillig. Wandblechhaus, Rüstener- platz 7. 23458*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Gasföronen, Petroleumföronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis-Bühne- straße (selbst): Vorhagenstraße 33 (Bahn- verbindung Warschauerstraße), Nei- mindendorferstraße 116, Schönhauser Allee 50, Potsdamerstraße 81, Ry- dorf, Kaiser Friedrichstraße 247. 23028*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgele- tete spottbillig. Schneider, Rüstener- platz 172. 22478*

Möbelfabrik, Dranienstraße 58, direkt Vorplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungs- einrichtungen in jeder Preisklasse vom Einzimmer bis zum Eleganten. Besondere Gelegenheit bietet ich in verließen Gelegenheiten, soll neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kau- zwang. Ausfallend billig verkaufe ich neue Gasföronen 20, Schlaf- sofa 29, Sattelsofa 45, Kanelsofa 55, hochlegante Gar- nituren 75, Säulentrumme 32, Bettstelle mit Matratze 16, Ausricht- iche 18, Tischspind, Verfüß 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung ge- statet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Ruster- buch gratis. 21928*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Schlafdecken, selbstweid, elegante Muster, Stüd 3,50, Geb. Pfanne, Friedrichstraße 208, Geb. Spezial- geschäft. 22928*

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salon, Küche, Bäsetz, Säulen- trummeaus, Laufsammel, Teppiche spottbillig, Kullionsannahme, Grüner- weg 3. 23108*

Möbelfabrik liefert gediegene Wohnungsbeimichtungen äußerst billig. Punkte Küchen. Auch Heizung, kein Laden, Parndt, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kolonial- Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Teilzahlung, Woche 0,50, Bilder, Spiegel, teure Möbel, Polsterwaren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Teppiche, Uhren, Herren- konfektion, Gasföronen, Weber, Rembrandtstraße 49. Besuch oder Bestelle. 23408*

Grennborrad, Teilzahlungen, ohne Anzahlung. Deyle, Dampfer- straße 66. 23218*

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf beim Handwerker, laßt den Hand- werker verdienen. Teilzahlung gestattet. B. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

Restaurant verkauft Reich, Remer- straße 9. 449*

Wahschneider für Herrengarde- robe, tadelloser Schnitt, auch Reparaturen schnell und billig. Auf Wunsch — Besuch mit Musterkarte. Vincuk, Landsbergerstraße 65 III. 23588*

Umschälhaber Grünkam- und Kolonialwaren-Geschäft billig zu ver- kaufen Gultstraße 14. 4102*

Schornstein Herrenhofen aus feinsten Rohstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Berlinhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Billaen. 23648*

Verkauf oder verpachte umgeben meinen Langsaal nebst Strohballen an fähigen Genossen. A. Thiel, Friedenau, Rheinstraße 14. 24318*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Wandlängelot. Im Anhalter Bahnhöfen, Mödernastraße 25, An- halter Innenbahnhof, direkt Hoch- bahnhöhnen Mödernastraße, stehen ver- schiedene Einrichtungen zum Ver- kauf. Darunter befinden sich hoch- moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salom- garnituren, Kanelsofa, Bibliotheken, Ankleidekäufe, Aufbaumö- belteile, Bronzekronen, Delgemälde, Schreibische 28,00, Rubelbetten mit prachtvoller Dimebede 22,50, num- berlohe Schulentrumme 30,00, hochlegante Salenteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Nimmerteppiche 8,00, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht Möbel, Büßgarnituren, Schreibische, Kanelsofa, Schilenträume, Auf- baumbühnen, Tischgeschirne, Küch- lenverfüß 28, —, Teppiche, Bücher- schränke, Spiegel, Spiegelständer, Kommoden, Ausrichtische 10, —, Rüstelbetten, Engländerbetten, Tisch- sofa, Rubelbetten, Marmorstücken, moderne Küchen, Schlafsofa 12, — und viele andere Gelegenheitskäufe, alles spottbillig. Sonntags geöffnet. Kosten- loser Transport und Lagerung. 21928*

Möbelschreiner! Bergstr. bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist...
Metallbetriebe, großes, billig verkäuflich...
Waldparzelle 990 Hektar, bei Sabona, Gartenboden, große Jagd...
Schneidertische nach Maß, billig, gutgehend...
Herrengarderobe nach Maß, labelslos...
Gegenstandsliste, fertige Auszüge...
Waldparzelle, gut erhalten, 2,10 lang...
Gutgehendes Restaurant, monatlich...
Herrenfahrrad, sportfähig...
Seifenfabrik, verkäuflich...
Sommerpaleis, Parkanlage, Herrenhof...
Waldparzelle, zehn Hektar...
Garten, Obstbäume, Verzierungen...
Zuschneiden, Kleiden, Schürzen...
Restaurations, billig zu verkaufen...
Schneidertische, mit großem...
Garten, Obstbäume, Verzierungen...
Waldparzelle, zehn Hektar...
Garten, Obstbäume, Verzierungen...

Möblierte Schlafstelle vermietet...
Freundliche Schlafstelle vermietet...
Möblierte Schlafstelle, Herr...
Schlafstelle, leer oder als...
Brandenburgstraße 30/31, IV...
Schlafstelle für Herrn Friedrich...
Schlafstelle sofort zu vermieten...
Möblierte Schlafstelle...
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Alleinlebender Lehrer, der wegen...
Stellenangebote.
Chausseurkutsche! Neuestes, größtes...
Radfahrer, 16-17 Jahre alt...
Tüchtige Kunstschlosser...
Klempner, selbständig...
Zur Erlernung des allgemeinen...
Regelradfahrer für...
Verkehr für seine...
Zielmänner verlangt für...
Packer für Goldleisten...
Junges Mädchen für...
Verkaufersin, gewandte...
Wamsfells auf...
Zehrkränlein, Anhang...
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben...
Eins Stuben, Küche...
Goldenerstraße 16, an...
Vorderhaus 3 Zimmer...
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer, 15,00...
Freundliches möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer für zwei...
Zwei für meinen Sohn...
Ergarzimmer, möbliert...
Kleines möbliertes Zimmer...
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle...
Schlafstelle vermietet...
Verantwortlicher Redakteur:

Achtung!
In der Druckpapier- und Zellulose...
R. Priester & Co.
Michaelkirchstraße 17
hat das Personal die Arbeit...
gesperrt.
Zugang ist ferngehalten!
Deutscher Buchbinder-Verband.
Die Ortsverwaltung.
Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Verein der Einsetzer Berlins.
Zur Beachtung!
Dieses Inserat erscheint
Sonntag
Dienstag
Donnerstag.
Bauarbeiter!
Begen der Aussperrung in der...
Bauten der Firma Jäger,
Bauten der Firma Sawasaki,
Bauten der Firma Jarotzki,
Bauten der Firma Plagemann,
Bauten der Firma Traxel,
Bauten der Firma Iden,
Bauten der Firma Ziehe,
Bauten der Firma Marquardt,
Bauten der Firma Emmelath,
Bauten der Firma Grün & Helwig,
Bauten der Firma Spohna,
Bauten der Firma Gebr. Faul,
Bauten der Firma Langemann,
Bauten der Firma Powsain,
Bauten der Firma Wals,
Bauten der Firma Spöring & Kapelke,
Bauten der Firma Schirmer,
Bauten der Firma Akt.-Ges.,
Bauten der Firma Glatzer,
Bauten der Firma Wagenknecht,
Bauten der Firma Schirmer,
Bauten der Firma Akt.-Ges.,
Bauten der Firma Glatzer,

Bauten der Firma Schüler:
Bauten der Firma Krepke,
Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Bauten der Firma Schubert,
Bauten der Firma Kussin:
Bauten der Firma Walter,
Bauten der Firma Hammer,
Bauten der Firma Naab:
Bauten der Firma Henke,
Bauten der Firma Kuhnert & Kühne,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,
Bauten der Firma Köder & Comp.,
Bauten der Firma C. Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Heilbronnerstr. 22.
Bauten der Firma Pasch,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Verschiedenes.
Volkshumorist Henry Balz,
Glas, Komiker, Opern-
Kunstoperette von Frau Koloff,
Patentanwalt Bessel,
Wandschreine, verkäuflich,
Rigdorf, großes, festes,
Platinabfälle, alte Goldschmelze,
Voreisen, besucht Restaurant,
Alteisen, Metallwerkzeug,
Bereitschaft, Inventar,
Sonnenschein, Sonnabend,
Mittel, Metallwerkzeug,
Vermietungen.
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben,
Eins Stuben, Küche,
Goldenerstraße 16,
Vorderhaus 3 Zimmer,
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer,
Möbliertes Zimmer,
Freundliches möbliertes Zimmer,
Möbliertes Zimmer für zwei,
Zwei für meinen Sohn,
Ergarzimmer, möbliert,
Kleines möbliertes Zimmer,
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle,
Schlafstelle vermietet,
Verantwortlicher Redakteur:

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Alleinlebender Lehrer, der wegen...
Stellenangebote.
Chausseurkutsche! Neuestes, größtes...
Radfahrer, 16-17 Jahre alt...
Tüchtige Kunstschlosser...
Klempner, selbständig...
Zur Erlernung des allgemeinen...
Regelradfahrer für...
Verkehr für seine...
Zielmänner verlangt für...
Packer für Goldleisten...
Junges Mädchen für...
Verkaufersin, gewandte...
Wamsfells auf...
Zehrkränlein, Anhang...
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben...
Eins Stuben, Küche...
Goldenerstraße 16, an...
Vorderhaus 3 Zimmer...
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer, 15,00...
Freundliches möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer für zwei...
Zwei für meinen Sohn...
Ergarzimmer, möbliert...
Kleines möbliertes Zimmer...
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle...
Schlafstelle vermietet...
Verantwortlicher Redakteur:

Bauten der Firma Schüler:
Bauten der Firma Krepke,
Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Bauten der Firma Schubert,
Bauten der Firma Kussin:
Bauten der Firma Walter,
Bauten der Firma Hammer,
Bauten der Firma Naab:
Bauten der Firma Henke,
Bauten der Firma Kuhnert & Kühne,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Heilbronnerstr. 22.
Bauten der Firma Pasch,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Verschiedenes.
Volkshumorist Henry Balz,
Glas, Komiker, Opern-
Kunstoperette von Frau Koloff,
Patentanwalt Bessel,
Wandschreine, verkäuflich,
Rigdorf, großes, festes,
Platinabfälle, alte Goldschmelze,
Voreisen, besucht Restaurant,
Alteisen, Metallwerkzeug,
Bereitschaft, Inventar,
Sonnenschein, Sonnabend,
Mittel, Metallwerkzeug,
Vermietungen.
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben,
Eins Stuben, Küche,
Goldenerstraße 16,
Vorderhaus 3 Zimmer,
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer,
Möbliertes Zimmer,
Freundliches möbliertes Zimmer,
Möbliertes Zimmer für zwei,
Zwei für meinen Sohn,
Ergarzimmer, möbliert,
Kleines möbliertes Zimmer,
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle,
Schlafstelle vermietet,
Verantwortlicher Redakteur:

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Alleinlebender Lehrer, der wegen...
Stellenangebote.
Chausseurkutsche! Neuestes, größtes...
Radfahrer, 16-17 Jahre alt...
Tüchtige Kunstschlosser...
Klempner, selbständig...
Zur Erlernung des allgemeinen...
Regelradfahrer für...
Verkehr für seine...
Zielmänner verlangt für...
Packer für Goldleisten...
Junges Mädchen für...
Verkaufersin, gewandte...
Wamsfells auf...
Zehrkränlein, Anhang...
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben...
Eins Stuben, Küche...
Goldenerstraße 16, an...
Vorderhaus 3 Zimmer...
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer, 15,00...
Freundliches möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer für zwei...
Zwei für meinen Sohn...
Ergarzimmer, möbliert...
Kleines möbliertes Zimmer...
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle...
Schlafstelle vermietet...
Verantwortlicher Redakteur:

Bauten der Firma Schüler:
Bauten der Firma Krepke,
Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Bauten der Firma Schubert,
Bauten der Firma Kussin:
Bauten der Firma Walter,
Bauten der Firma Hammer,
Bauten der Firma Naab:
Bauten der Firma Henke,
Bauten der Firma Kuhnert & Kühne,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Heilbronnerstr. 22.
Bauten der Firma Pasch,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Verschiedenes.
Volkshumorist Henry Balz,
Glas, Komiker, Opern-
Kunstoperette von Frau Koloff,
Patentanwalt Bessel,
Wandschreine, verkäuflich,
Rigdorf, großes, festes,
Platinabfälle, alte Goldschmelze,
Voreisen, besucht Restaurant,
Alteisen, Metallwerkzeug,
Bereitschaft, Inventar,
Sonnenschein, Sonnabend,
Mittel, Metallwerkzeug,
Vermietungen.
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben,
Eins Stuben, Küche,
Goldenerstraße 16,
Vorderhaus 3 Zimmer,
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer,
Möbliertes Zimmer,
Freundliches möbliertes Zimmer,
Möbliertes Zimmer für zwei,
Zwei für meinen Sohn,
Ergarzimmer, möbliert,
Kleines möbliertes Zimmer,
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle,
Schlafstelle vermietet,
Verantwortlicher Redakteur:

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Alleinlebender Lehrer, der wegen...
Stellenangebote.
Chausseurkutsche! Neuestes, größtes...
Radfahrer, 16-17 Jahre alt...
Tüchtige Kunstschlosser...
Klempner, selbständig...
Zur Erlernung des allgemeinen...
Regelradfahrer für...
Verkehr für seine...
Zielmänner verlangt für...
Packer für Goldleisten...
Junges Mädchen für...
Verkaufersin, gewandte...
Wamsfells auf...
Zehrkränlein, Anhang...
Wohnungen.
Eins, zwei und drei Stuben...
Eins Stuben, Küche...
Goldenerstraße 16, an...
Vorderhaus 3 Zimmer...
Zimmer.
Güßlich möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer, 15,00...
Freundliches möbliertes Zimmer...
Möbliertes Zimmer für zwei...
Zwei für meinen Sohn...
Ergarzimmer, möbliert...
Kleines möbliertes Zimmer...
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle...
Schlafstelle vermietet...
Verantwortlicher Redakteur:

Bauten der Firma Schüler:
Bauten der Firma Krepke,
Bauten der Firma Gebr. Schaar:
Bauten der Firma Schubert,
Bauten der Firma Kussin:
Bauten der Firma Walter,
Bauten der Firma Hammer,
Bauten der Firma Naab:
Bauten der Firma Henke,
Bauten der Firma Kuhnert & Kühne,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Bauten der Firma Osten,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,

Heilbronnerstr. 22.
Bauten der Firma Pasch,
Bauten der Firma Herrmann,
Bauten der Firma Strotthoff,
Bauten der Firma Noack,
Bauten der Firma Pohl & Sohn,
Bauten der Firma L. Lassen,
Bauten der Firma Hoffmann,
Bauten der Firma Koloff,
Bauten der Firma Heinemann,
Bauten der Firma Schwarze,
Bauten der Firma Holstein,
Bauten der Firma Schneider,
Bauten der Firma Schwarz,
Bauten der Firma Welse,
Bauten der Firma Jost,
Bauten der Firma Dittmar,
Bauten der Firma Wolf,
Bauten der Firma Schulenburg,
Bauten der Firma Hegelmann,
Bauten der Firma Braun,
Bauten der Firma Grünberg,
Bauten der Firma Stellmacke,
Bauten der Firma Rode & Comp.,
Bauten der Firma Prächel,
Bauten der Firma Thal,
Bauten der Firma Metz,